

NEUE ZEIT

FEBRUAR 1980

7

Abgeschriben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters

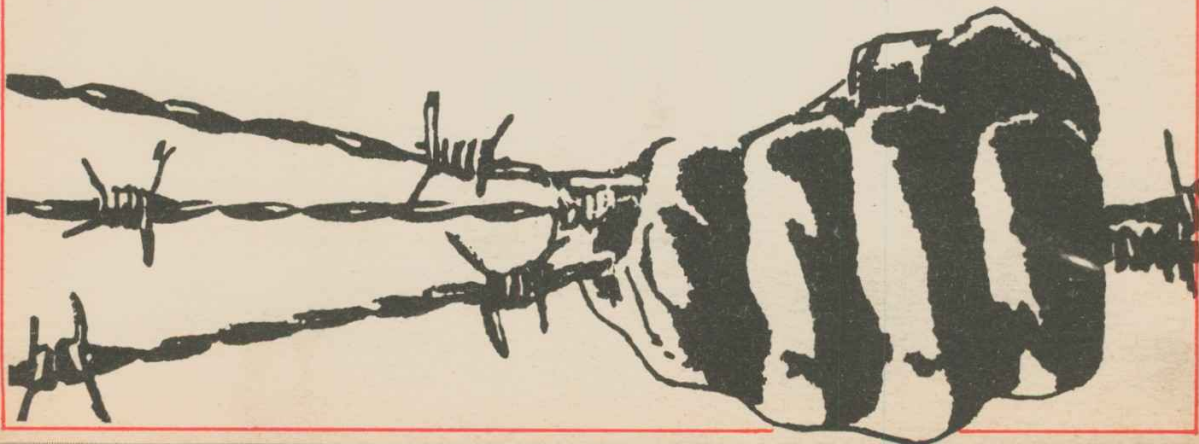
WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



**EIN EINIG VOLK
IST**

UNBESIEGBAR!

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305



SOWJETUNION IM BILD

Mit der ganzen Gruppe aufs Eis



Jelena Wodoresowa,
Exmeisterin der UdSSR,
mit einem jungen Talent



Vor dem Auftritt



Diese Sportart vereint harmonisch Musik, Choreographie und ästhetische Elemente. Der Eiskunstlauf ist etwas einmalig Schönes und steckt voller Dynamik. Und darin liegt wohl das Geheimnis seiner enormen Beliebtheit.

In der UdSSR gibt es viele Sportschulen für Kinder und Jugendliche, an denen im Eiskunstlauf unterrichtet wird — darunter die Moskauer Schule des Zentralen Sportklubs der Armee (ZSKA). 250 Kinder treiben allein in ihren Vorbereitungsgruppen Sport. Natürlich werden sie nicht alle weltbekannte Sportgrößen wie Irina Rodnina, die auch einmal diesen Klub besucht hat. Darum geht es der Schule auch gar nicht. Sport härtet den Organismus ab, und deshalb wurden auch Schwimmen, Leichtathletik und Sportspiele in das Programm aufgenommen. Der Tanzunterricht entwickelt Musikalität und Ausdrucksvermögen der Kinder.

Die Sportschüler werden hervorragend medizinisch betreut. Der Unterricht selbst wird von hochqualifizierten Trainern geleitet, u. a. von vielen bekannten, erstmals aktiven Eiskunstläufern.

Olga Bondarenko führt bereits auch komplizierte Elemente aus



Auch das Fallen will gelernt sein

Der Trainer Alexander Gorelik, Silbermedaillengewinner der 10. Olympischen Winterspiele

In der Pause

Fotos: I. Utkin



EUROPAS BERUFUNG

Europa ist nicht von der übrigen Welt isoliert. Selbst wenn es in sehr entfernten Regionen zu Krisen und Konflikten kommt, wirken sie sich so oder anders auch auf den Kontinent aus, wo der Schnittpunkt der beiden Systeme und folglich der empfindlichste Nerv der Weltpolitik liegt. Und doch spielt Europa in der Nachkriegszeit bei jeder Zuspitzung der internationalen Situation eine stabilisierende Rolle. Der Kontinent, auf dem die beiden Weltkriege ausbrachen und jetzt die mächtigsten militärpolitischen Gruppierungen der Welt einander direkt gegenüberstehen, kann sich einen neuen Konflikt nicht leisten. Seine Berufung ist, den Frieden für sich selbst und die ganze Erde zu sichern.

Das ist die wahrlich einmalige Rolle Europas als zuverlässiger Garant des Friedens im System der weltweiten zwischenstaatlichen Beziehungen. Europa verankerte in einer Reihe von Verträgen die Unverletzlichkeit der Nachkriegsregelung, unterzeichnete die KSZE-Schlußakte — einen Kodex der konstruktiven langfristigen politischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West — und wählte somit den Weg zur zuverlässigen Sicherheit. Doch jetzt versuchen gewisse Kräfte, diesen Weg zu blockieren.

Ein Hindernis ist bereits da: Unter dem Druck Washingtons faßte die NATO den Beschluß, in Westeuropa neue amerikanische Nuklearwaffen zu stationieren. Ein weiteres Hindernis wird gerade aufgetürmt: Das Weiße Haus spekuliert auf die Ereignisse in Afghanistan, um Westeuropa von dem in Helsinki vorgezeichneten gesamteuropäischen Kurs abzubringen und in eine globale Expansion einzubeziehen.

Bloße Solidaritätsbekundungen der westeuropäischen Bündnispartner genügen Washington nicht. Es verlangt, daß sie neue Opfer auf dem militaristischen Altar bringen, zu Aktivitäten, die das normale Leben der internationalen Gemeinschaft desorganisieren und deren Sicherheit zerrütten, und zur Konfrontation mit der UdSSR und den Ländern der dritten Welt übergehen.

Wer glaubt, daß Washington Westeuropa in die Schützengräben des kalten Krieges nur aus dem Wunsch heraus schiebt, die UdSSR zu

„fesseln“, ihre Sicherheit auf dem Kontinent in höherem Maße zu bedrohen und so die Umtriebe der Pentagon-Falken im Mittleren Osten zu erleichtern, der irrt. Das Weiße Haus hat auch andere Absichten. Die „New York Times“ verrät sie: „Nach Afghanistan besteht die Administration darauf, daß die westeuropäischen Regierungen und Japan ihre Militärausgaben erhöhen und in einigen Fällen neue militärische Verpflichtungen im Indischen Ozean und am Persischen Golf übernehmen.“

In dieses Netz will Washington seine Partner locken. Es sieht so aus, als wären einige dem Sireengesang von der „atlantischen Solidarität“ schon erlegen: Großbritannien hat eine operative Schiffsguppe zur Verstärkung der 6. US-Flotte entsandt. In Westeuropa finden sich auch Politiker, die wohl amerikanischer als die Amerikaner und gern bereit sind, dem Washingtoner Sheriff an die Hand zu gehen.

Verantwortungsbewußte Politiker handeln anders. Sie beeilen sich nicht, auf die absolutistischen Ansprüche Washingtons einzugehen, denn sie wissen: Je tiefer Westeuropa in die militaristischen Operationen und Intrigen der USA gegen andere Staaten einbezogen wird, in eine um so größere Abhängigkeit begibt es sich. Washington hielt es bei seinen Schritten nach den Ereignissen in Afghanistan nicht für nötig, zuerst die Bündnispartner zu konsultieren. Nun spürt es die Gefahr einer Isolierung und will eine Außenministerkonferenz der führenden NATO-Länder einberufen, damit die entspannungsfeindliche Strategie gebilligt wird und sich die Bündnispartner ihr anschließen. Doch findet diese Absicht eine reservierte Aufnahme.

In Washington und Westeuropa heißt es mitunter, Moskau spalte den Westen und greife in die atlantischen Beziehungen ein. In Wirklichkeit nehmen die USA einen riskanten, gefährlichen chirurgischen Eingriff am lebendigen Körper der Ost-West-Beziehungen vor. Es geht darum, ob die Entspannung fortgeführt wird oder in der Weltpolitik eine neue Eiszeit beginnt. Das ist aber nicht mehr nur eine innere Angelegenheit der westlichen Länder und ihrer Bündnisse.

Leonid Breschnew sagte: „Die Völker der Erde haben jetzt ein gemeinsames Anliegen: die Spannungen, die die internationalen Beziehungen wieder komplizieren, zu überwinden.“ Am wirksamsten wird Europa dazu beitragen, wenn es ein Kontinent der Stabilität bleibt und den Einfluß kalter Luftmassen vom Potomac verhindert. Wenn die Aufgabe lautet — und die meisten Staaten stimmen dem zu —, die Entspannung unteilbar zu machen und auf die ganze Welt auszudehnen, so darf man nicht vergessen, daß der Ausgangspunkt dieses Prozesses Europa ist.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 7 FEBRUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär),
V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredak-
teur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die
fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Europas Berufung	1
I. Kremer — Politik der verpaßten Chancen	5
J. Tawrowski — UdSSR—Kampuchea, Gemeinsamer Kurs	8
I. Trofimowa — Amerikanisch-chinesische Gefechtsaufklärung!	8
M. Krutichin — Iran, Vor den Parlamentswahlen	10
G. Sergejew — Eigentor	11
I. Melnikow — Österreich, Partner im Alpenland	12
A. Stepanow — Flankenschutz	13
K. Karagesian — BRD, Neutronentod durch die Hintertür	14
Biographisches: Abdel Raul Kasm, Diogo Freitas do Amaral	11, 14
W. Lawrjonow — Gemeinsamer Markt, Nur um Netzmaschen!	15
Notizen ♦ Glossen	16
W. Midzew — Rhodesien, Kolonialismus redivivus	18
A. Pin — Das abschließende Jahr	20
A. Bowin — Großbritannien, Der „neue Konservatismus“	22
L. Besymenski — Geheimnisstufe drei (Dokumentarbericht)	24
N. Sergejew — Alte Opfer des neuen Haushalts	27
L. Leonidow — Schnelle Pisten	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Leiden des chilenischen Volkes hinter dem Stacheldraht des Pinochet-Regimes bewegen alle freiheitsliebenden Menschen. Die Weltöffentlichkeit unterstützt den Kampf der Patrioten und freut sich darüber, wie deren Widerstand gegen die Diktatur stärker wird. Vom 12. Februar ab wird die Internationale Solidaritätswoche mit den Werktätigen und dem Volk Chiles durchgeführt.

Umschlag: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

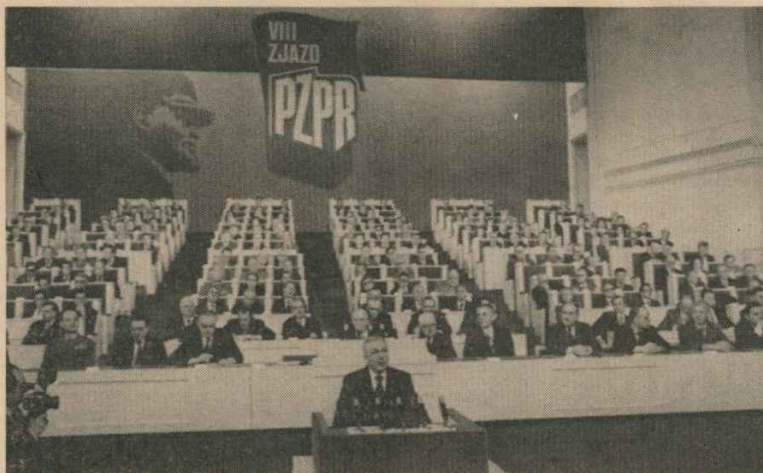
Am 5. Februar gingen im Kreml Gespräche zwischen Delegationen der Sowjetunion und der VR Kampuchea zu Ende. Am gleichen Tag wurden im Großen Kremlpalast die sowjetisch-kampucheanischen Dokumente unterzeichnet (siehe S. 8).

Am 11. Februar beging das Volk des Iran den ersten Jahrestag der antimonarchistischen, antiimperialistischen Revolution. Leonid Breschnew richtete an den Führer der Islamischen Republik Iran, Ajatollah Ruhalla Khomeini, eine Grußbotschaft, in der er der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß sich die „Beziehungen zwischen unseren Ländern auch in Zukunft auf die Prinzipien der Freundschaft und der guten Nachbarschaft, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gründen werden und ihre weitere Entwicklung auf dieser Grundlage dem Frieden und der internationalen Sicherheit dienen wird“. Leonid Breschnew sandte ferner eine Grußbotschaft an den Präsidenten der Islamischen Republik Iran, Abolhassan Banisadr (siehe S. 10).

Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union, U Ne Win, eine Grußbotschaft zum Nationalfeiertag, dem 32. Jahrestag der Unabhängigkeit. Im Telegramm wird die Hoffnung bekundet, daß in den kommenden Jahren die traditionellen Beziehungen der Freundschaft, des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit, die zwischen der Sowjetunion und Birma bestehen, weitere Entwicklung zum Wohl der Völker unserer Länder, im Interesse der Festigung von Frieden und Sicherheit in Asien und in der ganzen Welt erfahren werden. Alexej Kosygin richtete eine Grußbotschaft an den Premierminister der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union, U Maung Maung Kha.

Vom 9. bis 11. Februar fand in Panama-Stadt — erstmals in der Legalität — der VI. Parteitag der Partei des Volkes Panamas statt. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grußbotschaft: „Treu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, treten die panamaischen Kommunisten für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, für die revolutionäre Solidarität mit allen antiimperialistischen Kräften Lateinamerikas, mit allen Völkern ein, die gegen Diktaturen, für Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen.“

Das ZK der KPdSU richtete Glückwünsche an den Generalsekretär der Partei der Arbeit der Schweiz, Armand Maugin, zu seinem 60. Geburtstag.



Am 11. Februar hat in Warschau der VIII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei begonnen, an dem eine Delegation der KPdSU unter Michail Suslow teilnimmt. Unser Bild: Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, hält den programmatischen Bericht des Politbüros des ZK der Partei.

Foto: TASS

Am 12. Februar traf Andrej Gromyko auf Einladung der indischen Regierung zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Neu-Delhi ein.

Am 6. Februar empfing das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, der erste stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Ticho-

now, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank (BRD), F. Wilhelm Christians, im Kreml. Es fand ein Gespräch über die Entwicklung der Wirtschafts- sowie der Währungs- und Finanzbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik in Erfüllung der Vereinbarungen statt, die bei Leonid Breschnew BRD-Besuch im Mai 1978 erzielt worden waren.

Vom 4. bis 11. Februar weilte eine Delegation der Syrischen Baath-Partei unter dem stellvertretenden Generalsekretär der Baath-Partei, Abdullah al-Ahmar, auf Einladung des ZK der KPdSU in der UdSSR. Während des Moskau-Aufenthalts der Delegation fanden Begegnungen und Gespräche statt, an denen teilnahmen: von sowjetischer Seite — Andrej Kirilenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Iwan Kapitonow, Sekretär des ZK der KPdSU; Gennadij Sisow, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, Karen Brutenz, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU; von syrischer Seite — Abdullah al-Ahmar, stellvertretender Generalsekretär der Baath-Partei, Isam al-Kadi, Mitglied der Führung der Baath-Partei; die Mitglieder des ZK der Baath-Partei, Ahmed al-Hasan und Mouhammed

Zeidan; die verantwortlichen Mitarbeiter des Apparats der Baath-Partei, Izzat Hasan und Aziz Dervish, sowie der Botschafter der Syrischen Arabischen Republik in der UdSSR, Jabr Al-Kafri. Bei den Gesprächen, die in einer herzlichen, freundschaftlichen Atmosphäre verliefen, tauschten die Vertreter der KPdSU und der syrischen Baath-Partei Informationen über die Tätigkeit ihrer Parteien aus und erörterten Fragen der weiteren Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit sowie einige aktuelle internationale Probleme, vor allem die Lage im Nahen Osten. Bei den Gesprächen wurde ein Plan für die Verbindungen zwischen der KPdSU und der Baath-Partei für 1980/81 unterzeichnet. Unsere Bilder: Während der Gespräche; der Plan für die Verbindungen zwischen der KPdSU und der Baath-Partei wird unterzeichnet.



in einigen Ländern Westeuropas. Die Bedeutung des weiteren Kampfes für eine gerechte umfassende Nahostregelung, einschließlich der Verwirklichung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, wurde betont. Die Delegationen der Parlamentsgruppen der VR Bulgarien, der Ungarischen VR, der SR Vietnam, der DDR, der VDR Jemen, der Republik Kuba, der Mongolischen VR, der VR Polen, der UdSSR und der CSSR bekundeten ihre Solidarität mit der DR Afghanistan.

Am 4. Februar wurde im Genfer Palais des Nations die 36. Tagung des UNO-Menschenrechtsausschusses eröffnet. Ihm gehören 43 UNO-Mitgliedstaaten an, darunter die UdSSR und die Belorussische SSR.

Am 7. Februar trafen in Genf die Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritannien bei den Verhandlungen zusammen, bei denen ein allgemeines und vollständiges Verbot der Kernwaffentests ausgearbeitet werden soll.

Am 7. Februar sprach der DDR-Delegationsleiter, Botschafter André Wieland, auf einer hinter verschlossenen Türen stattfindenden Plenartagung der Teilnehmer der Wiener Truppenabbaugespräche. Wie ein Sprecher der DDR-Delegation vor Journalisten erklärte, hatte André Wieland betont, daß die DDR in voller Übereinstimmung mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern unablässig und beharrlich den Kurs auf die Festigung des Weltfriedens, auf die Vertiefung der internationalen Entspannung und auf die Abrüstung weiterverfolgen wird.



Die USA verstärken weiterhin ihr militärisches Drohpotential und bereiten „Strafexpeditionen“ gegen den Iran vor. Die größte Ansammlung von US-Kriegsschiffen seit dem 2. Weltkrieg befindet sich vor der iranischen Küste.

Foto: AP—TASS

Seit dem 6. Februar findet in Addis Abeba die 34. Tagung des OAU-Minister Rates statt. Hauptpunkt ist die Lage in Rhodesien. Die Tory-Regierung, die gegen die im Londoner Abkommen über-

nommenen Verpflichtungen skrupellos verstößt, wurde entschieden verurteilt (siehe S. 18).

Am 9. Februar wurde in Neu-Delhi die 3. Generalkonferenz der UNIDO, der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung, abgeschlossen. An ihr hatten Delegationen aus 133 Ländern teilgenommen. Fragen der Beschleunigung des Industrialisierungstempos in den Entwicklungsländern, der Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung auf gerechter und demokratischer Grundlage wurden behandelt. Die Konferenz nahm die „Deklaration von Neu-Delhi“ und einen „Aktionsplan“ sowie einige andere Dokumente an.

Vom 3. bis 5. Februar trafen in Paris der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen. Die gemeinsame Erklärung enthält neben Äußerungen für die Fortführung des Ost-West-DIALOGs und neben Anerkennung des positiven Einflusses der langjährigen Entspannung auf Europa Behauptungen, die offenkundig mit der offiziellen US-Propaganda korrespondieren. Valéry Giscard d'Estaing bekundete gegenüber Pressevertretern die Absicht, den Dialog mit Moskau fortzusetzen. Helmut Schmidt appellierte, „... die durch die Krise entstandenen Spannungen nicht ohne Not zu vergrößern und zu verhindern, daß sie sich auf Europa übertragen“.

Am 5. und 6. Februar fand in Wien hinter verschlossenen Türen eine Tagung der Sozialistischen Internationale (SI) statt, an der Vorsitzende und führende Politiker sozialdemokratischer Parteien aus ca. 30 Ländern teilnahmen. Aktuelle Fragen der internationalen Lage, der Abrüstung und der Energiewirtschaft wurden erörtert. Auf einer Pressekonferenz wurde mitgeteilt, keinerlei Resolutionen würden verabschiedet werden. Doch, wie bekannt wurde, äußerten die sozialdemokratischen Politiker Westeuropas ernste Besorgnis über die Fortsetzung des Wettübens, die Verhinderung bereits erzielter Abkommen und die Drohung einer Rückkehr zum kalten Krieg. Einige Teilnehmer des Treffens sprachen sich für eine schnellstmögliche Ratifizierung des SALT-II-Vertrages durch den US-Senat aus. Zugleich folgten führende SI-Politiker bei der Einschätzung der internationalen Lage in vielem dem Kurs Washingtons.

In der Demokratischen Republik Afghanistan wurde der Geburtstag des Propheten Mohammed mit vielen Veranstaltungen begangen.

Alle denkenden Menschen in Kanada, in den USA, ja in der ganzen Welt können die Entschlossenheit und Prinzipienfestigkeit nur begrüßen, mit denen die UdSSR Afghanistan gegen eine Invasion beisteht, die von China und den USA unterstützt wird. Die UdSSR hat sich als ein zuverlässiger, seiner internationalistischen Pflicht getreuer Freund erwiesen. Das hektische Verhalten Präsident Carters zeugt davon, daß die USA in ihre geplante Aktion, die die Aktion des Jahrhunderts werden sollte, enorme Mittel hineingesteckt haben. Es ist der Sowjetarmee und der Sowjetregierung zu danken, daß sie geholfen haben, eine neue Tragödie wie die abzuwenden, die Pinochet und Pol Pot über ihre Länder gebracht haben.

Jacque HARDY
Granby, Kanada

Nicht mehr lange, und Sportler aus der ganzen Welt treffen sich in Moskau zur Olympiade. Den reaktionären Kreisen im Westen ist es jedoch unerträglich, daß die Olympischen Spiele diesmal in einem für Frieden und Fortschritt kämpfenden sozialistischen Land, in der Heimat Lenins, stattfinden. Besonders empört mich das Verhalten eines Renegaten, dessen Namen ich nicht einmal nennen möchte. Es genügt zu sagen, daß er hier, in der „freien“ Welt, in der Welt der sozialen Ungerechtigkeit, der Arbeitslosigkeit und des Rassismus, von den reaktionärsten Kreisen der Bourgeoisie gepriesen wird. Er hat dazu aufgerufen, hinsichtlich der Olympiade, einen Druck auf Moskau auszuüben und sogenannte Freiheiten zu fordern, als wüßte er nicht, daß das Grundgesetz des Sowjetstaates vom ganzen Sowjetvolk abgefaßt worden ist.

Manuel CUESTA
Basel, Schweiz

Ich finde es richtig, daß in der Rubrik „Diskussion mit dem Leser“ Fragen von Leuten beantwortet werden, die nicht immer ähnliche Ansichten wie wir haben. Ich glaube, Sie sollten mehr über die kommunistischen und Arbeiterparteien schreiben. Auch Artikel über Sportthemen wären erwünscht, besonders in diesem Jahr, im Jahr der Olympiade.

Wladimir JERMAK
Tschernigow, Ukrainische SSR

POLITIK DER VERPASSTEN CHANCEN

Prof. Dr. Ilja KREMER

Diese Worte der Überschrift fielen mir beim Gespräch mit einem namhaften BRD-Journalisten ein, als er sagte: „Warum nicht auf die sowjetischen Vorschläge zur Deutschlandfrage vom 10. März 1952 zurückkommen? Damals schlug die UdSSR vor, ein einheitliches Deutschland zu schaffen, wenn es nur neutral bleibt und sich nicht an militärpolitischen Bündnissen beteiligt.“

Ja, die UdSSR wollte keine Spaltung Deutschlands und unternahm vieles, um ihr vorzubeugen. Selbst nachdem die Spaltung vollendete Tatsache war, versuchte sie noch, sie zu überwinden. Aber von der Hoffnung auf neue deutsche Armeen in den NATO-Streitkräften verblendet, lehnten Adenauer und seine Anhänger die sowjetischen Vorschläge kurzum ab. Sie wurden nur als Versuch beurteilt, den Beitritt der BRD zur NATO zu verhindern. Jahre sind inzwischen vergangen, und nun schreiben zahlreiche westliche Historiker und Publizisten voller Bedauern über Chancen, die ungenutzt blieben. Aber der Zug ist schon abgefahren, die einschneidenden Wandlungen, die in Europa im letzten Vierteljahrhundert eingetreten sind, machen dieses Bedauern gegenstandslos. Es gibt kein Zurück zur Situation von Anfang der 50er Jahre und folglich zu den Vorschlägen jener Zeit.

Wer ist schuld!

Die internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit zeigen, daß der Westen mehr als nur einmal die Möglichkeit verstreichen ließ, den Frieden und die Völkersicherheit zu festigen sowie die für die Kriegsvorbereitung draufgehenden Riesenmittel rationell zu verwenden.

Zu Beginn des Atomzeitalters versuchte die UdSSR zu erreichen, daß die Atomwaffen vernichtet und verboten wurden. Damals hatten die USA-Präsidenten noch keine Sicherheitsberater, jedoch wohl keinen Mangel an diversen Ratschlägen. Möglich, daß Truman gerade einen davon befolgte, als er Ende 1945 im Kongreß seine Hoffnung aussprach, die A-Bomben-Produktion würde stets ein Geheimnis der USA bleiben. Am 14. Juni 1946 sprach in der UNO-Kommission für Fragen der Atomenergie Bernard Baruch, Vertreter der USA. Er schlug vor, zu diesem Zweck eine internationale „Authority“ einzurichten und mit dem Recht auszustatten, sich ins Wirtschaftsleben jedes Landes, ins Wirken aller Industriezweige einzumischen und selbst für alle Länder geltende Gesetze zu verabschieden.

Kein einziger Staat, der auf sich hält, hätte eine derartige Schmäle-

rung seiner Souveränität hinnehmen können. Außerdem vermiste man im amerikanischen Entwurf die Hauptsache: den Verzicht der USA auf die Produktion und den Besitz der Atombombe. Natürlich konnte die UdSSR dem Baruchplan nicht zustimmen.

Der sowjetische Vertreter in der UNO-Kommission brachte den Vorschlag ein, statt dessen eine Konvention über das vollständige Verbot von Produktion und Anwendung der Kernwaffen zu unterzeichnen. Aber die Westmächte wollten den sowjetischen Vorschlag nicht einmal erörtern. So wurde eine Chance, die Gefahr, in der die Menschheit schwebt, für alle Zeit zu beseitigen, wieder einmal vergeben.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß zwischen dem Vorschlag der sozialistischen Länder über die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz (1966) und ihrem Beginn (1973) sieben Jahre verstrichen waren.

Wenden wir uns dem Nahen Osten zu. Vier Kriege und Hunderte Zusammenstöße rafften dort Zehntausende Menschenleben hinweg und machten das Leben von weiteren Millionen Menschen zur Hölle. Mehrmals unterbreitete die UdSSR konstruktive Vorschläge darüber, wie die gefährlichen permanenten Spannungen in diesem Raum zu bewältigen seien.

Die Genfer Nahostfriedenskonferenz, auf der die UdSSR ein Ko-Vorsitzender war, bot reale Möglichkeiten für eine friedliche Regelung. Später hatte es eine Zeitlang den Anschein, als sei die Regierung Carter mit der Auffassung einverstanden. In der sowjetisch-amerikanischen Erklärung vom 2. Oktober 1977 wurde ja die Notwendigkeit betont, die Nahostprobleme unter Berücksichtigung der Interessen des palästinensischen Volkes sowie aller Länder dieses Raums zu lösen.

Was hat das „neue Herangehen“ der USA an den Nahostkonflikt aber ergeben?

Die Genfer Konferenz wurde unterteilt. Anstelle einer komplexen Regelung trat die Separatabmachung von Camp David, das mit Wissen der USA alle wichtigen Probleme nur nach innen trieb. Die Spannungen in diesem Raum sind geblieben und können neue Konflikte heraufbeschwören.

Zweifelloos werden künftige Historiker die Reaktion der Westmächte auf Leonid Breschnews Vorschläge in Berlin am 6. Oktober 1979 als ein krasses Beispiel der Politik der vergebenen Chancen beurteilen. Die sowjetischen Vorschläge hätten eine neue Etappe bei der Festigung von Frieden, Sicherheit

und Vertrauen zwischen Staaten und Völkern einleiten können. Das ist nicht geschehen, und zwar aus Verschulden des Westens. Fühlen sich die Einwohner Ostenglands oder der Städte am Rhein heute in größerer Sicherheit, weil die USA ihre Nuklearmacht in Europa vergrößern und weil (zum wievielten Male!) ein vergeblicher Versuch unternommen wird, die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erreichen? Eine gewaltige Schuld gegenüber der heutigen und den künftigen Generationen der Europäer trifft diejenigen, die die ausgezeichnete Chance ungenutzt ließen, mit der Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen zu beginnen.

Besonders gefährlich ist, daß dieser abenteuerliche Kurs durch schlaue Manöver, verleumderische Kampagnen, diplomatische und propagandistische Tricks maskiert wird.

Hier eines der jüngsten Beispiele. Ende 1979 behaupteten die USA-Führer, um ihren Bündnispartnern die eigenen Raketenpläne aufzuzwingen, die Zustimmung der Westeuropäer, Pershing- und Flügelraketen bei sich unterzubringen, werde erstens die Ratifizierung von SALT II erleichtern und zweitens die Aussichten auf Verhandlungen mit der UdSSR über einen SALT-III-Vertrag verbessern, besonders in puncto Begrenzung der Anzahl der Mittelstreckenraketen. Das war ein notorischer Betrug. Die Verhandlungen sind durch den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 blockiert, wie die Sowjetregierung auch warnend hervorhob. In Brüssel wurde versprochen, SALT II rasch zu ratifizieren, jetzt aber hat der USA-Präsident die Ratifizierung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.

Ist vielleicht zugleich damit auch der Bau von Pershing- oder Flügelraketen aufgeschoben worden? Nein. Das Wettrüsten ist einer der seltenen Aspekte der USA-Politik, wo die Administration Carter fest zu ihrem Wort steht.

Zweierlei Maß

Vergleicht man heute die Wahlversprechungen des USA-Präsidenten mit der Wirklichkeit, so muß man an O'Henrys Phantasierepublik Anchuria, an ihre Politiker und deren Reden denken.

Carter versprach, die Militärausgaben um 5–7 Md. Dollar im Jahr zu kürzen, bekanntgegeben wird aber ein Programm zur ständigen Vergrößerung des Militärbudgets bis 1999. Er versicherte, die militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean einzuschränken, heute aber kreuzt dort ein gewaltiges Geschwader von Flugzeugträgern, die jeden Augenblick gegen Iran losschlagen

können. Die Absicht, die USA-Truppen aus Südkorea abzuziehen, transformierte sich sehr bald in eine verstärkte militärische USA-Präsenz in diesem Lande.

Solche für den Frieden gefährlichen Metamorphosen lassen sich auch in anderen Bereichen der USA-Politik der letzten Zeit feststellen.

Als Washington die NATO zusammenzimmerte, wurde der Bevölkerung der europäischen Länder eingeredet, sie sei nunmehr zuverlässig durch den amerikanischen „atomaren Schirm“ geschützt. Als aber 1979 der Plan aufkam, neue Raketen-systeme in Westeuropa zu stationieren, eröffnete man den Europäern mit einemmal, der „Schirm“ sei gar nicht da, die Armen wären völlig wehrlos und der einzige Ausweg sei, Kernraketen bei London, Bonn und Rom aufzustellen. Zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit werden die raffiniertesten Argumente ins Treffen geführt. Ein einflussreiches USA-Blatt schrieb vor kurzem: „Gegenwärtig ist es Mode zu denken, daß die beste Methode, der Gewaltanwendung zu entgehen, darin besteht, ständig zur Gewaltanwendung bereit zu sein.“

Erstaunlich, dieses System der zweierlei Maße, die die USA-Administration anwendet. Die sowjetischen Raketen auf Kuba waren für die USA, für ihre „Lebensinteressen“ natürlich unerträglich, und um die Raketen zu entfernen, durfte man die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe bringen. Selbst die wenigen sowjetischen Instruktoren auf Kuba wurden zum Vorwand genommen, um die Weltlage zu verschlechtern.

Die USA-Basen in der Nähe der sowjetischen Grenzen dagegen sind, genauso wie die gegen die UdSSR gerichteten USA-Raketen in Westeuropa, eine Bedingung der Friedenserhaltung.

Hilft das sozialistische Vietnam dem Volk Kampuchea in seiner Not, wenn politische Banditen es dezimieren, so ist das Aggression. Schicken aber die Pekinger Führer ihre Streitkräfte gegen das leidgeprüfte vietnamesische Volk vor, so wird diese schmachvolle Aktion als harmloser Grenzkonflikt hingestellt, an dem obendrein nicht der Aggressor, sondern das Opfer selbst schuld ist. Wie sollte man auch einem potentiellen Bündnispartner das Recht absprechen, ein beliebiges Land zu „bestrafen“, wenn die USA selbst sich anschicken, Iran zu „bestrafen“ und China als Knüttel gegen viele andere Länder und Völker zu benutzen?

Fällt die Armee Somalias in Äthiopien ein, hören wir kein einziges Wort der Verurteilung dieser Aggression im Weißen Haus oder in der Presse, die den herrschenden Kreisen dient. Vertreibt aber das äthiopische Volk mit Unterstützung seiner Freunde die Landräuber, so wird in den politischen und diplomatischen Kreisen ein Spektakel gemacht, als stünde die Welt unmittelbar vor einem großen internationa-

len Konflikt. All das nennt sich „Rückkehr der Moral in die Politik“. Wenn das Moral ist, was sind dann Heuchelei und Amoralität?

Vor kurzem, schon im Januar 1980, berichtete Zbigniew Brzezinski der Zeitschrift „Time“ über seine Konzeption der USA-Politik. Seine Gesprächspartner fragten, warum die USA keinen guten Ruf in der Welt haben, warum die undankbare Bevölkerung „gerade unsere Diplomaten“ überfällt und „sich so viele Handlungen gegen die USA und so wenige gegen die UdSSR“ richten. Wollten die „Time“-Redakteure völlig objektiv sein, so hätten sie hinzufügen müssen, daß auch die wenigen Handlungen gegen die sowjetischen Vertretungen eine gut geplante Tätigkeit der amerikanischen und sonstigen Geheimdienste verraten.

Interessant ist jedoch nicht diese gewollt naive Frage, sondern die Antwort des Sicherheitsberaters des USA-Präsidenten. Die USA seien in der Welt deshalb unbeliebt, weil „es das Los eines jeden ist, der bei historischen Veränderungen führend und ... der größte Neuerer und am freisten ist“. Glaubt Mr. Brzezinski, was er spricht, so haben wir es mit jener „tiefen Provinz des Geistes“ zu tun, von welcher Thomas Wolfe schrieb. Wir wollen jedoch den nächsten Mitarbeiter des Präsidenten nicht mit dieser Annahme kränken. Es handelt sich eher um einen Versuch, die „Time“-Leser auf eine falsche Fährte zu bringen und in ihrem Bewußtsein den alten Mythos von einem fortschrittenen Amerika, von einem Amerika der Freiheit und Demokratie, wachzurütteln.

Nein, meine Herrschaften, nicht deshalb sind Sie unbeliebt, weil Sie die Bahnbrecher des Fortschritts sind, sondern deshalb, weil Sie überall Leute vom Schlage eines Pinochet, eines Pahlawi und sonstige Diktatoren und Reaktionäre unterstützen und überall, wo es nur geht, eine moderne Vendée schaffen und bewaffnen. Afghanistan ist da keine Ausnahme. Man lese die westlichen Presseorgane. Sie ergeben ein Bild der engen Zusammenarbeit der amerikanischen amtlichen Dienststellen und Geheimdienste mit der schlimmsten Reaktion in diesem Land, mit Fanatikern, die Lehrer morden, Gefangenen die Hände abhacken, Aktivisten der Demokratischen Volkspartei die Haut abziehen und Frauen erneut zu entrechteten Sklavinnen machen. Verschieden die Länder – Vietnam, Nikaragua, Iran, Afghanistan –, unterschiedlich die USA-Methoden zum „Schutz der Freiheit“, von Napalm und Entlaubungsmitteln bis zur Ausbildung einheimischer Geheimagenten und bis zum Händehacken. Überall spürt man, daß da „stille Amerikaner“ am Werke sind. Werden aber ihre Pläne durchkreuzt, wird ihren Verbündeten (z. B. den Banditen in Afghanistan) eine Abfuhr erteilt, so spült die Wut ihrer Schutzherren in Washington alle vernünftigen Argumente hinweg, und das Verhalten der Männer im

Weißen Haus erinnert frappant an das des Elefanten im Porzellanladen.

Gefährliche Schritte

Neuerdings tritt im Verhalten Washingtons ein neues Moment deutlich hervor: das Mißverhältnis zwischen Anlaß und Reaktion. Man könnte noch zur Not verstehen, daß Washington mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, so begrenzt ihre Stärke auch sein mag, unzufrieden ist. Möglicherweise empfindet man dort die sowjetischen Argumente zur Erklärung der Gründe dieser Aktion als wenig überzeugend. Aber entspricht die Gegenreaktion der USA-Führer der Sachlage? Welche nationalen Interessen dieses Landes werden durch die zeitweilige Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan berührt? Darf die Welt unter diesen Umständen an den Rand der Rückkehr zum kalten Krieg gestoßen werden? Darf man mit dem Leben von Millionen spielen? Geht es schließlich an, mit einigen vom Gefühl diktierten Schritten all die Erfolge, die die Völker im Jahrzehnt der Entspannung erzielt haben, zunichte zu machen?

Denkt man über die Schritte Washingtons und ihren wahren Grund nach, so drängt sich der Schluß auf: Die Entwicklung in Afghanistan ist lediglich ein Vorwand für jenen politischen Kurs, der bedeutend früher begonnen hat.

Ein Wendepunkt war zweifellos die NATO-Ratstagung in Washington im Mai 1978, auf der Carter forderte, das Rüstungspotential des Blocks unabhängig vom Weltgeschehen ständig zu steigern.

Der Grund für diese Wendung wie auch für die Aufgabe aller Versprechungen, die im Zuge des Kampfes um den Präsidentensessel 1976 gegeben worden waren, war ein gut organisierter Druck der Rechtskreise und des Militär-Industrie-Komplexes der USA auf die höchsten Machorgane.

Einst schrieb John Kennedy, damals noch Senator, das Buch „Profiles in Courage“ über berühmte USA-Politiker, die ihren politischen Kurs durchzusetzen verstanden hatten. Aber eine solche Courage ist im politischen USA-Leben heute wohl rar. Charakteristisch für die derzeitige USA-Regierung sind Schwankungen, reuelose Aufgabe der eigenen Versprechen und im Grunde auch Preisgabe der eigenen Unterschrift unter wichtigen internationalen Abkommen.

Präsident Carters gefährlichster Schritt ist die Weigerung, SALT II zu ratifizieren. Kein größeres USA-Blatt hat diesen Schritt vernünftig oder wohlüberdacht genannt. Selbst Brzezinski, der zweifellos zu den Falken gehört, gab Anfang Januar zu, daß SALT II „unseren gegenseitigen Interessen entspricht“, daß der Vertrag „nicht ein Gefallen der USA für die UdSSR oder ein Gefallen der UdSSR für die USA ist“. In derselben Erklärung äußerte

Brzezinski den intelligenten Gedanken, daß der Vertrag notwendig ist „unabhängig davon, ob zwischen den USA und der UdSSR gute oder schlechte Beziehungen bestehen“. Durch die Aufschiebung der SALT-II-Ratifizierung beeinträchtigt der Präsident die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, gefährdet den Weltfrieden und versetzt die Menschheit zurück, in die Zeiten des unkontrollierten nuklearen Wettrennens.

Das Blockieren der Wirtschaftsbeziehungen der USA zur UdSSR und die Weigerung, die schon unterzeichneten Verträge zu erfüllen, untergräbt das Vertrauen zur USA-Administration als Vertragspartner. Leonid Breschnew sagte in seinem „Prawda“-Interview, und das Leben bestätigt seine Worte: In der Welt „greift immer deutlicher die Auffassung um sich, daß die Vereinigten Staaten ein völlig unzuverlässiger Partner in den zwischenstaatlichen Beziehungen sind, daß sie ein Staat sind, dessen Führung sich von Launen und Grillen oder Gefühlsausbrüchen wie auch von

spektiert werden. Aber auch in diesem Fall fällt auf, daß der Vorwand (Festnahme der Geiseln) und die Reaktion Washingtons (Konzentration gewaltiger Truppen, darunter nuklear ausgerüsteter, vor der iranischen Küste) in krassem Mißverhältnis zueinander stehen. Auch in diesem Fall hat man den Eindruck, daß die Geiseln in Teheran den Leuten eine willkommene Gelegenheit sind, die das Steuer der USA-Politik herumwerfen und neue strategische Positionen in diesem Raum erobern wollen.

Kurz, es geht nicht um Afghanistan und nicht um Iran, es geht um die Ziele der herrschenden USA-Kreise, besonders der Rüstungsmagnaten und ihrer Lobby. Wie die „New York Times“ zugibt, haben die iranische Krise und die Entwicklung in Afghanistan „dem Geist des militärischen Abenteueriums in Washington starken Auftrieb gegeben“.

Im Wahlfieber

Immer häufiger hört man in den USA Stimmen, daß sich viele Schritte der Administration aus der Hoffnung erklären, die Wähler, die durch die Situation in Teheran und die verlogene Propaganda um die Ereignisse in Afghanistan aufgewühlt sind, für sich zu gewinnen. Es ist bei weitem nicht das erste Mal, daß die Reaktion auf das Weltgeschehen mit dem Problem der Präsidentschaftswahlen verknüpft wird.

Charakteristisch in dieser Hinsicht ist der Verlauf der Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen. Im November 1974 erzielten die Führer der UdSSR und der USA in Wladiwostok eine Vereinbarung in dieser Frage, und es schien, daß die Unterzeichnung des entsprechenden Vertrages beschlossene Sache sei. Etwas mehr als ein Jahr später, im Januar 1976, erklärte der damalige Außenminister Henry Kissinger, daß „der Vertrag faktisch fertig ist“. Doch fand Präsident Ford, daß das Wahljahr 1976 für die Begrenzung des Wettrüstens nicht geeignet war. Um die konservativen Kreise auf seine Seite zu

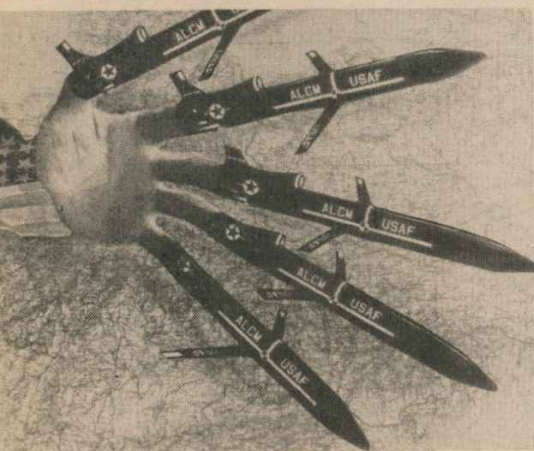
bringen, hemmte er den Entspannungsprozeß und schlug sogar in der Hitze der Wahlpolemik vor, schon das Wort Détente (Entspannung) aufzugeben.

Carter dagegen wandte sich 1976 hauptsächlich an eine andere Wählerschicht, denn damals gab er sich als Anhänger der Entspannung. Im weiteren jedoch ähnelte Carters Politik einem Uhrenpendel, nur daß die Schwingungen merkwürdig asymmetrisch waren. Jeder Aus Schlag zu Frieden und Entspannung hin wurde durch eine längere Schwingung zu harter Konfrontation „ausgeglichen“.

Infolgedessen steht die Wahlkampagne 1980 von Anfang an im Zeichen der gefährlichen Politik „von der Position der Stärke“. Es ist klar, daß eine Wirkung in der Weltpolitik Gegenwirkung auslöst, daß eine Großmacht wie die UdSSR sich eine Drohsprache verbieten, daß die Drachensaat der neuen Raketen, wenn einmal in Westeuropa ausgesät, unvermeidlich in Form ähnlicher oder neuer Waffensysteme am anderen Ende des Kontinents aufgehen wird. Wer ist an einer solchen Entwicklung interessiert? Auf jeden Fall nicht die UdSSR und nicht die überwiegende Bevölkerungsmehrheit Europas und der anderen Regionen.

All das ist nicht nur unvernünftig, sondern auch gefährlich. Gewiß könnte man über die These einiger kleiner Staaten „Kleiner Staat, kleine Verantwortung“ streiten. Absolut unbestreitbar ist dagegen die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen, wohlgedachten Politik, handelt es sich um eine Großmacht wie die USA.

Wenn die USA gegen die Entspannung auftreten, widersetzen sie sich einer historischen Notwendigkeit. Viele akute Probleme der Menschheit können nur im Frieden, kein einziges davon kann mit Hilfe eines Kernkrieges bewältigt werden. Diese Probleme werden die weltweite Entwicklung zunehmend beeinflussen. Sie werden gelöst werden: von den Völkern, von den mächtigen gesellschaftlichen Kräften, die für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, für Frieden und Zusammenarbeit eintreten. In ihrer überwiegenden Mehrheit wollen die Menschen keine Politik der vergeblichen Chancen. Das moralische und politische Kapital, das die Entspannungspolitik in den 70er Jahren gebracht hat, muß gewahrt und gemehrt werden.



Washingtons Danaergeschenke

Fotomontage aus der Wochenzeitung „Horizont“ (DDR)

Überlegungen eines eng aufgefaßten, momentanen Vorteils leiten läßt und die jederzeit imstande ist, ihre internationalen Verpflichtungen zu brechen sowie die von ihr unterzeichneten Verträge und Abkommen für null und nichtig zu erklären“.

Die Reaktion der USA auf die Geiselnahme in Teheran ruft in der ganzen Welt berechtigte Besorgnis hervor. Der sowjetische Standpunkt dazu ist klar: Die internationalen Konventionen über die Rechte und Privilegien von Diplomaten müssen re-

GEMEINSAMER KURS

Ein Rekonvaleszent braucht nach einer schweren Krankheit noch lange Zeit Hilfe. Das gilt um so mehr für eine ganze Nation — für das Volk der Khmer, das Opfer des Mordregimes Pol Pot/leng Sary. Erst vor einem Jahr wurde Kampuchea neugeboren, die Lage im Lande hat sich aber stabilisiert, und schwere Wunden konnten geheilt werden. Heldenhafte Anstrengungen haben die Kampucheaner selbst unternommen, doch von großer Bedeutung ist die umfassende und wirksame Hilfe der UdSSR, Vietnams und anderer sozialistischer Länder, der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit.

Als der Schaden, den die Wirtschaft Kampuchees durch die Pol-Pot-Banden genommen hat, in vollem Umfang klar geworden war und die überlebenden Kampucheaner vom Hunger bedroht waren, setzte man in Moskau, Hanoi und anderen Hauptstädten der sozialistischen Länder nicht alle möglichen Kommisslonein und hielt keine langwierigen Konferenzen ab, sondern schickte unverzüglich Sendungen mit Reis, Mais

und Kindernahrung nach Kampuchea. Gegen Ende 1979 hatten die sozialistischen Länder an die 300 000 t Lebensmittel geschickt. Allein die UdSSR hatte 159 000 t Nahrungsmittel und einige Hundert LKWs, die für den Transport von Hilfsgütern ins Landesinnere gebraucht werden, geliefert und bei der Wiedereröffnung der Häfen geholfen.

Diese Hilfe erfolgt uneigennützig — ohne irgendwelche politischen oder anderen Bedingungen. Gleichheit, Solidarität, Respektierung der Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten — die sowjetisch-kampucheanischen Beziehungen basieren eben auf diesen Prinzipien. Das Streben, die brüderliche Freundschaft zu festigen, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen der Sowjetunion und Volkskampuchea zu entwickeln, wurde bei dem offiziellen UdSSR-Freundschaftsbesuch der Delegation der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampuchees und des Revolutionären Volksrates der VR Kampuchea unter dem Vorsitzenden des

ZK der Front und Vorsitzenden des Revolutionären Volksrates der VR Kampuchea, Heng Samrin, vom 3. bis 11. Februar 1980 demonstriert.

Die Bedeutung, die man diesem Besuch in Moskau und in Phnom Penh beilegt, macht die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegationen deutlich: höchste Politiker von Staat und Partei, die Minister für Äußeres und für Verteidigung, die Leiter anderer bedeutender Ministerien und Ämter. Bedeutung und positive Ergebnisse der Gespräche im Kramel werden ferner durch die Unterzeichnung einiger bilateraler Dokumente betont: der sowjetisch-kampucheanischen Erklärung, der Abkommen über Warenlieferungen aus der UdSSR in die VR Kampuchea im Jahre 1980, über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, über wirtschaftlich-technische Kooperation, über vorrangige wirtschaftlich-technische Hilfe an die VR Kampuchea sowie eines Handelsabkommens.

Wie in der von Leonid Breschnew und Heng Samrin unterzeichneten Erklärung konstatiert wird, „widerspiegelt die erfolgreiche Entwicklung der sowjetisch-kampucheanischen Beziehungen die Gemeinsamkeit der Interessen und die Treue der Völker beider Länder zu den Idealen des Kampfes gegen Imperialis-

DIE LEHREN EINER AGGRESSION

AMERIKANISCH-CHINESISCHE GEFECHTSAUFKLÄRUNG?

Irina TROFIMOWA

Unter den jetzt abgesetzten oder umgesetzten höchsten chinesischen Offizieren findet sich auch der Name von Yang Dezhi, der den Militärbezirk Kunming befehligte. Säuberungen und Umbesetzungen in der Armee sind gewöhnlich von Fraktionskampf in der Pekinger Führung und von Versuchen der einen Gruppen begleitet, ihre Stellung auf Kosten anderer zu festigen. Doch das Schicksal von Yang Dezhi ist Beobachtern zufolge möglicherweise von besonderen Umständen beeinflusst worden. Bei der Aggression gegen die SRV (die am 17. Februar v. J. begonnen hatte) befehligte er die chinesischen Truppen, die in die vietnamesischen Grenzprovinzen eingedrungen waren. Jetzt vertreten Nachrichtenagenturen, insbesondere die japanische Kyodo Tsushin, die Auffassung, man habe Yang Dezhi „wegen Fehler bei der Planung der Operation abgesetzt“. Ob dem so ist, wird die Zukunft

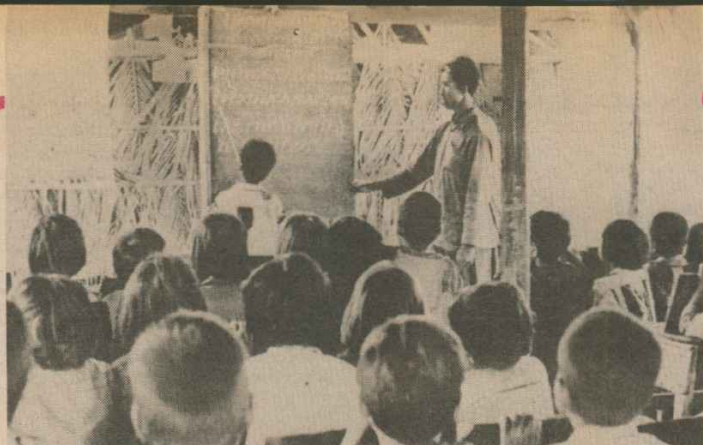
zeigen. Doch das eine ist klar: Auch ein Jahr nach der Niederlage in Vietnam läßt die Lehre, die Peking hat einstecken müssen, seiner Führung keine Ruhe.

Die 600 000 Mann starke Armee des Aggressors wurde vernichtend geschlagen. Wie das „Wall Street Journal“ damals konstatierte, ist China lädiert aus diesem Krieg hervorgegangen. Kein Wunder, daß dort bis heute die Beulen schmerzen, die man sich in den Kämpfen nicht einmal mit der regulären vietnamesischen Armee, die im Grunde gar nicht zum Einsatz kam, sondern mit Angehörigen der Volksmiliz, mit Grenztruppen und Regionalverbänden geholt hat.

Nicht „Kriegskunst“, wenn dieser Begriff überhaupt auf den Aggressor Anwendung finden kann, sondern Vandalismus demonstrierten damals die chinesischen Kommandeure und ihre Soldaten. Die barbarische Zerstörung von Städten und

Dörfern, die Ermordung von Zivilisten, die plündernden Soldaten, die Vieh forttrieben, Reis fortschafften und die Häuser der Vietnamesen ausraubten, ja selbst vor den Dachziegeln nicht haltmachten — all das brachte Schmach über eine Armee, die einmal für die gerechte Sache gekämpft hat. Erinnert sei an den Widerstand gegen die japanischen Militaristen, die China überfallen hatten, an die Verteidigung des Sonderbezirks Chinas, an den Beitrag zum Sieg der Revolution von 1949...

Nach dem Angriff auf Vietnam und allen Verbrechen der chinesischen Aggressoren auf vietnamesischem Boden stößt die Heuchelei Pekings besonders ab. Emissäre der VR China in diversen Ländern führen sich als „Verteidiger“ der Völker gegen eine „sowjetische Bedrohung“ auf. Man wundert sich nur, wie diese Sendboten noch Zuhörer finden! Der französische „Monde“ hatte recht, als er seinerzeit schrieb: „China, das sich mit zur Staatspolitik erhobenem Antisowjetismus zu tarnen sucht, will die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit davon ablenken, daß es Südostasien nach wie vor im Visier hat.“ Und nicht nur Südostasien — wie die Handlungen Pekings gegen Afghanistan zeigen.



Die Wiedereröffnung der Schulen ist eine der größten Errungenschaften der Volksmacht in Kampuchea. Bereits 800 000 Kinder drücken wieder die Schulbank. Unser Bild: Unterricht in einer Dorfschule.

Foto: VNA-TASS

mus, Hegemonismus, Reaktion und Kolonialismus, für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt". Die Gespräche haben die volle Übereinstimmung der Ansichten zu einem weiten Kreis von Fragen der bilateralen Beziehungen wie bei den wichtigsten internationalen Problemen gezeigt.

Beide Delegationen verurteilten die großmachtschauvinistische, hegemonistische Ideologie und Politik des Maois-

mus und bekundeten ihre ernste Besorgnis über die erneuten Kriegsvorbereitungen Pekings, das Komplote mit dem US-Imperialismus schmiedet. Beide Seiten verurteilten die Drohungen Chinas gegen Kampuchea, Vietnam und Laos und sprachen sich zugleich für eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zur VR China nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz aus.

Imperialisten und Hegemonisten hetzen in letzter Zeit immer stärker asiatische Länder gegeneinander auf. Deshalb erlangen die Bemühungen um eine Anbahnung von Beziehungen der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit in Asien besondere Bedeutung. Die UdSSR und Kampuchea haben die konstruktiven Vorschläge der kürzlichen Außenministerkonferenz der VR Kampuchea, der SRV und der VDR Laos an die Staaten Südostasiens begrüßt. Die Delegation der VR Kampuchea bekräftigte erneut ihre Bereitschaft, freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern der Erde herzustellen und zu entwickeln, vor allem zu den Staaten Südostasiens, sowie das Streben, mit ihnen einen Nichtangriffsvertrag zu unterzeichnen und die Schaffung einer Zone des Friedens, der Unabhängigkeit, der Freiheit, der Neutralität, der Stabilität und der Prosperität in Südostasien zu erörtern.

Die Gäste aus Kampuchea unternahmen eine Informationsreise durch einige Unionsrepubliken.

Die Völker der Sowjetunion und Kampuchea streben nach Frieden und Prosperität, nach regionaler und globaler Stabilität — das ist der gemeinsame Kurs beider Staaten.

J. TAWROWSKI

Angesichts der jüngsten Vorgänge wird auch die Rolle Washingtons bei der Vorbereitung der chinesischen Aggression gegen Vietnam deutlicher. Carter, der jetzt Gift und Galle spuckt wegen der Unterstützung, die die UdSSR Afghanistan im Kampf gegen die Aggression von außen leistet, hat eine sehr „zurückhaltende“ Position zu einer Zeit eingenommen, da Peking ganz real nach Vietnam eingedrungen war und es mit Feuer überzogen hatte. Der Präsident bezeichnete die chinesische Intervention nur als „Überschreitung der chinesisch-vietnamesischen Grenze“. Mit keinem Wort verurteilte er die Aggression. In politischen Kreisen der USA wollte man anfangs sogar den Eindruck erwecken, als habe die Administration der chinesischen Führung diese Aktion fast auszureden versucht. Doch viele politische Beobachter, die Deng Xiaopings Washington-Besuch mit dem Beginn der Invasion in Vietnam in Verbindung bringen, waren beunruhigt. „Für Deng ist Freundschaft allein zu wenig“, schrieb das „Wall Street Journal“. „Er will, daß die USA nicht nur sein Freund, sondern auch sein militärischer Verbündeter sind...“ Einige Beobachter gingen noch weiter, als sie erklärten, China habe die Aggression gegen Vietnam mit

schweigender Zustimmung und Duldung der USA verübt.

Was dann kam und bekannt werdende Fakten, ermöglichen, die Rolle, die Washington bei dem Angriff Chinas auf die SRV gespielt hat, in wichtigen Punkten neuzubewerten. Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang verdient ein Artikel in der italienischen Zeitung „Repubblica“. Die amerikanische Presse hat dieser Tage mit Hilfe von Vertretern der Administration, schreibt das Blatt, die Geschichte der radikalen außenpolitischen Wende der USA verfolgt und verweist darauf, daß sie mit einer Denkschrift Brzezinskis vom Februar 1979 eingeleitet wurde. Washingtons Kurswechsel fällt also genau mit dem Beginn der chinesischen Aggression zusammen. Wenn das richtig ist, ändert sich das Bild der Vorbereitung der Aggression gegen Vietnam. Kann man da nicht von amerikanisch-chinesischer Gefechtsaufklärung sprechen?

Auch ein anderer Umstand legt das nahe. Allzu schnell wurden in Washington die gleichen politischen Begleitphrasen in Umlauf gebracht, mit denen Peking seine antivietnamesische Kampagne versieht. „Vietnam eine Lehre erteilen“, „den Iran bestrafen“ und „Sanktionen gegen die Sowjetunion verhängen“ — all das sieht sich verdammt ähnlich. Unklar bleibt daher nur, wo — in China oder in den USA — man das zuerst aufgebracht hat.

Doch es liegt auf der Hand, daß die chinesische Aggression gegen Vietnam nicht getrennt von den jüngsten negativen Entwicklungen in der Welt gesehen werden kann. Vor einem Jahr war die Entspannung noch nicht solchen Attacken ausgesetzt wie jetzt seitens der Imperialisten im Verein mit den Großmachtschauvinisten in Peking. Doch bereits damals war die Aggression Pekings eine Kraftprobe jener, die keinen Frieden zwischen den Völkern wollen und die in letzter Zeit fieberhafte Aktivitäten entwickelt haben.

Angesichts der Aggression von 1979 werden die Heldentat Vietnams, die Bedeutung der Hilfe der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sowie die Unterstützung aller friedliebenden Staaten für dieses tapfere Volk noch deutlicher. Nicht nur, daß Peking eine Lehre beigebracht wurde — Vietnam und alle, die auf seine Seite traten, erteilten jenen eine Abfuhr, die Völkerrecht durch Faustrecht zu ersetzen und die Politik des Balancierens am Rande des Krieges wiederzubeleben suchen.

VOR DEN PARLAMENTSWAHLEN

Michail KRUTICHIN

Am 11. Februar, anlässlich des ersten Jahrestages der Revolution, durch die die Despotie des Schahregimes gestürzt und die Islamische Republik Iran errichtet wurde, fand in Teheran eine Massendemonstration mit rund 2 Millionen Teilnehmern statt. Ende Januar wurde Abolhassan Banisadr der erste Präsident der jungen Republik.

Den Wahlsieg verdankt er in erster Linie dem Ruf, ein bekannter Teilnehmer des Kampfes gegen das Schahregime und gegen die amerikanische Übermacht gewesen zu sein, dem Ansehen eines Schülers des Führers der iranischen Revolution, Ayatollah Khomeini, der diesem nahesteht. Zugleich äußern die Wähler die Hoffnung auf eine möglichst baldige Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Hauptprobleme. Manche versprechen sie sich vom Entstehen einer „islamischen Wirtschaft, die sich von der kapitalistischen wie auch von der sozialistischen unterscheiden soll“. Für eine solche Wirtschaft tritt der neue Präsident ein.

Dabei hat der Iran mehr als genug ungelöste Probleme. Es muß gesagt werden, daß die wirtschaftliche Lage des Irans schwer ist. Die meisten Privatunternehmer sind ins Ausland geflohen und haben nicht nur die Kapitalien, sondern auch die erhaltenen Bankkredite mitgenommen. Die zurückgelassenen Betriebe sind schwer verschuldet, hauptsächlich beim Staat. Privatunternehmen, die bis zu 70% des Industrieausstoßes lieferten, mußten unter staatliche Kontrolle gestellt werden, in den meisten konnte man die Produktion aber nicht wieder in Gang bringen. Neben der Eskalation der Kriegsgefahr hat Washington faktisch eine Blockade über den Iran verhängt, die an Erpressung und an die Drohung grenzt, ihn auszuhungern. Um ihn kleinzukriegen, haben ihm viele westliche Firmen die Lieferungen an Rohstoffen, Werkstoffen, Ersatzteilen und technischen Ausrüstungen gesperrt. Dadurch werden die beiden einschneidenden Wandlungen unvermeidlichen inneren Schwierigkeiten noch wesentlich erschwert.

In einer Teheraner Zeitung fand ich im Kreuzworträtsel folgenden Satz: „Eigenschaft der Iraner, wenn die Teuerung nicht wäre“ und die Lösung „Gastfreundlichkeit“. Die Teuerung wirkt sich aber nicht nur auf diese traditionelle Eigenschaft

der Iraner aus. Der akute Mangel an nötigsten Waren nagt am Budget jeder Familie. Im vergangenen Jahr sind die Nahrungs- und Waschmittel um 70–100% teurer geworden. Auf den Straßen Teherans kam es in den letzten Tagen wiederholt zu spontanen Aktionen der Bevölkerung. Es ist sogar vorgekommen, daß Pilawstuben, in denen ein Essen etwa 450 Rial kostet (ein Arbeiter verdient höchstens 700–750 Rial am Tag), gestürmt wurden. Fleisch, Eier und Seife sind solche Raritäten, daß die Fleischgerichte auf den Speisekarten der Restaurants schon um 2 Uhr nachmittags gestrichen werden und daß man, um ein paar Eier aufzutreiben, nicht nur viel Zeit, sondern auch gute Bekanntschaften bei Ladenbesitzern haben muß.

Die Regierung konnte in beschränktem Umfang Bau- und Straßenbauarbeiten ankurbeln, aber alle zu beschäftigen, ist sie außerstande. Um die Härten der Krise auch nur etwas zu mildern, zahlt man den Arbeitslosen neuerdings Unterstützung und gibt ihnen Darlehen. Wie Pilze nach dem Regen sind in der Stadt Wohnungsvermittlungs- und andere Maklerbüros aus dem Boden geschossen, in denen fünf oder zehn junge Leute herumsitzen und vage auf ein Verdienst hoffen. Sitzstreiks arbeitsloser Schul- und Hochschulabsolventen sind keine Seltenheit. Nach dem Aufruf der revolutionären Führung, der Regierung Zeit zur Bildung ständiger Machtorgane zu lassen, hat die Arbeiterklasse allerdings ihre Großkundgebungen eingestellt.

In vielen Provinzen ist die nationale Frage akut. Ganz vor kurzem suchten Agenten des Imperialismus Massenaktionen im iranischen Aserbaidshan gegen die Regierung zu richten. Der drohende Putsch, auf den auch die monarchistischen Militärs hinwirkten, konnte nur dank der Wachsamkeit und Entschlossenheit der revolutionären Führung vereitelt werden. Auch die Unruhen in den Kurdengebieten ebbten nicht ab. Die Verhandlungen über die Zukunft des iranischen Kurdistans zwischen Vertretern der großen nationalen Gruppe der Kurden mit einer Delegation der Landesregierung werden bald von Linksextremisten aus der kurdischen Bewegung selbst, z. B. von der maoistischen Kumele-Partei, bald von Agenten des Impe-

rialismus hintertrieben, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung kräftig schüren. Viele Leute hier halten ein Fortdauern der Unruhen auch in anderen Gebieten — unter den Arabern von Ahwas, den Turkmenen von Gunbad-i-Qawus und den Beduins von Seistan — nicht für ausgeschlossen.

Das sind nur die akutesten Probleme, mit denen es die iranische Revolution zu tun hat. Außerdem ist zu bedenken, daß die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die nationalen Probleme durch die unsichere und verworrene politische Lage im Land noch erschwert werden: Die 200 Parteien und Gruppen scheinen ein Puzzlespiel zu bilden, dem mit Logik nicht beizukommen ist. Wir wollen aber doch versuchen, Aufschluß über die führenden politischen Kräfte der Islamischen Republik Iran zu geben.

Bei der ganzen Mannigfaltigkeit dieser tauziehenden Kräfte kann man mit Sicherheit sagen, daß jetzt nur die unangefochtene Autorität des Führers der islamischen Revolution, des Ayatollah Ruhalla Khomeini, den das Volk mit dem ehrenvollsten islamischen Titel des Imam bedacht hat, den Zusammenhalt der Führung der gesamten Republik gewährleistet. Heute kann dort keine Partei auf einen Erfolg rechnen, wenn sie sich nicht rückhaltlos mit dem „Kurs des Imams“ einverstanden erklärt. Der Führer übt seine Macht nicht durch eine politische Struktur, sondern durch direktes Appellieren an die Volksmassen aus, die seine Beschlüsse auf Kundgebungen bekräftigen. Gewaltigen patriotischen Elan lösen seine Aufrufe aus, gegen den Imperialismus, vor allem gegen den „großen Teufel“ Amerika, gegen die Übermacht von Ausländern über das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben im Land zu kämpfen.

Als seine getreuesten Anhänger gelten jetzt die „Moslemstudenten“, die seinem Kurs folgen, die US-Botschaft besetzt halten und eine rege politische Betriebsamkeit entwickelt haben. Die Volkspartei, die Modjahedin Khalk (Kämpfer für die heilige Sache des iranischen Volkes) und einige andere fortschrittliche Organisationen haben die antiimperialistische Politik Khomeinis ihrer Strategie und Taktik zugrunde gelegt.

Der Imam gibt nur die Hauptrichtungen an, wie sich die Dinge entwickeln sollen, und hat die Kontrolle über die Verwaltungsgeschäfte dem Islamischen Revolutionsrat überlassen, dessen Vorsitzender Abolhassan Banisadr geworden ist. Auch kann er sich infolge der Krankheit, wegen der er vor kurzem in einer Herzklinik lag, nicht allzuviel den laufenden Angelegenheiten widmen. Eine große Rolle im Rat spielen die Gründer der Partei der Islamischen Republik. Diese Partei, der, einem Ruf der Geistlichkeit folgend, über 5 Millionen Iraner beigetreten sind, betont in ihrer Propaganda, daß sie sich an den Kurs des Imams hält. Dennoch haben ihre Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen eine

empfindliche Niederlage erlitten, und einige ihrer Spitzenfunktionäre werden von manchen Schichten der Geistlichkeit scharf kritisiert.

In den fortschrittlichen Kreisen kritisiert man den Beschluß des Revolutionsrats, eine iranische Delegation zu der mit provokatorischem Zweck einberufenen Islamischen Konferenz nach Islamabad zu entsenden. Die Patrioten wirken den Versuchen entgegen, die Weisung Khomeinis zu entstellen, daß als Feind Nr. 1 des iranischen Volks der US-Imperialismus anzusehen ist.

Dennoch reiten manche Politiker immer noch auf der falschen Behauptung herum, daß eine „sowjetische Bedrohung“ bestehe. Sie haben die Stirn, die UdSSR, die die fortschrittlichen Errungenschaften aus der islamischen Revolution begrüßt und unterstützt hat, den USA gleichzusetzen, die dem iranischen Volk viel Böses zugefügt haben. Sie strapazieren die maoistische Theorie von „den beiden Supermächten, die allen armen und unterdrückten Völkern feindlich gesinnt“ seien. Den aus tiefstem Herzen kommenden Haß des revolutionären Volkes gegen den Imperialismus suchen sie nach alten Rezepten mit einer antikommunistischen Hysterie zu durchsetzen. In den Räumlichkeiten fortschrittlicher Parteien und Organisationen sind Brandstiftungen und Bombenanschläge vorgekommen.

Trotzdem kann folgendes hervorgehoben werden: Trotz der Ausfälligkeiten

mancher Propagandaorgane gegen den Kommunismus und trotz der Versuche, Fälschungen westlicher Medien aufzugreifen, werden sich die meisten Iraner — von Intellektuellen bis zu Bauern — immer mehr darüber klar, wer ein Feind und wer ein aufrichtiger Freund des iranischen Volkes und der islamischen Revolution ist.

Bald wird der Revolutionsrat einem Parlament Platz machen müssen, das noch vor dem islamischen Neujahr, vor dem 21. März, gewählt werden soll. Gewiß werden die Wahlen mit einem heftigen politischen Kampf verbunden sein, in dem es Sieger und Besiegte geben wird.

Jedenfalls kann man jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß die Volksmassen entschieden gegen die Bildung einer beliebigen versöhnlichen Regierung sind. Unter diesen Umständen wird Banisadr, der sich des Rückhalts von 75% der Wählerschaft und vielen politischen und anderen Organisationen versichert hat, laut Wahlergebnis den Ministerpräsidenten zu bestimmen haben. Wie wir sehen, hat das Land äußerst ernste Probleme. Mit ihnen wird sich die neue Regierung denn auch befassen. Die Hauptsache ist es jetzt, die Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten und seine Souveränität gegen Anschläge der imperialistischen Kräfte zu schützen.

Teheran, im Februar

NZ

KOMMENTAR

EIGENTOR

Am 13. Februar wurde in Lake Placid [USA] das Feuer der Olympischen Winterspiele 1980 angezündet. Millionen Sportfreunde begrüßen dieses Ereignis. Es geht hierbei nicht nur um neue Rekorde, vielmehr sollen die Spiele zu Freundschaft und Völkerverständigung beitragen. Ist ja der Sport zu Recht eine Sprache, die die Völker der ganzen Welt verstehen.

Doch ganz andere Töne hat dieser Tage Washington gegenüber den Vertretern der sportinteressierten Weltöffentlichkeit angeschlagen. Die USA wollen auf keinen Fall zulassen, daß die olympische Fackel im Sommer in Moskau entzündet wird.

Nach den Resolutionen von Repräsentantenhaus und Senat für einen Boykott der Olympischen Sommerspiele, nach dem Scheitern der für den Exweltmeister Mohammad Ali demütigenden antiolympischen Mission in Afrika hat Carter nun Außenminister Cyrus Vance zur IOC-Tagung geschickt. Sein Auftritt vor den Tagungsteilnehmern war beispiellos in der Geschichte der olympischen Bewegung. Der Außenminister, der mit Begriffen des kalten Krieges operierte, suchte im Namen des US-Präsidenten massiven Druck auf das IOC auszuüben.

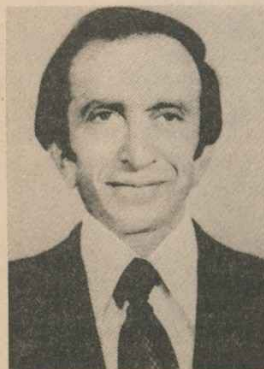
Im gleichen Geist war auch die Erklärung eines weiteren hohen Vertreters der Administration gehalten — des stellvertretenden Rechtsberaters des Weißen Hauses, Robert Klein. Wie die „Washington Post“ meldete, drohte er wütend, „die US-Regierung werde die olympische Bewegung zerstören“, wenn sich das IOC dem Diktat Washingtons nicht unterwerfen werde.

Derartige Drohungen führen dazu, daß die Weltöffentlichkeit immer stärker das Treiben der Washingtoner Politiker verurteilt. Dabei vergessen sie ganz offenbar, daß die Austragung olympischer Wettkämpfe nicht Angelegenheit eines einzigen Landes ist. Wie der IOC-Präsident Lord Killanin betonte, gehören die Olympischen Spiele der ganzen Welt. Die sportinteressierte Weltöffentlichkeit weigert sich entschieden, ihre Gefühle der Brüderlichkeit und der Solidarität auf dem Altar der Militaristen zu opfern. Deren schmutziges Spiel kann für seine Drahtzieher nur zu einem Eigentor führen.

G. SERGEJEV

BIOGRAPHISCHES

VORSITZENDER DES MINISTERRATS DER SYRISCHEN ARABISCHEN REPUBLIK WURDE ABDEL RAUF KASM



Geboren 1932 in Damaskus, wo er später die Universität absolvierte. Weitere Studien an der Universität Istanbul. Promotion in Architektur und Städtebau. Preisträger

einiger panarabischer und internationaler Architekturpreise. Gehörte dem Obersten Rat für Städteplanung Syriens an. Bis Mitte 1979 als Dozent tätig, war Dekan an der Fakultät der schönen Künste, dann Prorektor der Universität Damaskus. Im Juni 1979 zum Gouverneur von Damaskus ernannt.

Abdel Rauf Kasm ist seit 1949 Mitglied der syrischen Baath-Partei. Wirk-

te in verschiedenen Parteiorganisationen. Im Januar 1980 wurde er auf der 7. Regionalkonferenz der Baath-Partei in das ZK und in die (syrische) Regionalführung der Partei gewählt.

Anfang 1980 wurde in Syrien die Regierung umgebildet. Auf Erlaß des Präsidenten vom 14. Januar wurde Abdel Rauf Kasm zum Vorsitzenden des Ministerrats ernannt.

Partner im Alpenland

Igor MELNIKOW

Für Österreich ist 1980 ein besonderes Jahr. Mit allen Völkern Europas feiert das Volk der Alpenrepublik den 35. Jahrestag des Siegs über den Faschismus. Sie selbst begeht aber auch noch andere denkwürdige Tage. Im Mai jährt sich der Abschluß des Staatsvertrags und im Herbst die Annahme des Gesetzes über die immerwährende Neutralität zum 25. Male.

Diese beiden historischen Urkunden sind von unvergänglicher Bedeutung für Österreich und für das allgemeine Gesunden des politischen Klimas in Europa. Am 15. Juni 1979 erklärte Leonid Breschnew in Wien: „Der Staatsvertrag mit Österreich hat gleichsam den Weg zur Entspannung in Europa gebahnt und das Vorwärtkommen zur friedlichen Zusammenarbeit erleichtert.“

Das Vierteljahrhundert hat uneingeschränkt bestätigt, daß der Kurs der immerwährenden Neutralität durchaus im nationalen Interesse des Landes liegt und ihm die internationale Autorität gewährleistet. Die Jahre haben auch gezeigt, wie wichtig für Österreich seine vielgestaltigen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten sind.

Sankt Pölten ist die zweitgrößte Industriestadt Niederösterreichs. Die hiesige Maschinenbau-Firma Voith A. G. ist auf ihre langjährigen Beziehungen zu sowjetischen Partnern stolz. Der letzte große Abschluß betraf die Lieferung der Anlagen für das Zellulose- und Papierkombinat in Kondopoga. Für die Firma haben die Aufträge aus der UdSSR viel zu bedeuten.

Die Steyrer GFM-Werke sind in der Welt mit ihren Radialschmiedemaschinen führend. Ausländische Konkurrenten haben der Firma wiederholt das Wasser abzugraben versucht. Sie hat sich aber gegen die Konkurrenz behauptet und sich ihre Unabhängigkeit von ausländischem Kapital bewahrt. Ihr größter ausländischer Auftraggeber ist die sowjetische Außenhandelsstelle Stankoinport. Auf sie entfallen rund 40% des Exports der Firma. Vor einigen Wochen lud sie mich zur Einweihung einer riesigen Waagrechtbohrmaschine mit Zeitprogrammsteuerung ein, die sie in Leningrad angekauft hatte. Man sieht, daß sich die Firma nicht nur über die Nachfrage, sondern auch über

das Angebot informiert und gern sowjetische Erzeugnisse kauft.

Ist von Linz die Rede, dann fallen einem sofort zwei Firmen ein: die Vöest-Alpine, die zusammen mit ihren Zweigstellen 79 000 Personen beschäftigt, und der staatliche Konzern Chemie Linz. Im Gespräch mit mir haben sich die Leiter dieser beiden führenden Betriebe der verstaatlichten Industrie Österreichs, die Herren Apfalter und Buchner, sehr anerkennend darüber geäußert, wie sich die Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen RGW-Mitgliedern entwickeln. Hat man einen Abschluß mit einem sowjetischen Partner getätigt, dann braucht man sich weiter keine Sorgen zu machen. Das weiß man in Linz schon lange. Halb im Scherz, halb im Ernst sagte Herr Apfalter beim Abschied: „Wenn ich Sie nicht ganz überzeugt haben sollte, dann fragen Sie doch einen beliebigen Arbeiter oder Angestellten der Vöest-Alpine, wie er über die Zusammenarbeit mit Rußland denkt. Sie werden keine verschiedenen Meinungen hören, da können Sie ganz sicher sein.“

In Tirol, dieser schönen, eigenständigen Provinz der Alpenrepublik, die schon lange freundschaftliche Beziehungen zu unserem Georgien unterhält, bestehen sehr rege mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern zusammenarbeitende Gesellschaften, darunter die Firma Swarowski.

Bei Herrn Manfred Swarowski, ihrem Leiter, war ich mehrmals zu Gast. Seine vielseitigen Erfahrungen als Manager haben ihn in der Überzeugung bestärkt, daß die Geschäftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern aussichtsreich und beständig sind. Sie haben der Firma über die Krise von Mitte der 70er Jahre hinweggeholfen: Ihr wichtigster Exportartikel — Schleifmaterial — hat bei ihren östlichen Kunden immer gleichbleibende Abnahme gefunden.

Mit den Jahren haben sich ihre Verbindungen mit der UdSSR bedeutend ausgedehnt. Herr Swarowski gehört zu den aktivsten Mitgliedern der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Er spricht oft bei ihrer Tiroler Zweigstelle vor und wird jedesmal in die Bundesleitung gewählt.

„Ja, wenn wir ebenso gute und

stabile Beziehungen zu amerikanischen Firmen hätten!“ klagte er. „In Übersee ist der Geschäftsverkehr leider durch Konkurrenzneid, Betrug und Konjunkturschwankungen getrübt.“

Er hatte nicht zuviel gesagt. Unlängst brachte die österreichische Zeitschrift „Konsument“ merkwürdige Einzelheiten über nach Österreich exportierte amerikanische Waren. Als in den USA nach Unglücksfällen der Verkauf leicht entzündlicher Kinderpyjamas verboten wurde, brachten die geschäftstüchtigen Amerikaner sie in Österreich auf den Markt, und als Autoreifen eines Konzerns in den USA bei hohen Geschwindigkeiten platzten und Verkehrsunfälle verursachten, schob man die „Todesreifen“ nach der Alpenrepublik ab.

Daneben sehen Österreichs westeuropäische Partner etwas respektabler aus. In letzter Zeit nimmt der Handel zwischen Österreich und den EG-Ländern, besonders auf Betreiben eines Teils der hiesigen Politiker- und Unternehmerkreise, zu. Wären dabei beide Seiten gleichberechtigt, so könnten die Österreicher zufrieden sein. Wie kann aber von Gleichberechtigung die Rede sein, wo sich das Passivum im Außenhandel Österreichs in einer eifelligen Zahl ausdrückt?

Eine Hauptursache war und ist der unausgewogene Handel mit den EG-Ländern, namentlich mit der BRD. Es genügt zu sagen, daß Bonn ein Viertel seiner Deviseneinkünfte aus Österreich bezieht, das in der BRD fast ebensoviel wie die USA

Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten auf dem Schwarzenbergplatz in Wien

Foto: TASS



ankauft. Weder der Besuch Finanzminister Androschs am Rhein noch die Reise des Präsidenten der Bundeswirtschafts- und Handelskammer, Sallingers, von Januar d. J. nach der BRD hat die Waagschale zugunsten Wiens geneigt, ja nicht einmal das Gleichgewicht hergestellt.

Bemerkenswerterweise werden die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien, die Volks- und die Freiheitliche Partei, die die Regierung mit und ohne Anlaß zu kritisieren lieben, sofort still, wenn wieder einmal Angaben über das Passivum Österreichs im Handel mit dem Westen veröffentlicht werden. Dagegen regt sich die Opposition gewaltig auf, wenn der Import aus den sozialistischen Ländern auch nur ein wenig größer als der österreichische Export ist. Dabei verschweigt sie, daß die Lieferungen aus den RGW-Ländern Österreich befähigen, seine Wirtschaft zu stabilisieren, und daß sie viele Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Man hat sich ein neues Argument ausgedacht: Österreich sei von einer „energetischen Knechtung durch den Osten“ bedroht. Es ist typisch, daß man die Schlagwörter für solche Kampagnen den Schlagzeilen der „Frankfurter Allgemeinen“, des „Münchner Merkur“ und anderer bundesdeutscher Blätter entlehnt.

Ist ein Land denkbar, das aus freien Stücken Verlustgeschäfte macht? Jeder denkende Mensch wird so etwas absurd nennen.

Trotz aller Anstrengungen der Gegner der Zusammenarbeit mit der UdSSR entwickelt sich der sowjetisch-österreichische Handel mit jedem Jahr intensiver. Die meisten im langfristigen Abkommen zwischen der UdSSR und Österreich (für 1976–1985) vorgesehenen großen Kontrakte sind bereits erfüllt, oder ihre Erfüllung geht zügig ihrem Ende entgegen. Eine Reihe von Firmen hat schon Schritte in der im sowjetisch-österreichischen Kommuniqué von 1978 empfohlenen Richtung unternommen, neue Mittel und Wege zum Zusammenwirken ausfindig zu machen, dank denen das Wirtschaftspotential der beiden Länder effektiv verbunden, die industrielle Kooperation entwickelt und eine Zusammenarbeit auf den Märkten der Drittländern angebahnt werden könnte.

Die Führung Österreichs ist sich durchaus über die Notwendigkeit im klaren, seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft auszubauen. Darin sehen sie die materielle Basis der Entspannung und die Voraussetzung für eine Über-

windung der Krise. Unlängst erörtere eine repräsentative österreichische Abordnung unter Herrn Fremuth, dem Generaldirektor der Verbundgesellschaft, in Moskau den Stromankauf in der UdSSR.

Überzeugte Verfechter enger Geschäftsverbindungen mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern sind die österreichischen Kommunisten. Sie haben als erste auf die lehrreiche Erfahrung des Landes aus der Krise von 1974/75 hingewiesen. Damals konnte dank den engen, stabilen Wirtschaftskontakten zu den sozialistischen Staaten 150 000 österreichischen Arbeitern Beschäftigung gesichert werden.

„Der ganze Komplex der geschäftlichen Zusammenarbeit Österreichs mit der Welt des Sozialismus zeichnet sich durch Gleichberechtigung und strikte Wahrung der Souveränität aus“, sagte mir gesprächsweise Franz Muhri, der Vorsitzende der KPÖ. „Gegen dieses Prinzip wird unserem Land gegenüber andauernd von den führenden EG-Staaten, auch von den USA, verstoßen. Mit den Jahren hat sich unser Volk davon überzeugt, daß die Verbindungen mit den sozialistischen Ländern für beide Seiten vorteilhaft, daß sie stabil und aussichtsreich sind und helfen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie müssen auch deshalb gewahrt und weiter ausgebaut werden, weil sie zur Entspannung beitragen.“

Unsere Länder stehen schon so manches Jahrhundert in Beziehungen zueinander. Die schönsten Kapitel in die Geschichte dieser Beziehungen sind im letzten Vierteljahrhundert eingetragen worden, seit dem Abschluß des Staatsvertrags und seitdem sich Österreich für den Status immerwährender Neutralität entschieden hat. Die Verbindungen werden auch dadurch enger, daß die Einstellung der beiden Staaten zu gegenwärtigen Kardinalfragen wie der Festigung des Weltfriedens und der Abrüstung einander nahe ist.

Mit seiner Gabe, Feste zu veranstalten, ist Wien unübertrefflich. Es wird das Jubiläum des Staatsvertrags bestimmt mit der ganzen Pracht des Frühlings schmücken. Österreich feiert es zum 25. Mal. Der Vertrag hat den Erwartungen seines Volkes entsprochen, er hat ihm ein friedliches Dasein und Unabhängigkeit beschert und es gelehrt, die Früchte der Entspannung und guten Nachbarschaft zu genießen. Auch mahnt er die Österreicher ständig, sich immer von neuem um einen festeren Frieden zu bemühen.

Wien

FLANKENSCHUTZ

Tel Aviv will — nachdem es diplomatische Beziehungen zu Ägypten aufgenommen und Kairo bereitwillig den Handels- und Wirtschaftsboykott aufgehoben hatte — endgültig freie Hand gegenüber jenen arabischen Ländern bekommen, die den israelischen Aggressoren und deren militärisch-politischer Allianz mit Kairo Widerstand leisten. Ins Propagandavisier gelangte jetzt Syrien. Israels Verteidigungsminister Weizmann behauptete sogar, Syrien und die UdSSR (!) beabsichtigten, in Libanon einen „Krieg zu entfesseln“.

Die Gefahr eines Krieges besteht tatsächlich, doch von wem geht sie aus! Die Provokationen der israelischen Militaristen in Südlibanon nehmen zu, israelische Soldaten dringen regelmäßig nach Libanon ein und beschießen systematisch Ortschaften des Landes. Israelische Militärflugzeuge und Kriegsschiffe verletzen ständig Luftraum und Territorialgewässer Libanons. In letzter Zeit werden israelische Truppen auch bei den besetzten Golanhöhen zusammengezogen.

Die erneute Eskalation der provokatorischen Überfälle auf Syrien erfolgte, nachdem die SAR beschlossen hatte, einen Teil ihres Truppenkontingents aus Beirut abzuziehen. Dieses Kontingent versah den Patrouillendienst zwischen den Vierteln der libanesischen Hauptstadt, die von nationalpatriotischen Kräften und palästinensischen Truppen sowie von christlichen Rechtsmilizen kontrolliert werden. Seinerzeit hatte man in Tel Aviv leidenschaftlich dagegen protestiert, daß syrische Truppen ins Land geholt wurden, was den blutigen Bürgerkrieg, der nicht ohne die Mitwirkung Israels entfesselt worden war, beendete. Jetzt macht man dort Lärm wegen des teilweisen Abzugs dieser Truppen aus Beirut. Das Leitmotiv ist dabei das gleiche — „die Bedrohung für die Sicherheit Israels und seiner Freunde“. Doch bekanntlich verwirklicht Israel alle seine Aggressionsakte gerade unter diesem Vorwand. In arabischen Kreisen wird die Vermutung geäußert, daß die israelischen Militaristen auch diesmal militärische Gewalt anwenden wollen. Tel Aviv, das sich Flankenschutz beschafft hat, nimmt, seinen jetzigen Handlungen nach zu urteilen, Kurs auf die Provokation eines neuen Krieges im Nahen Osten. Das sind die bitteren Früchte des Kapitalantentums des Sadatregimes.

A. STEPANOW

NEUTRONENTOD DURCH DIE HINTERTÜR

Im Korrespondentenbüro der „Neuen Zeit“ wurde das jüngste Heft der Jugendzeitung „Elan“ eingeliefert. Das Heft enthielt einen Beitrag, der, wie man so sagt, von einer Bombenwirkung war — zumal er von der Neutronenbombe handelte.

Neuerdings kamen in den USA-Truppen, die in der BRD stationiert sind, Gerüchte auf: Die USA hätten die Neutronenbombe nicht nur entwickelt, sondern ihre Bestandteile auch schon nach Westdeutschland gebracht. „Elan“-Reporter, denen es, wie sie selbst zugaben, von dieser Nachricht den Rücken kalt hinunterlief, beschlossen, dem Gerücht nachzugehen.

Nach Vergleich zahlreicher Tatsachen und Mitteilungen stellten sie fest: Die „Lance“-Raketen und die 8-Zoll-(203-mm-)Haubitzen, die zur

Ausrüstung der Amerikaner in der BRD gehören, sind auf eine Weise ummontiert worden, daß sie als Neutronenwaffenträger einsetzbar sind.

Amerikanische und westdeutsche Amtspersonen, an die sich die „Elan“-Redakteure wandten, zeigten sich nervös und beschränkten sich auf kurze Dementis. Doch waren diese wenig überzeugend.

Viel offener war den Journalisten gegenüber der US-Experte für Militärfragen Bob Sherman. Hier ein Auszug aus dem einschlägigen Gespräch:

„Elan: Werden in der BRD Neutronenbomben, die sogenannten ‚enhanced radiation weapons‘, stationiert?

Sherman: Wir werden dort solche Waffen haben. Träger sind die Lan-

ce-Raketen und 8-inch-Haubitzen (203 mm)... Die ‚enhanced radiation component‘ (das ist der Spezialbehälter mit dem eigentlichen Neutronensprengstoff Tritium, der in die herkömmlichen Köpfe eingebaut wird — d. Red.) bleibt in den USA. Diese ‚enhanced radiation component‘ oder auch ‚warhead modification‘ ist sehr klein.

„Elan: Wie klein?

Sherman: So klein, daß der ganze Satz in einer C5A (Flugzeug vom Typ ‚Galaxy‘ — d. Red.) in 7 Stunden nach Ramstein geflogen werden kann (Ramstein ist die zentrale US-Luftbasis in der BRD — d. Red.).

„Elan: Existiert denn die ‚enhanced radiation component‘ schon?

Sherman: Die ‚enhanced radiation component‘ existiert. Der Einbau in die normalen Gefechtsköpfe dauert nicht lange, das geht sehr schnell.“

So steht es um die Bombe, deren Produktion und Unterbringung der USA-Präsident 1978 auf unbestimmte Zeit „aufgeschoben“ hat. Diese Zeit wird jetzt durch folgende Angaben bestimmt: 7 Stunden Flug, der „sehr schnelle“ Einbau, und schon ist der Neutronentod einsatzbereit.

Das Hauptquartier der USA-Truppen in Europa hat eine bequeme Formel für den Kontakt zu den Journalisten gefunden. Auf die Frage von Radio Bremen, ob die Tatsachen im „Elan“ stimmten, wurde folgendes geantwortet: „Wir verneinen es nicht und wir bejahen es nicht.“ Wie der Presseattaché der USA-Botschaft in der BRD der Zeitschrift erklärte, bedeute der Beschluß, die Neutronenwaffen nicht einzusetzen, nicht den Verzicht auf die Produktion von Einzelteilen für diese Waffen.

Da ich in den bundesrepublikanischen Zeitungen, die ich bekommen konnte, kein Echo auf die „Elan“-Mitteilung fand, wandte ich mich direkt an das Verteidigungsministerium. Herr Gerckrad vom Informations- und Pressestab des Ministeriums (hoffentlich habe ich den Familiennamen richtig verstanden) wollte mich an die USA-Botschaft verweisen. Ich fragte, ob dies bedeute, daß die Frage der Stationierung von Neutronenwaffen in der BRD überhaupt nicht die Bundesbürger, sondern nur die Amerikaner betreffe. Mein Gesprächspartner am anderen Ende der Telefonleitung war nun doch etwas verlegen:

„Natürlich ist eine solche Angelegenheit auch eine Angelegenheit — wenn es eine Angelegenheit wäre — der Bundesrepublik, deshalb bitte ich auch, daß Sie sich

BIOGRAPHISCHES



AUSSENMINISTER PORTUGALS WURDE DIOGO FREITAS DO AMARAL

gimes durchführen wollten. Im Mai 1974 wurde er in den Staatsrat berufen, das damalige höchste Machtorgan.

Freitas do Amaral ist Mitbegründer des Demokratisch-Sozialen Zentrums (CDS), einer Partei christdemokratischer Richtung, die die Interessen des Großkapitals und der Großgrundbesitzer repräsentiert. CDS-Vorsitzender seit Gründung (Juli 1974). Vizevorsitzender der im April 1978 gebildeten Europäischen Union Christlicher Demokraten (einer Vereinigung christdemokratischer konservativer Parteien aus einigen westeuropäischen Ländern).

Wurde in die Konstituierende Versammlung (April 1975) und in die Versammlung der Republik (April 1976) gewählt. Unter dem Vorsitz von Freitas do Amaral stimmte allein die CDS-Fraktion in der Konstituierenden Versammlung gegen die Annahme der neuen Verfassung der Portugiesischen Republik. Bei den Parlamentswahlen vom 2. Dezember 1979 trat er als einer der Führer des Blocks der Rechtsparteien — der „Demokratischen Allianz für die neue Mehrheit“ — an. Im Kabinett bekleidet er ferner das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Geboren 1941. Nach Absolvierung der Universität Lissabon im Jahre 1963 als Dozent tätig. 1967 promovierte do Amaral. Er ist Experte für Verwaltungsrecht.

Vor der Aprilrevolution von 1974 gehörte er zur Gruppierung der „neuen Rechten“ — von Anhängern Caetanos, die nach Salazers Tod eine gewisse „Modernisierung“ des Re-

an den Sprecher der Bundesregierung, an das Bundespresamt wenden."

Abschließend sagte Herr Gerckrad, seines Erachtens entspreche der „Elan“-Bericht nicht der Wahrheit. Aber das sei seine private Meinung. Das Verteidigungsministerium habe bisher nicht Stellung dazu genommen.

„Wird es das vielleicht noch tun?“ fragte ich.

„Das glaube ich nicht.“

Ich befolgte Herrn Gerckrads Rat und telefonierte mit der USA-Botschaft in Bonn. Presseattaché Kohl, der mit dem „Elan“-Bericht vertraut war, erklärte auf meine Bitte, ihn zu kommentieren:

„Was sollte ich dazu sagen? Es ist nichts Neues geschehen.“

„Wieso nichts Neues? Entspricht der „Elan“-Bericht der Wirklichkeit?“

„Mir ist nichts bekannt darüber.“

„Also kann der Bericht Ihrer Meinung nach sowohl richtig als auch falsch sein?“

„Nein, das kann ich nicht sagen. Ich sage, wenn es so wäre, wäre es schon sicher bekannt.“

„Also stimmt das nicht?“

Dieser Frage wich der Presseattaché aus und berief sich auf die Erklärung Präsident Carters von 1978, in der von der Bereitstellung von Budgetmitteln für die Produktion der „Hauptbestandteile“ der Neutronenwaffe die Rede war.

„Bisher ist eben nichts Neues geschehen“, wiederholte Mr. Kohl.

Neulich prahlte USA-Verteidigungsminister Brown, die Produktion der Neutronenbombe sei in kurzer Zeit in Gang zu bringen. Der USA-Rundfunkjournalist Ulrich Schiller verdeutlichte den tieferen Sinn dieser Erklärung: „Was Harold Brown als Herstellung oder Produktion bezeichnet, ist nach Auskunft hiesiger Experten der Sache nach nur noch der Zusammenbau vorfabrizierter Einzelteile, und für eine vorläufig begrenzte Stückzahl sind alle erforderlichen Einzelteile — oder Komponenten — vorhanden.“

Vor zwei Jahren wurden die Amerikaner mit ihrem Neutronengeschenk zur Tür hinausgetrieben. Jetzt kommen sie zum Fenster rein, offenbar in der Überzeugung, daß sie nichts riskieren: Nach Ansicht der USA-Experten ist Europa der einzige Ort, wo die Neutronenbombe zum Einsatz kommen kann.

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Bonn

NUR UM NETZMASCHEN?

Neuerdings kehren die französischen Fischer nicht immer unbeheligt heim, wenn sie in den ihnen sonst wohlvertrauten Gewässern in der Nähe Englands gefischt haben: Der britische Küstenschutz fängt sie ab, erlegt ihnen Strafe auf und beschlagnahmt den Fang.

Die Briten halten sich dabei an ihren Beschluß vom März 1977, laut dem die Netzmaschen nicht unter 70 mm groß sein dürfen. Die französischen Netzmaschen sind aber — im Einklang mit den EG-Normen — 55—60 mm groß.

Unter dem Druck der Fischer wandte sich Paris mehrmals an das EG-Gericht und beschwerte sich über London. Die Kläger aus Frankreich und den anderen EG-Ländern, deren Fischer England nicht gern in der Nordsee sieht, betrachten das Argument über das Netzmaschengelände nur als einen Vorwand, um ihren Fang zu verringern. Bedenkt man, daß Großbritannien in der 12-Meilen-Küstenzone und in der 50-Meilen-Prioritätszone ausschließliche Rechte für sich beansprucht, so sind die Befürchtungen seiner Partner nicht unbegründet. Die Beziehungen zwischen Großbritannien und den EG-Ländern sowie deren Verhandlungen über das Fischfangverfahren im EG-Rahmen, d. h. über die Schaffung eines „blauen Europa“ (siehe NZ Nr. 9/78), laufen auf folgendes hinaus: Jeder Partner ist bestrebt, die 200 Meilen breite Wirtschaftszone des Gemeinsamen Marktes möglichst vorteilhaft für sich aufzuteilen. Die vor wenigen Tagen in Brüssel abgeschlossene Tagung der EG-Landwirtschaftsminister zeigte noch einmal, daß sich die Standpunkte der Verhandlungspartner in den drei Jahren nicht genähert haben.

Die „Financial Times“ behauptet: „Minister über gemeinsamen Fischfang geeinigt“. In der Tat konnten sie die zulässige gemeinsame Fangmenge für 1980 und einige Kontrollmaßnahmen beim Fischfang vereinbaren (u. a. sollen die Staaten der EG-Kommission allmonatlich ihre Fangmenge angeben).

Genügen solche technischen Maßnahmen, um das Problem zu regeln?

„Le Monde“ (Paris) betont: Der „entscheidende Test für den Willen der nationalen Regierungen, eine gemeinsame Fischfangpolitik auszuarbeiten“, ist die Frage der für jeden EG-Staat festzusetzenden Quoten (der allgemeinen und der nach Fischarten). Aber gerade diese Hauptaufgabe des „blauen Europa“ konnte nicht bewältigt werden. Nach wie vor will sich Großbritannien mit den 28% der allgemein zulässigen Fangmenge, die ihm angeboten werden, nicht abfinden. Deswegen beauftragte die Tagung den stellvertretenden Vorsitzenden der EG-Kommission Gundelach, bilaterale Konsultationen mit den Regierungen der EG-Länder durchzuführen, um bis zur nächsten Tagung des EG-Ministerrates, die für Anfang März angesetzt ist, einen Kompromiß zu finden.

Beim letzten EG-Gipfel verlangte Großbritannien, daß sein Beitrag zum Haushalt der Gemeinschaft gesenkt werde. Schon damals erklärten die Partner, vor allem Frankreich, sie würden ihren Standpunkt zu Großbritanniens Beitrag ändern, falls dieses Zugeständnisse mache, die der EG eine gemeinsame Politik in Fischfang, Energiewirtschaft und im Handel mit Agrarerzeugnissen ermöglichen.

Allem Anschein nach neigt Großbritannien jedoch nicht dazu. Erstens hat es bisher keine Garantie bekommen, daß seine Forderung nach einer merklichen Kürzung des Beitrags zum EG-Budget auch wirklich angenommen wird. Zweitens müssen die britischen Vertreter Rücksicht auf die Öffentlichkeit nehmen, die mit den Ergebnissen der Zugehörigkeit Großbritanniens zur EG unzufrieden ist.

Dieses benutzt den Umstand, daß 60% aller Fischfangressourcen der EG in den britischen Gewässern liegen, und versucht, den übrigen EG-Partnern zu diktieren. Vorläufig hält also Großbritannien das „blaue Europa“ fest in seinem Netz, um sich Vorteile in anderen Bereichen einzuhandeln.

W. LAWRENOW

MENTOR AUF TOURNEE

Was soll Westeuropa in der heutigen verschärften Lage tun? Das, so zeigt sich, weiß Dr. Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, am „besten“. Zu tun ist das, was Washington für notwendig erachtet — eben solche Instruktionen wurden bei einem Treffen führender westeuropäischer Politiker in Schloß Gymnich bei Bonn ausgegeben. Die NATO-Länder — so Mentor Kissinger — sollten unverzüglich eine Art „Arbeitsteilung“ im Nordatlantikpakt vereinbaren. An was wird dabei gedacht? Arbeitgeber Washington, der die strategische Gesamtführung innehat und politisch dabei Dividenden gewinnt, verteilt Aufträge, und die anderen NATO-Mitglieder führen diese im Schweiße ihres Angesichts aus. Die Bundesrepublik könne, suggeriert Kissinger, einen „wirtschaftlichen Beitrag“ im Nahen Osten leisten, also zusammen mit anderen westeuropä-

ischen NATO-Verbündeten zum wirtschaftlichen Blutspender Washingtons werden.

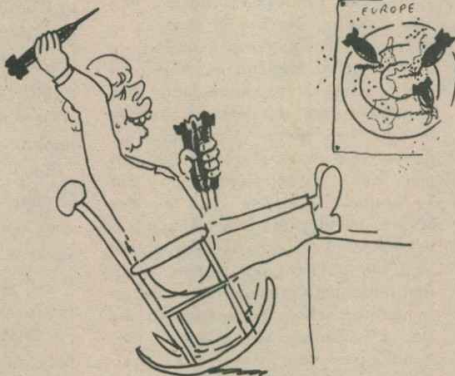
Anschließend reiste Old Henry nach Paris weiter, wo er das seiner Meinung nach „sehr gefährliche Entspannungsmonopol“ Europas attackierte. Kissinger scheint an Gedächtnisschwund zu leiden: War es ja er selbst, der vor etwa knapp fünf Jahren zusammen mit dem US-Präsidenten, dessen Unterschrift unter der KSZE-Schlußakte

prangt, dieses „Monopol“ mitgeschaffen hat.

Doch es kommt noch bunter. Kissinger meint, allein Washington habe das Recht, dem Weltgeschehen Noten zu erteilen — insbesondere gilt das für Afghanistan. Originalton Kissinger: „Ich wäre sehr erstaunt, wenn die Einschätzung des französischen Präsidenten grundsätzlich anders wäre als die unsere.“

Ob sich der Ex-Außenminister, wenn er alle und jeden zu belehren sucht, nicht übernimmt?

W. KUSNEZOW



Aus der „Humanité“ (Frankreich)

BOTSCHAFTSF

Nach langem Suchen haben die ägyptische Wochenzeitschrift „October“ Hausbesitzer gefunden, der sich bereit die israelische Botschaft zu vermieten. Umstand machte es für das „befreundete“ ägyptische Territorium bes. amerikanischen Hilton-Hotel eine Zimmer zu mieten.

Das so gefundene Domizil sagt al Botschafter Israels in Kairo, Ben-Elissar „nur am Ufer des Nil“ niederlassen die neue Botschaft nicht weit von S. was enge Kontakte zwischen den „Frei“ „Schutz“ der israelischen Diplomaten wird.

Ausländische Journalisten, die die in einem arabischen Land selbst in A. ten, konnten sich dem Gebäude, das von Polizisten und Agenten des S. eingegliert ist, nicht einmal nähern. Das e. festung bleibt hermetisch geschlossen.

Die israelischen Diplomaten in Kairo fähr besonders bewacht, fast so wie Sa

Landsleute nicht

Die Maschine, in der sich eine hochkarätige US-Delegation unter Brzezinski höchstpersönlich befand, war auf dem Flug von Islamabad nach Er-Riad. Über dem Golf von Oman, in unmittelbarer Nähe des Iran, näherte sich ihr ein Abfangjäger. Einige Minuten lang bedrängte der Abfangjäger vom amerikanischen Typ F-14 die Brzezinski-Maschine. Die Piloten wie die Delegation

tionst
davor
Prove
nen u
„Da
mäßig
offen
Luft
te ein
Bord.
Brz
lenru
de üb
An d
Eilme
Zeit
liert
ders
bei d
ten“
shing
Militä
von
Bede
monst
Ein
tungs
merk
zung
einer
letzter
rend“
fangj
Luft
Force
war e
ger „
men
Schiff
um d
tern“.

IN ANTISOWJETISCHER VERPACKUNG

Der japanische Seikisha-Verlag, der sich auf Werke über die sozialistischen Länder spezialisiert hat, brachte W. Beresins Buch „Der Kurs auf gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit und seine Gegner. Aus der Geschichte der Normalisierung der Beziehungen der UdSSR zu Nachkriegs-Japan“ in Japanisch heraus. Eigentlich wäre es ja zu begrüßen, wenn die japanische Öffentlichkeit objektiv über die Haltung der UdSSR informiert würde. Doch Übersetzer Egawa und der Seikisha-Verlag haben den Lesern diese Möglichkeit genommen.

Um den Eindruck zu erwecken, das gesamte Buch behandle die „Territorialfrage“, wurde zunächst der Titel geändert. In der japani-

schen Fassung lautet er jetzt so: „Die Realität, die darin besteht, daß es die ‚Nordterritorien‘ nicht gibt.“ Auf der Rückseite des farbenprächtigen Schutzumschlages und am Ende des Buches wird die Werbetrommel für ein antisowjetisches Machwerk des US-Autors Schweringen gerührt — „Die Differenzen zwischen Tokio und Moskau“, das im gleichen Verlag in der Übersetzung des besagten Egawa erschienen ist. In die Übersetzung des Beresin-Buches wurde ohne Zustimmung des Autors eine im Original fehlende Karte aufgenommen, auf der ein Teil der Kurilen — Iturup, Kunaschir, Schikotan und Habomai — als „strittige Territorien“ besonders gekennzeichnet wurde.

Egawa labert sich in seinem Vorwort so richtig aus: Er entstellt die Konzeption des Autors und jagt der fixen Idee nach, Japan müsse eine „Auflockerung“ der sowjetischen Haltung in der „Territorialfrage“ anstreben.

In Verletzung jeglicher Urheberrechte enthält die japanische Übersetzung zwei Beilagen, die im russischen Original fehlen — neben internationalen Abkommen findet sich da ein Papier des japanischen Außenministeriums mit Ansprüchen auf die „Nordterritorien“.

Die Arbeit eines sowjetischen Wissenschaftlers über die sowjetisch-japanischen Beziehungen einem breiten Publikum in Japan näherzubringen, ist ein wichtiges, sehr positives Anliegen — doch nur ohne antisowjetische Verpackung.

K. TSCHEREWKO

UNG

Behörden der schließlich einen seine Villa an ser glückliche, das übrigens überflüssig, im ür die Botschaft

dem künftigen anz zu, der sich Doch dafür ist idenz entfernt, ebenso wie den ich erleichtern

Botschaft Israels nehmen woll- m dichten Kor- diensfestes abge- der Botschafts-

nicht von unge-

SEMJONOW

annt

er waren fest rugt, daß diese n Teheran erson-

völlig unrecht- angmanöver, eine Verletzung der regeln", erklär- gon-Vertreter an

der unterdes see- ach spielte, wur- orfall informiert. tagon ging eine Amerikanische schrieben detail- ischenfall. Beson- stellt wurde daz- ozierende Verhal- er, die der „Wa-“ zufolge ihre z in einer Region er strategischer ir die USA“ de- wollten.

nach dem Zei- onnte der auf- eser die Fortset- ry entdecken. In eldung auf der wurde „präzisie- eilt, daß der Ab- ht der iranischen ondern der Air e. Und gestartet dem Flugzeugträ- der sich zusam- 20 anderen US- er Region aufhält, n „einzuschüch-

J. GUDKOW
Eigenbericht

MAL SO, MAL ANDERS

„Eine Leiche nach der anderen“ — so kommentierte die italienische Wochenschrift „Panorama“ diese Fotos. Drei Karabinieri hatten in dem Wagen gegessen und alle drei waren von Terroristen der „Roten Brigaden“ ermordet worden, die ihre Schüsse aus unmittelbarer Nähe abgegeben hatten.

Die Zeitschrift kündigte an, im kommenden Heft einige Überlegungen zu den Ursachen des politischen Terrorismus in Italien anzustellen. Und kam dabei zu dem Schluß, daß an allem die Russen schuld seien, die angeblich die italienischen Kommunisten nicht in der Regierung sehen wollen und die Terroristen ermuntern, damit auf der

den Mord an Moro organisiert hat und wo zugleich die Hintermänner des Terrorismus in Italien genannt werden.

Die erste Äußerung: „Aus den USA ergingen offene Warnungen an die Democrazia Cristiana, die IKP nicht in die Regierungsmehrheit einzubeziehen. Doch die DC hat sich darauf eingelassen, und Moro, gerade Moro, hat das verwirklicht.“ Und zweitens: „Die CIA ist der einzige Nachrichten-



Apenninenhalbinsel eine Militärdiktatur errichtet wird. Ob nicht deshalb „Panorama“ einen Abgeordneten zitierte, der andeutete, Moro habe sich die 55 Tage seiner Geiselhaft auf dem Gelände einer gewissen Botschaft befinden können?

Ein Kommentar erübrigt sich. Bringen wir lieber zwei weitere Presseäußerungen, aus denen sehr deutlich wird, wer

schung in die italienische Politik vom US-Kongreß bewiesen wurde und der Gewaltaktionen zur Veränderung der innenpolitischen Lage in anderen Ländern — von Griechenland bis Chile — ausgiebig demonstriert hat.“

Diese Äußerungen hatte vor zwei Jahren eine einflußreiche italienische Zeitschrift gebracht — „Panorama“.

L. NIKOLAJEW

LUMMER UND DER WODKA

Heinrich Lummer, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus, wollte es der UdSSR für die Hilfe an Afghanistan „heimzahlen“. Die Westberliner sollten einfach den... russischen Wodka boykottieren. Ein solcher Boykott, behauptet Lummer, werde die Sowjets zwingen, die ertragreiche Wodka-Produktion zu drosseln, und so würden sie dann „weniger Geld für Waffen“ haben.

Springers „Berliner Morgenpost“, die Lummers Rezept veröffentlichte, beging jedoch einen unverzeihlichen Fehler — neben dem Artikel findet sich Reklame für besagten russischen Wodka. Für Lummer ist dies Blatt nun wohl ein „Sprachrohr Moskaus“.

Zu den Motiven, die Lummer bewegt haben müssen, äußert „Die Wahrheit“ zwei Vermutungen: Entweder hat er einen Vertrag mit einer US-Whiskyfirma abgeschlossen oder eben besagtem Wodka, dessen Boykott er fordert, zu ausgiebig zugesprochen.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Westberlin



AUF DER WELLE DES KALTEN KRIEGES

Die Zeiger der diversen Studio-Uhren hinter dem amtierenden Direktor der „Voice of America“, Hans Tuch, gehen alle nach der Zeit des kalten Krieges. Die „International Herald Tribune“ (IHT) schrieb, der US-Auslandsrundfunk habe, nachdem Washington Kurs auf die Verschärfung der internationalen Lage genommen hat, seine Sendungen demonstrativ verstärkt.

So wurden nach dem Sturz des Schahregimes die Sendungen der „Voice of America“ in den Iran von einer halben Stunde auf drei Stunden täglich verlängert. Diese Sendungen werden wohl bald auf sechs Stunden täglich ausgedehnt werden. „Radio Liberty“ in München hat den Umfang seiner Programme in Sprachen der Völker der mittelasiatischen Sowjetrepubliken verdoppelt.

Die „psychologische Kriegsführung“ im Rundfunk erfolgt nach bestimmten Plänen. Wie Mr. Tuch sagte, verbreitet die „Voice of America“ in ihren Sendungen für den Iran immer wieder die Behauptung, daß „die Welt überwiegend diesen Staat verurteilt“. Wofür eigentlich — das erklärt der Herr Direktor nicht. Wohl weil die Iraner einen Diktator gestürzt haben, mit dem Washington die allerbesten Beziehungen unterhielt?

In den Sendungen über Afghanistan verfolgt die „Voice of America“, wie Tuch eingesteht, drei Ziele auf einmal: die islamische Welt gegen die UdSSR aufzubringen, die sowjetischen Menschen gegen ihre eigene Regierung aufzuwiegeln und Kuba bei den nicht-paktgebundenen Ländern zu kompromittieren, da es sich anders verhält, als es Washington genehm ist.

Der IHT zufolge behaupten die Bosse der „Voice of Amerika“ und des Rates für den Internationalen Rundfunk, der die Kontrolle über „Radio Liberty“ und „Radio Free Europe“ ausübt, sie würden sich von dem biblischen Gebot der Wahrheit leiten lassen. Doch der Direktor der „Voice of America“ hat deutlich zu verstehen gegeben, um welche Wahrheit und welche Freiheit es seinen Untergebenen in Wirklichkeit geht.

S. MICHAJLOW

Kolonialismus redivivus

Wenjamin MIDZEW

In Rhodesien finden allgemeine Wahlen statt: am 14. Februar für die weißen Wähler und vom 27. bis zum 29. Februar für die Urbevölkerung.

Drei gewaltige äußere Kräfte stehen in Rhodesien der 7 Millionen starken afrikanischen Mehrheit und den nationalpatriotischen Kräften unter Joshua Nkomo und Robert Mugabe gegenüber. Erstens ist es der britische Imperialismus, auf den sich die dortigen Rassisten stützen und der in Bergbau, Landwirtschaft, Handel und Finanzen die Schlüsselpositionen besitzt. Gegenwärtig hat Großbritannien gemäß den Londoner Abkommen auch die Verwaltung übernommen und seinen Gouverneur Lord Soames nach Salisbury entsandt, der dort bis zur Bildung der neuen Regierung die Macht ausüben wird.

Zweitens mischt sich die RSA — als relativ junge imperialistische Kraft mit Großbritanniens Zustimmung — direkt in die rhodesischen Angelegenheiten ein. Ihre Führung sieht in Rhodesien eine reiche Quelle von Bodenschätzen (Kupfer, Chrom, seltene Metalle) und billigen Arbeitskräften, aber darüber hinaus einen wichtigen Brückenkopf im Kampf gegen die unabhängigen Staaten Südafrikas.

Drittens tritt der USA-Imperialismus, der ganz Südafrika, auch Rhodesien, in die Sphäre seiner „nationalen Interessen“ (lies: seiner expansionistischen Pläne) einbezogen hat, gegen die Befreiung des Volkes von Simbabwe auf. Bekanntlich billigte die Washingtoner Administration die gegenwärtigen neokolonialistischen Pläne Großbritanniens in Rhodesien voll und ganz. Schon unterstützt sie Großbritannien materiell bei deren Verwirklichung. Zur Beförderung von Truppen der Commonwealth-Länder nach Salisbury, haben die USA beispielsweise große Transportflugzeuge zur Verfügung gestellt. Außerdem haben sie sich bereit erklärt, an der Anlegung eines Kompensationsfonds teilzunehmen, aus dem die weißen Siedler in Rhodesien für ihre Ländereien abgefunden werden sollen.

Im Lande selbst stehen den Patrioten von Simbabwe die einheimischen Rassisten unter Ian Smith und seiner Partei Rhodesische Front sowie die Marionetten der Rassisten unter Abel Muzorewa gegenüber.

Sie verfügen noch über die Armee, die Polizei und andere paramilitärische Verbände sowie über die staatlichen Einrichtungen und das Gerichtssystem. Seit 14 Jahren, als Smith an die Macht kam, verwalten die Rassisten alle Gliederungen dieses weitverzweigten Apparates. Für die weiße Minderheit (ca. 240 000 Personen bzw. weniger als 4% der Bevölkerung) sehen die Londoner Abkommen im künftigen Parlament 20 von den 100 Plätzen vor.

Der Wahlkampf entfaltet sich zwischen neun afrikanischen Parteien, die für die der einheimischen Bevölkerung zugesprochenen 80 Sitze 626 Kandidaten aufgestellt haben. Die Hauptkandidaten sind der Vereinigte Afrikanische Nationalrat (UANC) unter Muzorewa (er war Ministerpräsident der aus den vorjährigen, übrigens gefälschten Wahlen hervorgegangenen Regierung) und die nationalpatriotischen Kräfte, die sich an der Londoner Konferenz über die Verfassung im Rahmen der einheitlichen Patriotischen Front von Simbabwe beteiligten. Zu dieser gehören die ZAPU (Afrikanische Volksunion der Simbabwe) unter Joshua Nkomo, die sich in die Wahlliste als Patriotische Front eintragen ließ, sowie die ZANU (Afrikanische Nationale Union der Simbabwe) unter Mugabe, die leider Nkomos Vorschlag auf gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen im Rahmen der Patriotischen Front abgelehnt hat. Die zwei anderen Faktierergруппierungen (neben dem UANC) sind die Demokratische Partei von Simbabwe unter Chikerema, die seinerzeit von der ZAPU abfiel, und die ZANU unter N. Sithole, die seinerzeit aus der großen ZANU austrat. Beide haben keine nennenswerten Chancen. Das reale Übergewicht haben die nationalpatriotischen Parteien von Nkomo und Mugabe, die lange Zeit einen bewaffneten Kampf gegen Rassismus und Marionettenregime, für Freiheit und Unabhängigkeit führten.

Selbst wenn Muzorewa bei einem gewissen Teil der Bevölkerung im Ansehen stand, ist dieses jetzt katastrophal gesunken. Als Ministerpräsident der Marionettenregierung hat er kein einziges der akuten Probleme gelöst: Die Rassendiskriminierung wurde unter ihm nicht einmal ins Schwanken gebracht, der Lebensstandard der afrikanischen Bevölkerung ist nicht höher gewor-

den, die Kampfhandlungen gehen weiter, und eine internationale Anerkennung Rhodesiens läßt noch immer auf sich warten.

Der Mann hätte überhaupt keine Aussichten auf eine Mehrheit der für die Afrikaner bestimmten Parlamentssitze, könnte in Rhodesien von ehrlichen Wahlen gesprochen werden. Doch wird dort eine Situation herbeigeführt, die schon die Möglichkeit ehrlicher Wahlen ausschließt.

Wie Teilnehmer der Diskussion im UNO-Sicherheitsrat, als er am 31. Januar auf Forderung afrikanischer Staaten einberufen wurde, und dann Teilnehmer der OAU-Ministerratstagung in Addis Abeba betonten, hat Großbritannien grob gegen sein eigenes Versprechen verstoßen, in Rhodesien freie und gerechte Wahlen vorzubereiten und abzuhalten. Dieses Land unternimmt alles, um Marionetten ans Ruder zu bringen und in Rhodesien ein neokolonialistisches Regime zu errichten.

Verpflichtungen, die Großbritannien auf der Konferenz im Lancaster House übernahm, sind treubruchig verletzt worden. Das betrifft vor allem das Versprechen, die fremden Truppen aus Rhodesien abzurufen. Dort bleiben noch immer Soldaten und Offiziere der RSA, laut Pressestimmen rund 6000 Mann. Zum Teil tragen sie die rhodesische Uniform. Das ändert jedoch nichts an der Sache, zumal die einheimischen Rassisten und ausländische Söldner den Grundstock dieser Armee bilden.

Noch immer genießen die „Hilfskräfte“, im Grunde eine Leibarmee Muzorewas, Handlungsfreiheit. Zusammen mit den Truppen der rhodesischen Rassisten wurden diese Banden nicht in die Kasernen zurückgezogen, obwohl das in den Londoner Abkommen vorgesehen ist. Wie der Vorsitzende der Nichtpaktgebundenenbewegung Fidel Castro in seiner Botschaft an die Teilnehmerländer schrieb, werden diese Kräfte gegenwärtig in die von der Patriotischen Front geräumten Gebiete verlegt; sie besetzen diese Gebiete und schikanieren

Joshua Nkomo



die Bevölkerung". Auf die Führer der patriotischen Kräfte werden immer wieder Attentate verübt.

All das geschieht, weil Gouverneur Soames entgegen den Londoner Abkommen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung nicht die Polizei, sondern die Rassistarmee und die Truppen Muzorewas beauftragte und so den Kräften, die der Patriotischen Front feindselig gegenüberstehen, ein starkes Übergewicht sicherte.

Schon die Londoner Abkommen selbst benachteiligten die Patriotische Front von Simbabwe im Vergleich mit den rhodesischen Rassen und ihren Marionetten (erwähnt sei z. B. der große Unterschied in der Anzahl von Sammelpunkten für die Streitkräfte jeder Seite). Die patriotischen Kräfte bekundeten die höchste Toleranz und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Nun gibt die Tory-Regierung ihre eigenen Verpflichtungen preis und demonstriert unverhohlen ihre Mißachtung für die konstruktive Position der patriotischen Kräfte von Simbabwe, der Frontstaaten und der Commonwealth-Länder. Mit Hilfe eigens eingeführter Beschränkungen wurde alles getan, damit möglichst wenige Anhänger der Patriotischen Front zum Zeitpunkt der Wahlen nach Rhodesien zurückkommen. Zu diesem Zweck wurde bereits auf der Londoner Konferenz auf Betreiben der britischen Seite die Übergangsperiode mit höchstens zwei Monaten festgesetzt und die Zahl der Partisanen, die in ihr Land zurückkommen dürfen, auf ein Mindestmaß reduziert. Gegenwärtig sind über 22 000 von ihnen zurückgekehrt. Sie befinden sich an 16 Sammelpunkten, wo es keine normalen Lebensbedingungen gibt: Es mangelt an Zelten, Bettwäsche und Nahrungsmitteln.

Die englischen Behörden legen der Repatriierung der rhodesischen Flüchtlinge aus Botswana (26 000), Sambia (50 000) und Moçambique (150 000) immer neue Hindernisse in den Weg, damit diese Menschen nicht zu den Wahlen heimkehren. Laut Pressemeldungen verbot Lord Soames den Einsatz von Flugzeugen

für die Beförderung der Flüchtlinge in ihr Land, und die meisten Kontrollpunkte an der Grenze Rhodesiens zu den Nachbarländern wurden, ebenfalls auf seine Order hin, gesperrt. Die Regierung Botswanas z. B. erklärte: „Die rhodesischen Amtspersonen lassen fast keine Flüchtlinge aus Botswana durch, um die Patriotische Front um ihre Anhänger und um ihre Stimmen bei den im Februar bevorstehenden Wahlen zu bringen.“

Die Flüchtlinge, die trotz aller Hindernisse heimkehren konnten, müssen erniedrigende Verhöre und Polizeirepressalien über sich ergehen lassen, denn Lord Soames hat das Gesetz über den Ausnahmezustand um weitere sechs Monate verlängert.

Wie die südafrikanische „Rand Daily Mail“ meldet, nahmen die rhodesischen Sicherheitstruppen auf Muzorewas Befehl (!) Ende Januar 900 junge Rhodesier, die aus Botswana gekommen waren, fest. Die einheimischen Behörden behaupten, sie wären „keine richtigen Flüchtlinge“, vielmehr „illegale Immigranten“, die mit dem politischen Auftrag gekommen seien, Nkomo bei den Wahlen zu unterstützen.

Gouverneur Soames läßt auch die wiederholten Forderungen Nkomos außer acht, die politischen Häftlinge aus den rhodesischen Gefängnissen (laut „Zimbabwe People's Voice“ noch immer etwa 15 000) zu entlassen. Dabei hätten sie im Einklang mit dem Londoner Abkommen bedingungslos auf freien Fuß gesetzt werden müssen.

Unter verschiedenen Vorwänden zögerte Soames absichtlich die Rückkehr Nkomos und Mugabes nach Rhodesien hinaus, so daß Muzorewa seine Wahlkampagne mit einem mehrwöchigen Vorsprung beginnen konnte. Auch jetzt ist der Gouverneur bemüht, daß die Aktivisten von ZAPU und ZANU unter möglichst ungünstigen Bedingungen wirken. Um die Machenschaften vor den Wahlen nicht an die große Glocke zu hängen, verzögern die britischen Behörden die Ausstellung von Einreisegenehmigungen für Journalisten aus den sozialistischen Ländern, wenn sie nach Rhodesien reisen wollen.

Die „große Presse“ in London schweigt Tatsachen, die von der Willkür Großbritanniens in Rhodesien zeugen, tot, um den Eindruck zu erwecken, der Übergang des Landes zur Unabhängigkeit vollziehe sich reibungslos. Der höchstkonservative „Daily Telegraph“ meint, keine einzige der afrikanischen Parteien, die Muzorewa-Gruppierung nicht ausgenommen, werde eine Mehrheit der Parlamentssitze für die Afrikaner bekommen. Die Zeitung hält folgende Verteilung der Sitze für möglich: 30–33 Sitze für die ZANU Mugabes, 20–23 Sitze für die ZAPU Nkomos, ca. 20 Sitze für den UANC Muzorewas und je 5 Sitze für die Demokratische Partei Chikeremas und die ZANU Sitholes.

Folglich erhebe sich die Frage nach einer Koalitionsregierung, meint „Daily Telegraph“.

Logisch wäre anzunehmen, daß eine solche Koalition im Rahmen der Patriotischen Front, auf der Basis einer wiederhergestellten Einheit von ZAPU und ZANU, entstünde, zumal ihre Wahlplattformen einander recht ähnlich sind. Doch diese Variante paßt Großbritanniens, den USA und der RSA absolut nicht. Diese Länder sind an einer weiteren Spaltung der Patriotischen Front und an der Übergabe der Macht an die Marionetten der Rassen interessiert. Wohl deshalb suggeriert „Daily Telegraph“ die faule Idee von einer Koalition Nkomo–Muzorewa–Chikerema–Sithole. Dann würden nämlich Mugabe und seine Partei ausgebootet werden.

Andere britische Zeitungen bringen noch provokatorischere „Prognosen“: über eine eventuelle Koalition Mugabe–Smith bzw. Smith–Nkomo. Der Zweck der Übung bleibt noch immer, eine Wiedervereinigung der Patriotischen Front um jeden Preis zu verhindern und die nationalpatriotischen Kräfte zu zersplittern.

Dabei sind die Programme der patriotischen Kräfte in Gestalt von ZAPU und ZANU konstruktiv. Sie bezwecken nicht eine Anheizung des Rassenhasses, sondern die Beseitigung jeder Diskriminierung und die Gewährleistung einer demokratischen Entwicklung des Landes. In den Erklärungen Nkomos und Mugabes auf Wahlkundgebungen wird hervorgehoben, daß ihre Parteien niemandem Schaden zufügen wollen, sich an niemandem rächen werden, daß es keine unbegründeten Verhaftungen Weißer oder Schwarzer, dafür Sicherheit für alle geben wird und daß vor dem demokratischen Gesetz alle gleich sein werden.

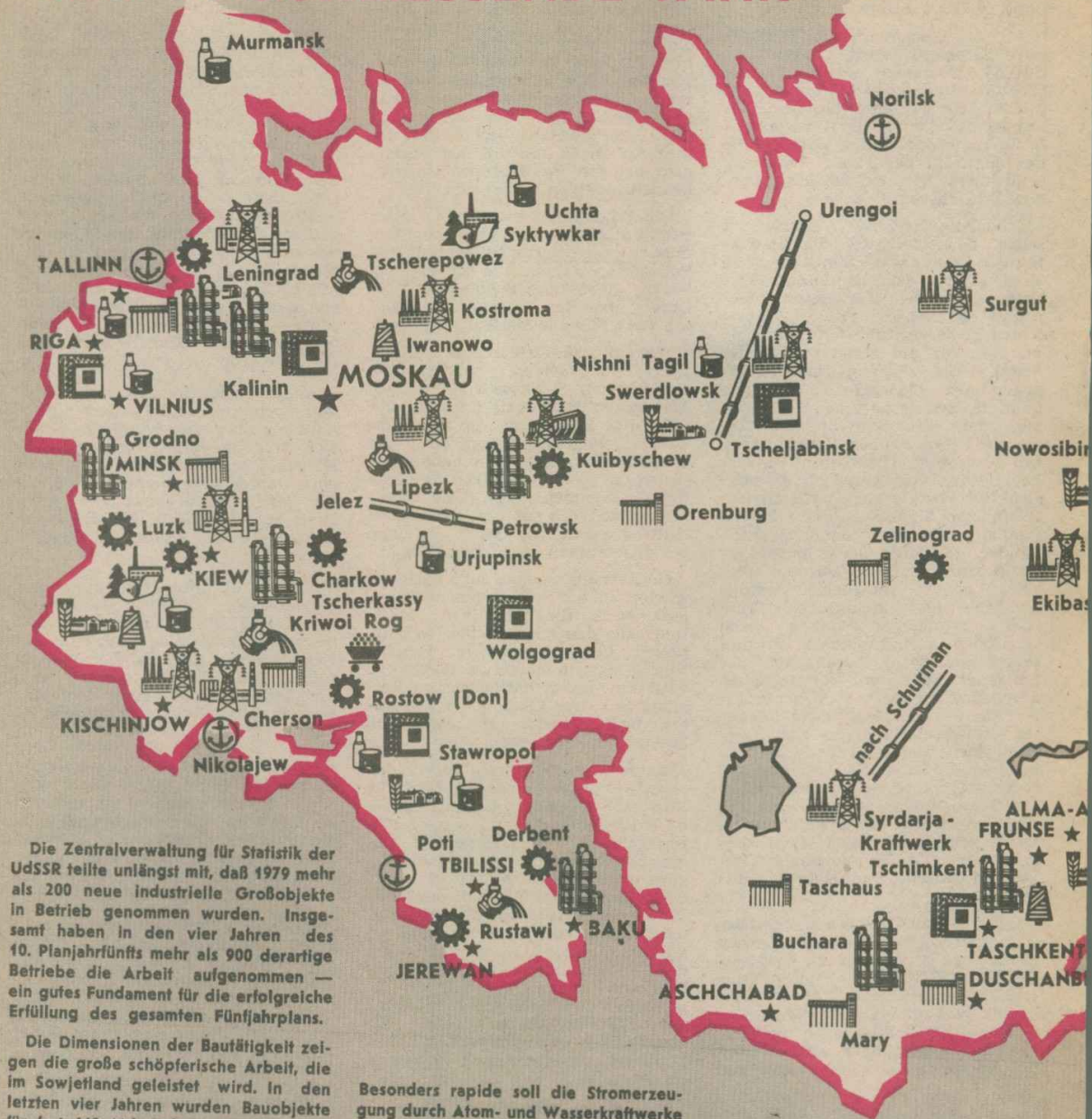
Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Erklärung Mugabes, er beabsichtige eine Koalitionsregierung mit Nkomo, damit die patriotischen Kräfte im Parlament in der Mehrheit sind. Nur die Einheit dieser Kräfte kann die Pläne der Kolonisatoren und Rassen scheitern lassen.

Im Sicherheitsrat machten die afrikanischen Staaten mit Recht Großbritannien für die Lage in Rhodesien verantwortlich und verurteilten entschlossen seine neokolonialistischen Manöver. Zwar weigerte sich der britische Vertreter gekränkt, an der Abstimmung teilzunehmen, aber der Sicherheitsrat verwies London in seinem Beschluß streng auf dessen Verpflichtung, Rhodesien auf der Basis freier und demokratischer Wahlen zu entkolonisieren. Es ist klar: Wird dem Volk von Simbabwe die wahre Unabhängigkeit nicht friedlich gewährt, so hat es keine andere Wahl, als den bewaffneten Befreiungskampf wieder aufzunehmen.

Robert Mugabe



DAS ABSCHLIESSENDE JAHR



Die Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR teilte unlängst mit, daß 1979 mehr als 200 neue industrielle Großobjekte in Betrieb genommen wurden. Insgesamt haben in den vier Jahren des 10. Planjahrhüfts mehr als 900 derartige Betriebe die Arbeit aufgenommen — ein gutes Fundament für die erfolgreiche Erfüllung des gesamten Fünfjahrplans.

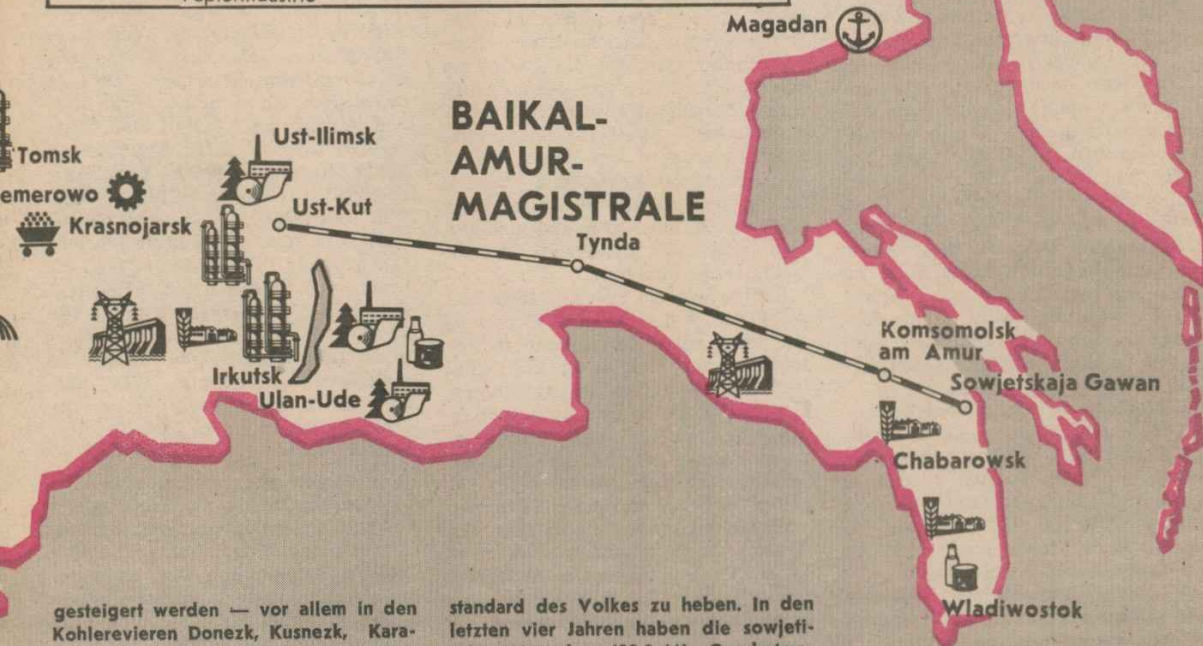
Die Dimensionen der Bautätigkeit zeigen die große schöpferische Arbeit, die im Sowjetland geleistet wird. In den letzten vier Jahren wurden Bauobjekte für fast 440 Md. Rubel aufgeführt. Der Bauplan für 1980, das letzte Jahr des Planjahrhüfts, steht früheren Plänen nicht nach: Für Investitionen wurden aus dem Haushalt mehr als 119 Md. Rubel oder über ein Fünftel des Nationaleinkommens bereitgestellt.

Eine bedeutende Zunahme der Förderung von Kohle, Erdöl und Gas sowie der Stromerzeugung, also die weitere Entwicklung des Brennstoff- und Energiewirtschaftskomplexes, der Grundlage für das Wachstum der Volkswirtschaft, ist geplant. So soll die Stromerzeugung 1980 gegenüber dem Vorjahr um 4% zunehmen und 1295 Md. kWh erreichen.

Besonders rapide soll die Stromerzeugung durch Atom- und Wasserkraftwerke steigen. Jeweils zwei neue Blocks in den Atomkraftwerken von Leningrad, der Südukraine und Tschernobyl sowie zwei Aggregate des Wasserkraftwerks Sajano-Schuschenskaja werden in Betrieb genommen. Die Kapazitäten der Wasserkraftwerke Rjasan, Syrdarja und Kostroma werden angehoben. Zwei Blocks mit je 500 000 kW sollen im Kraftwerk-1 von Ekibastus anlaufen.

Um die wachsende Nachfrage nach Erdöl, Gas und Kohle zu decken, treiben wir die Erschließung Sibiriens und des Nordens des europäischen Teils der UdSSR voran. Das ist nicht leicht, hat aber sehr große Perspektiven. 1980 sol-

len in Westsibirien 315 Mio t des „schwarzen Goldes“ gefördert werden — 32 Mio t mehr als 1979. Das wird den Rückgang der Ölproduktion in traditionellen Förderregionen ausgleichen. Einen bedeutenden Zuwachs sollen die Ölvorkommen in der ASSR der Komi und in der Udmurtischen ASSR sowie im Gebiet Sachalin gewährleisten. Um Öl und Gas an die Verbraucher zu bringen, werden weitere 8685 km Rohre verlegt. Die wichtigsten Pipelines sind: Petrowsk—Jelez, Urengoi—Tscheljabinsk, Kraftwerk Syrdarja—Schurtan. Die Kohleförderung soll um mehr als 16 Mio t



gesteigert werden — vor allem in den Kohlerevieren Donezk, Kusnezsk, Karaganda, Ekibastus und Kansk-Atschinsk.

Die Kapazität einiger Hüttenbetriebe wird zunehmen — der Werke von Tscherepowez und Nowolipezk, des Kombinati von Rustawi, des Eisenerzkombinati Michailowskij in Nowomichailowka und des zentralen Erzaufbereitungskombinati von Kriwoi Rog... 1980 soll der Ausstoß von Roheisen 115,1 Mio t, von Stahl 156,8 Mio t, von Walzblech 109 Mio t und von Stahlrohren 18,5 Mio t erreichen.

Der Maschinenbau gilt zu Recht als wichtigster Hebel des technischen Fortschritts. Die Maschinenbauproduktion wird um 6,6% zunehmen. Zu den neuen Bauobjekten gehören das Baggerwerk von Krasnojarsk und das Traktorenwerk Tscheboksary sowie die zweite Baustufe des Atommasch in Wolgodonsk. Viele bekannte Betriebe wie das Leningrader Metallwerk „XXII. Parteitag der KPdSU“ und das Charkower Kirow-Turbinenwerk werden ausgebaut.

Unser Haushalt und der Charakter der neuen Bauobjekte machen die Sozial-, Wirtschafts- und die Außenpolitik der Sowjetunion deutlich. Alle unsere Pläne dienen der Hauptaufgabe, den Lebens-

standard des Volkes zu heben. In den letzten vier Jahren haben die sowjetischen Menschen 423,3 Mio Quadratmeter Wohnraum erhalten und weitere 109,4 Mio Quadratmeter werden 1980 folgen. Für Investitionen in die Landwirtschaft wurden im Planjahr fünf insgesamt 173 Md. Rubel bereitgestellt, darunter 37 Milliarden in diesem Jahr. Viele Viehzucht Komplexe, Geflügelfabriken, Treibhauskombinate und Getreidesilos werden übergeben.

Die Sowjetunion hat eine leistungsfähige Industrie und ausreichende Rohstoffvorkommen, die das weitere Vorschreiten der Wirtschaft gewährleisten. Wir kennen unsere Möglichkeiten, sehen aber auch die noch bestehenden Schwierigkeiten und Mängel. In diesem Jahr, in der Zielgerade des Planjahr fünf, sind wir vor nicht leichte Aufgaben gestellt — u. a. die Vervollkommen des Wirtschaftsmechanismus, die weitere Entwicklung genannter Industriezweige und des Verkehrswesens. Wir geben uns nicht mit dem jetzigen Tempo und der Qualität der Investitionstätigkeit zufrieden. Die ausreichende Produktion hochwertiger Lebensmittel in breitem Angebot sowie eine störungsfreie Lebensmittelversorgung stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Eine tieferschürfende, parteiell strenge

Analyse der Unzulänglichkeiten wurde auf dem Novemberplenar [1979] des ZK der KPdSU gegeben und konkrete Wege zu ihrer Beseitigung aufgezeigt.

Die friedliche Arbeit der sowjetischen Menschen wird zuverlässig geschützt — wie sich die internationale Lage auch verändern mag. Wir werden von unseren Programmen nicht abgehen, wie sehr man uns in Washington auch mit Wirtschaftssanktionen einschüchtern will. Die Sowjetunion wird ohne amerikanische Maschinen und Technologie auskommen — so wie das häufig auch früher geschah. Nur Abscheu rufen bei uns ebenfalls US-Spekulationen hervor, die Lebensmittelversorgung in der UdSSR durch ein „Getreideembargo“ zu treffen. All diese hinterhältigen Berechnungen basieren auf völlig falschen Vorstellungen von unserem Wirtschaftspotential. Die UdSSR blickt ruhig und zuversichtlich in die Zukunft. Davon zeugen eben unsere friedlichen, schöpferischen Pläne.

A. PIN

DER „NEUE KONSERVATISMUS“

Alexander BOWIN

Von Engländern habe ich öfter gehört, daß britische Minister die Prinzipien und die Praxis des klassischen freien Unternehmertums auffrischen möchten, um der jetzigen Wirtschaft neues Leben einzuhauchen. Man sucht also auf heutige Fragen Antworten in der Praxis von vorgestern oder gestern.

Was denn daran auszusetzen sei, wandten meine englischen Gesprächspartner ein — wenn wir unsere heutigen Probleme lösen, beriefen wir uns ja auf Marx und Lenin. Außerdem habe ein Volk, das nicht in seiner Vergangenheit forscht, keine Zukunft. Diese Worte des englischen Philosophen Edmund Burke ergänzten sie durch folgenden Kommentar: „Wir Torys forschen in der Vergangenheit, um daraus Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen.“

Betrachten wir in diesem Zusammenhang einmal das, was in Großbritannien die Philosophie des neuen Konservatismus genannt wird, d. h. die allgemeine Einstellung der jetzigen Toryregierung zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Der konservative Abgeordnete Rhodes-James legt sie folgendermaßen dar. Ausgangspunkt sei der Glaube an die persönliche Freiheit und das Privatunternehmertum. Man müsse das, was auf dem Individuum lastet, wesentlich einschränken, müsse ihm die Last der staatlichen Reglementierung erleichtern. Weiter müsse man Voraussetzungen schaffen, unter denen das Streben des Individuums nach persönlicher Bereicherung gefördert wird. Und schließlich müsse man dem privaten Wirtschaftssektor, dem Hauptproduzenten des gesellschaftlichen Reichtums, in der Wirtschaft wieder die dominierende Stellung verschaffen. Um die Privatinitiative zu stimulieren, müsse man die Steuern senken, den Angestellten- und Beamtenapparat einschränken, die Gewerkschaften an die Kandare nehmen und die Sozialausgaben kürzen. Die Armen unterstützen? Ja, gewiß, aber im Grunde genommen müsse jeder in erster Linie für sich selbst sorgen. Schließlich sei es unvermeidbar, daß der Staat in der Wirtschaft irgendeine Rolle spielt. Es sei jedoch wichtig, ein richtiges Gleichgewicht zwischen Regierung und Individuum herzustellen. Unter der Labourregierung sei es zugunsten der Regierung gestört worden. Sie,

die Torys, gäben dem Individuum den Vorzug.

Klar. Das Individuum (in diesem Zusammenhang das wirtschaftliche Individuum: der Geschäftsmann und der Bourgeois verschiedenen Kalibers) drängt zum unbeschränkten, freien Privatunternehmertum. Dieses Individuum, das die staatliche Wirtschaftsregulierung selbst in ihrer Labourvariante als „staatssozialistische“ Fessel empfindet, möchte sich gern aus dem 20. Jahrhundert davonmachen und zurück ins viktorianische, als Labouristen noch unbekannt waren und niemand die großen und kleinen Forsytes am Geldmachen hinderte.

Stellen wir die Frage jetzt einmal so: Was hat die britische Bourgeoisie, deren beste Repräsentanten sich immer durch Flexibilität, Zeitgefühl und die Fähigkeit auszeichneten, sich neuen Verhältnissen anzupassen, vorwärts und nicht rückwärts zu schauen — was hat sie dazu veranlaßt, nach dem „verlorenen Paradies“ zu suchen, gegen Reformen aufzutreten und zu ihrem Ideal ein System von Beziehungen zu machen, das sich schon lange in Mißkredit gebracht hat? Die Philosophie des neuen Konservatismus entstand als Reaktion der britischen Geschäftswelt auf die chronischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und auf die Unfähigkeit der früheren (labouristischen gleichwie konservativen) Regierungen, sie mit Hilfe der staatsmonopolistischen Hebel zu überwinden.

Über das wirtschaftliche Erstarren Großbritanniens ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Hier ein paar dieser Äußerungen: „Die Briten gaben uns die Beatles und den Fußball, Shakespeare und Twiggy, den Parlamentarismus und den Kapitalismus. Jetzt nehmen sie nur noch. England, gestern noch Weltmacht, die Geist und Geld exportierte, ist heute der größte Schuldner in der westlichen Welt. Streiksucht, mangelnde Produktivität, Arbeitslosigkeit, Inflation haben das Königreich an den Rand des Ruins gebracht.“ Das stand im „Stern“. Die Deutschen mögen aber voreingenommen sein. Lassen wir also einen Engländer zu Worte kommen, Herzog Philip, den Gemahl Königin Elizabeths II.: „So etwas kommt nicht wie ein Gewitter oder eine Überschwemmung, sondern wie der Hausschwamm. Man weiß nicht,

wann die Fäulnis begonnen hat und wann sie kritisch wird. Aber allmählich wird das Haus unbewohnbar.“ Das sagte er etwa an der Wende der Jahre 1976 und 1977. Seitdem hat der Zustrom von Öl aus der Nordsee auch einen Strom günstigerer Urteile ausgelöst. Hier eins aus dem Pariser „Monde“: „Ein halbes Jahrhundert lang ist der ‚Niedergang Großbritanniens‘ nichts anderes als ein Teil des Niedergangs Europas gewesen. In England aber hat er außergewöhnlichen Umfang angenommen. Als Initiator der industriellen Umwälzung und Tempel des Kapitalismus hat England, das lange das größte, in seinem Umfang beispiellose Reich besaß, die Last und Agonie einer Welt auf sich geladen, die es in ihrem Sturz mitriß. Sein Niedergang schien daher unwiderruflich und endgültig zu sein. Wir sehen indes unter den Trümmern eine nicht erstarnte Leiche.“ Der „Monde“ schließt: „England hört auf unterzugehen, es schickt sich zum Hochkommen an.“ Das gleiche hat der Führer der englischen Liberalen, David Steel, so ausgedrückt: „Englands Wirtschaft ist, bildlich gesprochen, aus der Intensivstation in einen Saal für Rekonvaleszenten übergesiedelt.“

Die Rekonvaleszenz geht aber sehr langsam vonstatten. England ist mit seinem Prokopfeinkommen, seiner Arbeitsproduktivität, seinen Löhnen und Gehältern und dem Entwicklungstempo seiner Industrie hinter vielen kapitalistischen Industrieländern weit zurückgeblieben. Ein mit einer Arbeitslosigkeit und Inflation gepaartes Stagnieren der Industrie wie in England war in der Geschichte des Kapitalismus wohl noch nie da. Daher das Zunehmen der sozialen Spannungen, der verschärfte Kampf zwischen und in den Parteien und die allgemeine Unzufriedenheit und Verunsicherung. Die Labourregierung hatte darauf gerechnet, durch eine effektivere staatliche Wirtschaftsregulierung dem Übel abhelfen zu können. Das gelang ihr nicht. Ihr unentschlossenes Handeln, die Halbschlächtigkeit der von ihr beantragten Maßnahmen, ihre Nachgiebigkeit dem Großkapital gegenüber und die endlosen Differenzen in der Labourführung verursachten eine ununterbrochene Reproduktion der Krisenerscheinungen in der Wirtschaft. Und so kam es, daß die Labourpartei bei den Wahlen vom Mai v. J. durchfiel. Zur Macht kamen die Apostel der Philosophie des neuen Konservatismus.

Ein Murren über eine allzu große „Bevormundung“ durch den Staat habe ich schon in verschiedenen Ländern gehört. Lauter wurde es

nach der Krise von 1974/75, bei der die Unwirksamkeit der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung zutage getreten war. Die neoliberalen Kritiker am Keynesianismus bekamen Oberwasser. Im ganzen genommen aber neigt das bourgeoise ökonomische Denken — z. B. nach dem Bericht einer internationalen Gruppe unabhängiger Experten zu urteilen, den sie im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angefertigt hat — zu einer Art Kompromiß zwischen der traditionellen Strategie der Keynesianer („Steuerung der Nachfrage“ durch staatliche Stabilisierungsmaßnahmen) und den Empfehlungen der sogenannten Monetaristen (Drosselung der staatlichen Regulierungsprogramme, Verhärtung der Kredit- und Geldpolitik, Verschärfung der Konkurrenz auf den Warenmärkten u.a.m.). Nur die Tories wollen das Experiment unter der Devise „Zurück von Keynes!“ riskieren.

Margaret Thatcher und ihre Torygarde behaupten, zehn Jahre zu brauchen, um die Wirtschaft von „sozialistischen“ und keynesianistischen Überlagerungen zu säubern, die Engländer in die herrlichen Zeiten des freien Privatunternehmertums zurückzuführen und dadurch ein rasches und stetes

wirtschaftliches Vorwärtskommen zu erzielen. Ich glaube kaum, daß die Tories die zehn Jahre haben werden, weil die Wähler nämlich nicht für eine Philosophie, sondern für Resultate stimmen. Danach zu urteilen, wie sich die von der Regierung Thatcher in ihren ersten neun Monaten getroffenen Maßnahmen auf das Wirtschaftsleben ausgewirkt haben, werden die Resultate kaum zu Hoffnungen berechtigen. Was ist schon getan? Die Einkommensteuer ist durchschnittlich um 15% gesenkt worden. Die Sozialausgaben hat man gekürzt, die Kontrolle über die Geldmenge verstärkt, die Absicht geäußert, die Zahl der staatlichen Angestellten um 5,5% zu senken, eine Vorlage bekanntgegeben, laut der die Rechte der Gewerkschaften beschnitten werden sollen. Nur bei einer blühenden Phantasie kann man sich vorstellen, daß jemand aus diesen oder ähnlichen Bestandteilen eine Zeitmaschine zusammenbauen könnte, mit deren Hilfe England in die Zeit zurückzuversetzen wäre, als der Staat nichts weiter als ein Nachtwächter war, der die Ruhe und die Einkünfte unternehmender Leute hütete, die dann prompt für die Tories stimmten. Einerseits sind die Regierungsmaßnahmen schon jetzt viel weniger durchgreifend, als es

die besagte Philosophie vorschreibt. Andererseits haben sie nicht die erwartete Wirkung. Margaret Thatchers Minister wiederholen allerdings gern, die Lage werde sich verschlechtern, ehe sie sich bessere, und es lohnt nicht, das anzufechten. Bloß fragt es sich, wie lange sie sich verschlechtern kann, ohne daß die Hoffnung auf bessere Zeiten schwindet.

Ich will keineswegs sagen, daß England dazu verurteilt sei, bis zur Jahrhundertwende der kranke Mann in Europa zu sein. Die Erfahrung lehrt, daß bei sonst gleichen Bedingungen eine vernünftige Wirtschaftspolitik — obwohl sie den Kapitalismus nicht von seinen fundamentalen Widersprüchen erlösen kann — ihm die Anpassung an die neue geschichtliche Situation dennoch zu erleichtern vermag. Was die Philosophie des neuen Konservatismus angeht, so ist sie eine von den reaktionären und deshalb unfruchtbaren sozialen Utopien, die heutzutage durch die fortschreitende Zersetzung der bürgerlichen Zivilisation hervorgerufen werden. Die Angst vor der Gegenwart und Zukunft treibt zur Flucht in die Vergangenheit. Der Geschichte kann jedoch niemand entfliehen, jede Gesellschaft muß den ihr vorgezeichneten Weg bis zu Ende gehen.



In ganz England finden Massendemonstrationen und Kundgebungen statt, deren Teilnehmer entschieden gegen die Wirtschaftspolitik der Toryregierung protestieren. Mehr als 100 000 Metallarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen und die Beendigung der Politik der Massenentlassungen. Unsere Bilder: Demonstration der Metallarbeiter in Scunthorpe (links); die Polizei geht gegen Streikende vor (links unten); Streikposten der Metallarbeiter vor einem Betrieb in Sheerness (Bild unten).

Fotos: TASS





Von unserem politischen Kommentator
Lew BESYMENSKI

In seinem kürzlichen Interview für die „Prawda“ sagte Leonid Breshnew: „Geradezu pharisäerhaft wirken die Versuche, von einer ‚sowjetischen Bedrohung‘ des Friedens zu schwätzen und als Wächter der internationalen Moral aufzutreten, und das von seiten derer, auf deren Konto der ‚schmutzige Krieg‘ gegen Vietnam steht, die nicht einmal den Finger rührten, als die chinesischen Aggressoren mit Waffengewalt in das sozialistische Vietnam einfielen, die seit Jahrzehnten auf dem Boden Kubas gegen den Willen seines Volkes und seiner Regierung einen Militärstützpunkt unterhalten, die mit den Waffen klirren, mit Blockade drohen...“

In der Tat, das Konto des US-Imperialismus ist lang, es begann vor vielen Jahren. In Heft 34 und 35 der „Neuen Zeit“ von 1979 erschien ein Dokumentarbericht von Prof. Nikolai Jakowlew über den „Dropshot“-Plan, einen Plan zu einem Atomkrieg gegen die UdSSR aus dem Jahre 1957. Wie der Verfasser aber mit Recht schrieb, kam die haarsträubende Absicht schon früher auf. Der amerikanische Historiker Michael S. Sherry bezeugt, daß der Plan für einen amerikanischen Atomschlag gegen 20 sowjetische Städte schon im Herbst 1945 aufgestellt wurde.

Ein Kriegsplan aus dem Jahre 1945, als die große Schlacht gegen den deutschen Nazismus und den japanischen Militarismus zu Ende war? Ein Kriegsplan gegen die UdSSR, die im Kampf für dieselbe Sache, für die auch die USA gekämpft hatten, schwere Verluste erlitt? Das klingt so unglaublich, daß man es leicht als unwahrscheinlich abtun könnte.

Dabei verfügen die Forscher jetzt über Dokumente, die jeden Zweifel zum Schweigen bringen, und dabei wurden sie derzeit mit dem Vermerk versehen: „Streng geheim. Geheimhaltungsgruppe 3. Durchsicht alle 12 Jahre. Nicht automatisch freizugeben.“ Das Nationalarchiv der USA hat diese Dokumente erst vor kurzem freigegeben, so daß man jetzt ein wenn nicht gerade vollständiges, so doch recht detailliertes Bild von der Schandtät entwerfen kann, zu der der Plan schon 1945 bei der politischen und militärischen Spitzenschicht der USA heranreifte.

Das soll in diesem Dokumentarbericht versucht werden.

Gleich nach dem Krieg

Gleich nach dem zweiten Weltkrieg — Japan unterzeichnete die Kapitulation am 2. September 1945 — beschlossen die höchsten Militärs der USA, sozusagen Kasse zu machen, welche Möglichkeiten die USA in der Nachkriegssituation hatten. Auf den ersten Blick war nichts Ungewöhnliches daran, daß sich ein Staat, der mit seinen Alliierten einen jahrelangen Krieg gegen Deutschland und Japan geführt hatte, über seine realen Möglichkeiten Klarheit verschaffen wollte.

Aber schon manche Formulierungen, die dabei gebraucht wurden, ließen nicht an ein Nachkriegsfazit und an Perspektiven der friedlichen Nachkriegsentwicklung, sondern an etwas ganz anderes denken. Wir überlassen es unserem Leser, sich selbst ein Urteil zu bilden. Die Schwerpunkte der amerikanischen Militärpolitik waren, wie es in der Direktive der Vereinigten Stabschefs Nr. 1496/3 vom 20. September 1945 heißt, folgende:

1. Die Streitkräfte der USA müssen zu prompten und effektiven militärischen Aktionen, wo immer sie notwendig sein sollten, bereit sein.
2. Die USA müssen ständig die denkbar günstigste Position potentiellen Feindkräften gegenüber einnehmen.
3. Sie müssen mobile Einsatzkräfte in einer Stärke, Zusammensetzung und Bereitschaft für ein promptes und effektives Vorgehen beibehalten.

Was konnte das bedeuten? Den USA war es kaum um eine Überlegenheit über Deutschland und Japan zu tun. Diese waren ja geschlagen, ihre Streitkräfte waren aufgerieben, ihre Wirtschaft auf dem Nullpunkt angelangt. Auch um eine militärische Überlegenheit, sagen wir, über England und Frankreich oder um „prompte Aktionen“ gegen sie konnte es sich nicht handeln. Umgekehrt sahen die USA in diesen Ländern (und auch in der Türkei), wie aus demselben Dokument hervorgeht, eventuelle Teilnehmer an den geplanten Operationen.

Es ging um etwas anderes: darum, die vermeintliche militärische Überlegenheit der USA über die UdSSR aufrechtzuhalten und später sogar zu benutzen. Zu diesem Zweck wurde folgende Weisung erteilt:

„Vor allen Dingen die jetzigen und künftigen militärischen Potenzen der USA prüfen.“

Daran arbeiteten verschiedene Dienststellen, namentlich die Abtei-

lung für Spezialplanung des Kriegsministeriums und die Vereinigten Stabschefs der USA *. Dieses 1942 gebildete Organ war „für die Aufstellung strategischer Pläne und die strategische Entwicklung der Streitkräfte“ zuständig. Bei Kriegsende bestand es aus dem Stabschef des Heeres, General George Marshall, aus dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Henry Arnold, aus dem Leiter der Seeoperationen, Admiral Ernest King, und dem Stabschef beim Oberbefehlshaber der Streitkräfte, dem US-Präsidenten, Admiral William Leahy. Er stand den Vereinigten Stabschefs vor.

Sie bildeten aus Vertretern der Waffengattungen zeitweilige Komitees und Gruppen. Diese Koordinierung war notwendig, weil die Armee und die Marine damals von zwei getrennten Ministerien geleitet wurden — die Luftwaffe gehörte zur Armee. Deshalb waren gemeinsame Spezialgruppen und -komitees notwendig, darunter das Vereinigte Kriegsplanungskomitee, das Vereinigte Aufklärungskomitee, der Vereinigte Aufklärungsstab u. a. Wir gehen hier von Dokumenten dieser höchstwertigen Dienststellen aus.

Die Atomdiplomatie

Um den Sinn der vom Militär gestellten Aufgabe klarzumachen, sollen hier einige besondere Umstände von damals — vom Herbst 1945 — in Erinnerung gebracht werden. Die Politiker und Militärs der USA schwebten im Bewußtsein ihres Atommonopols. Gerade damals entstand die sattsam bekannte „Atomdiplomatie“, eine Diplomatie unverhohlenen Drucks auf die UdSSR, mit der man bei ihr sowohl politische Zugeständnisse nach außen als auch Veränderungen im Innern durchsetzen wollte. Derartige Auffassungen waren schon lange herangereift, und Präsident Roosevelts Tod beschleunigte diesen gefährlichen Prozeß.

Eine Analyse vieler Forscher an der Politik der USA von 1945 besagt klipp und klar, daß gegen Kriegsende in den militärischen und politischen Kreisen der Kurs auf eine Konfrontation mit der UdSSR die Oberhand gewann und die Atombombe als wichtige Handhabe dazu angesehen wurde. Der spätere Staatssekretär Byrnes versicherte dem neuen Präsidenten, Truman:

„Die Bombe kann uns befähigen, am Kriegsende unsere Bedingungen zu diktieren.“

Wie gedachten die Spitzen der USA, dieses Ziel zu erreichen? Manche empfahlen direkte Kampfhandlungen. So z. B. enthielt eine Veröffentlichung der Universität Chicago im Jahre 1947 die Darlegung einer Diskussion, die gleich nach dem Kriege in Chicago unter Teilnahme maßgeblicher Politiker und Diplomaten geführt worden war. Ein Teilnehmer sagte:

„In den letzten Monaten ist das Leitmotiv im Staatsdepartement, das alles andere überbietet, die Unausbleiblichkeit eines Kriegs mit Rußland. Diese Stimmung ist im Staatsdepartement unter der direkten Einwirkung des Kriegsministeriums aufgekommen... Im Kriegsministerium werden Pläne für einen künftigen Krieg gegen Rußland aufgestellt.“

In einer Denkschrift Unterstaatssekretär Joseph Grews vom 19. Mai 1945 heißt es:

„Wenn auf dieser Welt irgend etwas ganz bestimmt sein kann, so ist es ein künftiger Krieg zwischen der UdSSR und den USA.“

Ein Krieg zwischen der UdSSR und den USA? In der Tat, die Urheber der neuen Pläne, die einen pathologischen Antikommunismus predigten, sahen im Sieg über den Nazismus und im zunehmenden Ansehen der UdSSR nichts als eine Schmälerung der „Weltpositionen“ der USA. Der Zusammenbruch reaktionärer Regimes in Europa ließ sie spüren, daß der internationale Imperialismus schwächer geworden war. In ohnmächtiger Wut sahen sie das Scheitern ihrer ursprünglichen Absicht, abzuwarten, bis Deutschland (und die UdSSR einander geschwächt hätten, um dann als Herr der Situation auf den Plan zu treten und ihre eigenen Friedensbedingungen zu diktieren. Ein klassischer Ausdruck dieses Standpunkts ist folgende Erklärung, die der noch kaum bekannte Senator von Missouri Harry Truman 1941 abgab:

„Wenn wir sehen, daß Deutschland siegt, dann müssen wir Rußland helfen, und sollte Rußland siegreich sein, dann müssen wir Deutschland helfen, damit sich möglichst viele gegenseitig todschlagen.“

Nicht minder unverblümt äußerte sich darüber Ex-Präsident Herbert Hoover:

„Ich behaupte: Wenn wir nicht direkt in den Konflikt eingegriffen hätten, dann hätten wir im Augenblick des Friedensschlusses bei unserer unangegriffenen wirtschaftlichen Macht unser Schwert auf den Verhandlungstisch legen können.“

Der „Augenblick des Friedensschlusses“ kam heran, und da zeigte es sich, daß aus diesen Plänen nichts geworden ist. Im Krieg gegen den Nazismus war ein mit dem Blut im Freiheitskampf besiegeltes Kampfbündnis der Völker entstanden. Um so erboster waren die Feinde unseres Landes über dessen größeres Ansehen und über das zunehmende Streben der amerikanischen Öffentlichkeit nach Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Was Mr. Grew und seinesgleichen so „bestimmt“ zu sein schienen, war es ganz und gar nicht. Die wahren Staatsinteressen der USA und vor allem die Stimmungen unter den Völkern der Welt, auch beim amerikanischen Volk, ließen nicht zu, daß die antikommunistische Mafia offen



Der Bomber „Enola Gay“, der die amerikanische Atombombe auf Hiroshima abwarf

auftrat. Sie hielt sich hinter den Kulissen und strengte sich vor allem an, die Zusammenarbeit mit der UdSSR zunichte zu machen.

Im Juli und August 1945 tagte die Potsdamer Konferenz und formulierte nach einem harten diplomatischen Kampf gemeinsame Prinzipien der Siegermächte für ihr Vorgehen in Friedenszeiten. Darauf kam die UdSSR ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Kampfhandlungen im Fernen Osten genau nach. Obwohl das Sowjetvolk möglichst bald zum friedlichen Leben zurückkehren wollte, machte es noch eine militärische Anstrengung. Mit einem wuch-

* Die CIA bestand damals noch nicht, sie wurde 1947 gebildet.

tigen Schlag wurde die japanische Kwangtungarmee aufgegeben und dem japanischen Militarismus das Rückgrat gebrochen.

Die Menschheit konnte sich der friedlichen Arbeit zuwenden, sie konnte sich darauf konzentrieren, die Verluste aus dem langjährigen schweren Krieg wettzumachen und das Zerstörte wiederaufzubauen. Das letztere traf für die USA allerdings kaum zu. Im Krieg fiel keine einzige feindliche Bombe auf eine amerikanische Stadt. Die Verluste auf allen Kriegsschauplätzen machten 1 Million, davon 400 000 Tote aus (bei einer Truppenstärke von mehr als 8 Millionen Mann). Auch die Industrie erlitt keinen Schaden. Gegen Kriegsende hatten die USA 60% der industriellen Weltproduktion 80% der internationalen Goldbestände und 50% des Stahlausstoßes auf sich vereint.



Sie stellten den Plan für einen Atomangriff auf die UdSSR auf: Admiral Leahy, die Generale Marshall und Arnold — Mitglieder der Vereinigten Stabschefs der USA — und General Bissell, Chef der Aufklärung der Armee

Anders erging es der UdSSR. Der Sieg kostete sie 20 Millionen Menschenleben, 1710 zerstörte Städte, 70 000 völlig vernichtete Dörfer, 32 000 in Trümmer gelegte Betriebe und 65 000 km untauglich gemachte Bahnstrecken. Der materielle Schaden ist mit 679 Md. Rubeln errechnet worden.

Dem Willen des Volkes entsprechend, stellte die Sowjetregierung ein umfassendes Wiederaufbauprogramm für die Volkswirtschaft auf. Zugleich begann eine Demobilisierung der Streitkräfte. Die ersten Truppenkontingente wurden gleich nach Schluß der Kampfhandlungen in Europa entlassen, insgesamt etwa 8,5 Millionen Mann.

Soldaten, die an der Befreiung der Länder Europas teilgenommen hatten, kehrten heim. Die sowjetischen

Truppen räumten Nordnorwegen und die dänische Insel Bornholm. Sie verließen Bulgarien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Es blieben nur dort welche, wo es die in Potsdam bestätigten gemeinsamen Besatzungsaufgaben erforderten.

Das Sowjetvolk, das unter dem Krieg so schwer gelitten hatte, wollte nichts anderes und konnte nichts anderes wollen als die Rückkehr zur friedlichen Arbeit, zur Lösung der konstruktiven Aufgaben, deren Erfüllung durch den tödlichen Einfall Hitlers in die UdSSR unterbrochen worden war.

Rechenkünste des Pentagons

Von den Generalen im Pentagon war natürlich kein Verständnis dafür zu erwarten, von ihnen erwartete auch keiner Sympathie für das Sowjetvolk. Sie rechneten, sie zogen die Bilanz ihrer Überlegenheit und

merkten praktische Maßnahmen vor.

„Der unwiderbringliche Gesamtverlust der Sowjets an Männern der Kriegsjahrgänge beläuft sich auf rund 12 000 000.“ (Bericht des Vereinigten Aufklärungsstabs Nr. 80/14 vom 8. November 1945.)

„In nächster Zeit kann die UdSSR die kontinentalen USA nicht angreifen... Ohne eine nennenswerte Kriegsmarine und nur mit einer zweitrangigen Handelsflotte sind sowjetische Überseeoperationen so gut wie ausgeschlossen. Um gegen die USA vorzugehen, müßte die UdSSR ihre Truppen 4000 Meilen weit befördern und hätte es mit einem Gegner zu tun, der eine starke Kriegsflotte, eine mächtige Luftwaffe und einen 10mal so großen Stahlausstoß hat.“ (Bericht des Vereinigten Aufklärungskomitees Nr. 329/1 vom 3. Dezember 1945.)

„Das sowjetische Kriegswirtschaftspotential ist jetzt unzureichend entwickelt.“ (Bericht des Vereinigten Kriegsplanungskomitees Nr. 416/1 vom 8. Januar 1946.)

„Die UdSSR besitzt keine ausreichende Weitreckenluftwaffe... Die Sowjets verstehen die Luftwaffe als Unterstützung für die Landtruppen.“ (Bericht des Vereinigten Aufklärungsstabs

Nr. 80/14.) Und schließlich die Hauptsache: „Die UdSSR hat keine Atomwaffen.“ (Bericht des Vereinigten Militärplanungskomitees Nr. 416/1.)

Es scheint, daß dieses Fazit für die Herren Generale beruhigend sein konnte: Die USA waren stärker als die UdSSR aus dem Krieg hervorgegangen, in den nächsten (10—15) Jahren schien ihnen nichts zu drohen, wie es hieß, habe es sich nur um eine Beibehaltung des damaligen Kräfteverhältnisses gehandelt. Es handelte sich aber um etwas anderes. Die amerikanischen Militärs wären sich selbst untreu gewesen, wenn sie der hohen Obrigkeit nicht den Teufel an die Wand gemalt hätten.

Allerdings waren die Verfasser der Geheimberichte in einer schwierigen Lage. Sie hatten gerade erst konstatiert, daß die UdSSR durch den Krieg geschwächt war. Indessen hieß

es in einer Denkschrift an den Kriegs- und den Kriegsmarineminister der USA:

„Die UdSSR ist in einem machtvollen nationalen Aufschwung und Wachstum begriffen. Sie entwickelt eine selbständige nationale Wirtschaft...“

Und hier aus einem anderen Dokument:

„Was den technischen Fortschritt betrifft, so werden die Russen mit anderen

Nationen... sowohl in der Entwicklung als auch in der Verwendung neuer Mittel Schritt halten.“

Weiter wird festgestellt, daß die UdSSR

„die Forschungen auf dem Gebiet der Atomenergie, der Weitreckenraketen und der modernen Artillerie intensivieren wird“.

Mit anderen Worten hielt es das Pentagon für angezeigt, sein Atommonopol zu benutzen. „10—15 Jahre“ kamen in vielen Geheimberichten vor, in denen die Entwicklungsaussichten des Kräfteverhältnisses zwischen den USA und der UdSSR eingeschätzt wurden. Wir wollen hier nicht darauf eingehen, wie weit die amerikanischen Geheimdienste fehlgingen, als sie prophezeiten, die Sowjetunion werde in 10—15 oder, wie es in einem Bericht hieß, in 20 Jahren so weit sein, einen Atomschlag mit einem ebensovollen Schlag zu beantworten. Viel wichtiger ist etwas anderes: womit das Pentagon seine Überlegenheit zu erhärten gedachte. Ganz einfach: mit einem Atomangriff auf die Sowjetunion!

(Fortsetzung folgt)

ALTE OPFER DES NEUEN HAUSHALTS

Nikolai SERGEJEV

Der Aktienkurs der 30 führenden Industriegesellschaften der USA schnellte kurz vor Börsenschluß am 24. Januar um drei Punkte empor. Am schnellsten stiegen die Aktien der Rüstungs- und der Erdölgesellschaften. Laut Associated Press habe die Botschaft des Präsidenten „Über die Lage der Nation“ die Investoren ermuntert: Sie hätten daraus den Schluß gezogen, daß „die Verteidigungs- und Forschungsausgaben in den nächsten Jahren die Geschäftsaktivität in den USA beträchtlich beleben können“.

Das Rüstungs- und das Erdölgeschäft sind also die beiden Stützen, die, wie man in den USA glaubt, die Wirtschaft 1980 wenigstens über Wasser halten werden. Dabei läßt die Wirtschaftslage gelinde gesagt zu wünschen übrig. In der „Business Week“ vom 14. Januar lesen wir: „Die Frage ist nicht, ob das Geschäft gut oder schlecht gehen wird, eher schon: Wie schlecht wird es gehen? Bestenfalls erwartet uns eine langwierige Stagflation: Nullwachstum in Verbindung mit einer kaum merklichen Verlangsamung der Inflation. Schlimmstenfalls kommt es zu einem starken Nachlassen der Geschäftsaktivität bei einem praktisch unaufhaltsamen Preisanstieg.“

Pessimistisch sind die Wirtschaftsprognosen nicht nur für die USA, sondern auch für alle kapitalistischen Länder. Selbst nach den optimistischsten Schätzungen wird ihr Brutto-sozialprodukt kaum um 1% wachsen. Die meisten Ökonomen sind sich sogar darüber einig, daß sich die westlichen Länder 1980 auf einen ausgeprägten Rückgang gefaßt machen müssen. „Financial Times“ (London) meint, die britische Wirtschaft werde eine viel tiefere Rezession erleben als 1975. Die Geschäftsaktivität in der BRD, in Italien und Japan flaut ab.

Gemeinsam für die gesamte kapitalistische Welt ist, daß der Rückgang alle Zweige betrifft, die von der Verbrauchernachfrage abhängen, und daß er bald auch auf andere Wirtschaftssektoren übergreifen wird. Die Zuwachsraten bei den Massenkonsumgütern gingen in den USA und der BRD bereits 1979 fast auf ein Drittel des

Vorjahres zurück und betrugen nur ein Prozent. Der Wohnungsbau sank in den USA um 10%, der Ausstoß an PKWs ging Ende des Jahres unablässig und schließlich um 20% zurück.

Das war zu erwarten, denn die Kaufkraft der Bevölkerung schrumpft unaufhaltsam. Laut Statistiken des Arbeitsministeriums sanken die Reallöhne der USA-Arbeiter allein in neun Monaten von 1979 fast um 5% und lagen somit unter denen der Krisenjahre 1974/75. Im Jahre 1979 verschlang die Inflation über 13% der Kaufkraft der Ersparnisse der Bevölkerung, während deren Schulden beim Ratenkauf fast um 15% stiegen.

In dieser für die nationalen Wirtschaften und die Bevölkerung schwierigen Situation setzen die westlichen Monopole und Regierungen auf das Rüstungsgeschäft und wollen die Profitverminderung wegen der Flaute in den zivilen Zweigen durch Anheizen des Wetrüstens ausgleichen.

Der Vorstand der General Electric z. B., der ein Schrumpfen der zivilen Aufträge voraussah, teilte seinen Aktienhaltern Anfang 1979 mit: „Wir sind der Meinung, daß die General Electric hinreichend feste Positionen hat, um dem Nachlassen der Geschäftsaktivität im Lande erfolgreich standzuhalten“ — dank Rüstungsaufträgen.

Während die Aufträge bei Tausenden USA-Firmen immer rarer wurden, konnten die Rüstungskonzerne bald überhaupt keine Atempause. Die United Technologies hatte schon Mitte 1979 um 30% mehr Aufträge als im Vorjahr, und zwar für eine Summe von bald 10 Md. Dollar. Der Aktienkurs der Raumfahrt- und Flugzeugkonzerne der USA schnellte Ende des Jahres erneut in die Höhe, als unter Washingtons Druck das Programm für die Steigerung des Kernraketenpotentials der NATO in Europa angenommen wurde. Das verspricht neue Aufträge, zunächst einmal für mindestens 5—6 Md. Dollar. Ebenso einträglich ist für sie die Erhöhung des Militärbudgets der USA. Dabei haben es diese Konzerne auch sonst ganz gut: In drei Quartalen 1979 stiegen ihre Umsätze um mehr als 30%, ihre Reingewinne aber um 95%.

Das Erdölgeschäft der USA konnte in einem Jahr seine Profite durchschnittlich um 75% steigern, die wenigen führenden Erdölkonzerne sogar um 100%.

Der Boom im Rüstungsbusiness läßt an die Situation der Krisenjahre 1974/75 denken, als das Rüstungsgeschäft sich zum „Retter der Nation“ aufwarf, weil es viele Arbeitsplätze erhalten habe. Diesmal haben die militaristischen Programme und die Kriegspsychose viel größeres Ausmaß. Beim vorigen Rückgang stiegen die Militärausgaben laut Finanzministerium der USA um 10%, dann verlangsamte sich dieses Wachstum. Im neuen Finanzjahr 1980 sind im Haushalt viel höhere Militärausgaben vorgesehen; im Finanzjahr 1981, das am 1. Oktober d. J. beginnt, sollen sie 161,8 Md. Dollar erreichen und bis 1984 weit über 200 Md. Dollar betragen.

Übrigens gab Präsident Carter das neue Militärbudget im Unternehmerverband bekannt. Dieser vereinigt 100 große Geschäftsleute. Auch das Rückgrat des Militär-Industrie-Komplexes der USA bilden 100 große Konzerne. Diese Übereinstimmung der Zahlen widerspiegelt die Übereinstimmung der Interessen der Administration, die im Hinblick auf die nahen Wahlen die Wirtschaft um jeden Preis hochtreiben will, und jener Kreise der Geschäftswelt, die sich an der Kriegshysterie gesundstoßen möchten.

Als Carter die Zunahme der Militärausgaben bekanntgab, wies er warnend darauf hin, daß das neue Budget „bestimmte Opfer verlangt“. Wer die Opfer zu bringen hat, weiß man ja: Die Administration wird die Sozialausgaben noch mehr reduzieren. Die Monopolpresse hat schon eine Propagandakampagne zur Kürzung der staatlichen Arbeitslosenunterstützungen durch die Regierung angekurbelt.

Um die Bevölkerung von der unweigerlichen Verteuerung abzulenken, zu der die erhöhten Militärausgaben führen werden, versichern die bürgerlichen Massenmedien, das neue Militärbudget werde die Wirtschaft nachgerade „gesünder machen“. Möglicherweise wird die Beschäftigung in einigen Rüstungsbetrieben zunehmen. Aber insgesamt wird die weitere Militarisierung die Zahl der Arbeitsplätze vermindern. Nach Ansicht von USA-Ökonomen wird die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen im Lande 1980 von sechs auf mindestens acht Millionen steigen.

Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, hilft das Aufbauschen von Militärbudgets keineswegs gegen die zyklischen Krisen. Im Gegenteil, die Militarisierung macht die Gebrechen der Wirtschaft noch schlimmer und verschärft die sozialen Gegensätze.

Schnelle Pisten

Leonid LEONIDOW

Es ist zu wenig gesagt, daß der Skisport in den Alpenländern — in Österreich, der Schweiz und zum Teil auch in Frankreich — der Sport Nr. 1 ist. Er ist, angefangen vom Wochenend- bis zum hochprofessionellen Sport, eine Kunst, mit der dort ein wahrer Kult getrieben wird. Erholung sucht man möglichst in den Bergen, als Schauspiel zieht man Abfahrt- und Torläufe vor, und die Stars erster Größe werden beinahe vergöttert. Die Österreicher haben guten Grund, auf ihre Landsleute stolz zu sein, die ihr Land unter den Skinationen führend gemacht haben. Von den kaum 8 Millionen Landesbewohnern ziehen etwa anderthalb Millionen mit den Brettl los. Im Winter nehmen die Skiweltmeisterschaften bis zu einem Drittel der Sendezeit im Fernsehen ein.

Die Teilnehmer oder, wie sie auch genannt werden, die Skiweltreisenden bereisen fast vier Monate im Jahr Städte und Länder, um dort Wettkämpfe auszutragen.

Im Westen hängt wohl kein anderer Sport wie dieser so sehr von einigen wenigen großen Geschäftsleuten ab. Firmen wie Kneissl, Fischer, Rossignol, Atomic und Dinastar entwickeln nicht nur neue Sportgeräte, sie suchen auch nach Stars, die mit ihren Leistungen die beste Reklame für ihre Erzeugnisse machen können. Beim Zusammenstellen der Landesmannschaften in den Ländern der Bourgeoisie haben die Geschäftsleute manchmal mehr als die Trainer mitzureden.

„Unbegrenzter Firmeneinfluß“

In letzter Zeit sind manche Methoden der in Sport machenden Geschäftsleute an die Öffentlichkeit gelangt. Stars werden z. B. bei einschlägigen Forschungslabors angestellt, und dort werden Empfehlungen von Ingenieuren, Mathematikern und Physikern an ihnen ausprobiert. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Sportler bleiben Amateure, und man hat zusätzliche Möglichkeiten, die Sportgeräte zu perfektionieren. In diesen „Gestützen“ haben sich die Sportler an die von den Besitzern anbefohlene Zeiteinteilung, Freizeitbeschäftigung und

Lebensweise zu halten. Sie sind wie eingesperrt und träumen davon, wenigstens ein paar Tage zu Haus verbringen zu können. Manche halten es nicht aus, ihre Sportform leidet darunter, die Nerven gehen mit ihnen durch.

Nicht selten treten Situationen ein, die dem Uneingeweihten absurd vorkommen mögen. In einer Reportage von Weltmeisterschaften in Garmisch-Partenkirchen nannte der bundesdeutsche Rundfunkkommentator zwei Sportler Mannschaftskameraden, wahrscheinlich, weil beide bei Abfahrten Skier derselben Firma benutzten. Dabei war der eine aus der BRD, der andere aus der Schweiz.

Besonders viel haben die Geschäftsleute für eine Sparte des Skimehrkamps übrig: für die Abfahrten, bei denen die Österreicher seit Jahren führend sind, und nicht von ungefähr. Christian Neureuther aus der BRD, der diesjährige Weltcupfavorit, sagte bei aller Anerkennung für das Können und die Tradition vor kurzem, auf die Abfahrten hätten die Firmen so gut wie unbegrenzten Einfluß: „Das geht ja so weit, daß die Trainer zum Beispiel keinen Einfluß mehr darauf haben, mit welchen und auf welche Weise präparierten Ski die Fahrer starten... Und dann bekommt eben der Fahrer, den die Firma am liebsten mag, meistens eben auch der beste, den schnellsten Ski.“

Die Ausrüstung hat sehr viel zu bedeuten. Manchmal ist ein mäßiger Fahrer dank den Skiern schneller als ein anerkannter Meister. Es wäre aber riskant, einen Mißerfolg mit der Qualität der Skier rechtfertigen zu wollen. Das wagte seinerzeit der berühmte Honoré Bonnet, ein französischer Trainer, und es hatte ernste Folgen: Es wurden weniger Skier gekauft, einige Firmen mußten sogar schließen. Natürlich waren die Geschäftsleute außer sich.

Heftige Kämpfe werden regelmäßig zwischen denen ausgetragen, die über geeignete Pisten für große Wettkämpfe verfügen, und die bekannten Wintersportzentren streiten sich erbittert darum, auch nur eine Sparte der Weltmeisterschaften bei sich veranstalten zu dürfen. Die Stadtbehörden von Kitzbühel in Österreich, Wengen in der Schweiz

und Mégeve in Frankreich lassen ihre Pisten bis zur Ankunft der ersehnten Gäste sorgfältig bewachen, und sie geben sie für das breite Publikum erst nach deren Abreise wieder frei. Die Einkünfte sind so groß, daß sie den Ausfall wegen der Sperrung mehrfach wettmachen. Bei den Abfahrten finden sich ja 100 000 oder sogar noch mehr Zuschauer auf den Tribünen ein.

Westliche Skisportler stehen früher oder später vor dem Dilemma, was für einen Kontrakt sie schließen sollen, einen sogenannten geschlossenen (Benutzung von Skiern, Dress usw. einer bestimmten Firma) oder einen offenen (mit Reklame auch für andere Waren, die mit dem Skisport nichts zu tun haben). Die der ersten Art schließen alle ab, vor denen der zweiten Art fürchtet man sich — die Sache kann aufliegen, und dann wird dem betreffenden Sportler der Amateurstatus für immer abgesprochen.

Meistens kommt es nicht soweit. Manchmal sicken allerdings in die Presse durch, der und der haben den Winter über 100 000 Dollar verdient. Gewöhnlich wird die Meldung aber mit Vorbehalten und schleierhaften Hinweisen verbrämt, und man wagt es nicht, die genaue Summe zu nennen. Es ist für beide Seiten von Vorteil, das Geheimnis zu wahren: für die Geschäftsleute und für diejenigen, die, ohne sich zu schonen, zu deren Prosperität beitragen.

Bei den Sportveranstaltungen ist das Showbusiness die Hauptsache, denn es sichert die Einnahmen. Dabei geht es vor allem um die Geschwindigkeiten. Eine Geschwindigkeit, die heute schwindelerregend scheint, ist morgen schon alltäglich und zieht nicht mehr. Die Fahrer müssen immer mehr aus sich herausholen. Mitte der 50er Jahre betrug die durchschnittliche Stundengeschwindigkeit 90 km, in den 60ern über 100, jetzt beträgt sie über 110 und erreicht manchmal 140. Darum, daß bei der Beschleunigung der Abfahrten auch die Art und der Zustand der Pisten in Betracht gezogen und eine angemessene Höchstgrenze eingehalten werden mußte, kümmern sich die Geschäftemacher nicht, und so müssen sich die Fahrer denn in rasender Geschwindigkeit zwischen Felsen und Bäumen fortbewegen.

Der erste Todesfall passierte 1940 auf der Olympiapiste in Garmisch-Partenkirchen. Der Italiener Sertorelli raste gegen einen Baum, dessen Rinde vereist war. Damals war das noch eine Sensation, und man traf gewisse Sicherheitsmaßregeln. Je mehr sich die Unfälle aber häuften, desto weniger wurden sie beachtet. Wettkämpfe werden öfter auf völlig untauglichen Pisten veranstaltet. Das

wird aber keineswegs unterbunden, sondern noch gefördert. Die Bosse des Skisports rechtfertigen das zynisch so: „Wer Angst hat, soll zu Hause hinterm Ofen sitzen. Es finden sich genug andere junge Leute, die bereit sind, etwas zu riskieren und daran anständig zu verdienen.“

„Skisportler sind schön wie Kristall. Kristall aber ist zerbrechlich“ — diese Worte Honoré Bonnets haben viel Wahres.

Der Dickkopf Stenmark

Stenmark stürzte.

Der Schnee, der bald links, bald rechts neben ihm aufstäubte, war plötzlich verschwunden. Bis zum Ziel blieben ihm nur noch acht Tore, die bunten Tribünen, die Leuchttafel und die Boxen mit den Fernsehapparaten waren schon in Sicht.

Stenmark hatte sich überschlagen, war aber gut gefallen. Er kam gleich wieder zu sich, rückte seine Skier

Kitzbühel, Cortina d'Ampezzo, Wenzen und Sun Valley feiert man ja nur die Sieger und ihre paar nächsten Rivalen. Andere zählen nicht, und manche scheiden noch kurz vor dem Ziel aus.

Stenmark schlug sich heimlich in die Büsche und wich den Plätzen für die Presse aus, wo bald ein atemloser Sportler ein Interview geben würde. An der Autobahn angelangt, machte er einen Anhalter, ohne auch nur im Hotel gewesen zu sein. Offenbar wollte er möglichst weit von der Stätte seiner „Schmach“ fort.

Am selben Tag fand in Adelboden ein Riesenslalom im Rahmen des Mehrkampfes um den Weltcup statt. Das Glück hatte sich aber von dem mehrfachen Sieger abgewandt.

Stenmark unterscheidet sich von den vielen anderen Skisportlern, und nicht nur mit seinen Leistungen. Die meisten wollen nur eins: solange ihnen die Kraft reicht, mit Geschwindigkeiten und Gefahren kämpfen, um sich wenigstens ein kleines Kapital zu verdienen und ein Sportgeschäft, eine Werkstatt oder eine kleine Baude aufzumachen. Das gelingt aber nur vereinzelt, solchen, die regelmäßig einen der ersten 10 Plätze belegt haben.

nutzt er Skier der jugoslawischen Firma Elan, die sich jeder leisten kann. Und er trägt einen gewöhnlichen Dress. Der ansteckende Tanz um das goldene Kalb reizt ihn nicht, er ist mit Leib und Seele Sportler. Im Umgang ist er ziemlich verschlossen, besonders Reportern gegenüber. Nicht von ungefähr nennt man ihn den großen Schweiger. Nur einmal kam er ins Reden. Das war nach seinem Sieg bei den Weltmeisterschaften von 1978 in Garmisch-Partenkirchen. „Als niemand die schwedischen Skisportler so recht kannte, hat sich die Firma Elan die Ausrüstung unserer Auswahl eine Stange Geld kosten lassen. Wo waren Sie denn damals?“ fragte er die Leute, die sich um die Gunst des Siegers bewarben.

Über die „Dickköpfigkeit“ des nicht auf Gewinn bedachten Sportlers gerieten die Geschäftsleute in Wut, und sie rächten sich an ihm. Sie setzten durch, daß die Bestimmungen für die Punktezahl beim Wettkampf um den Cup geändert wurden, u. zw. so, daß die Abfahrt jetzt höher gerechnet wird, und daran nimmt der Schwede überhaupt nicht teil. Im jetzigen Zeitalter der Spezialisierung kann niemand versuchen, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, d. h. im Skidreikampf in allen drei Sparten zu siegen. In der Wintersportsaison 1978/79 mußte Stenmark die Kristallvase abtreten. „Für mich war es aussichtslos, in der Abfahrt Punkte zu bekommen“, sagte er. „Den 20. oder 30. Platz zu belegen, das ist nichts für mich. Mir geht es vor allem um das olympische Gold beim Slalom.“

Dennoch mußte er seine langjährigen Gewohnheiten aufgeben. Im vorigen Sommer fing er in der Abfahrt zu trainieren an. Er zog sich eine schwere Verletzung zu, aber Stenmark ist eben Stenmark, in der laufenden Saison hat er wieder viele schöne Siege davongetragen.

Der „König“ ist auch nur ein Mensch

Alles war bestürzt. Franz Klammer verlor einmal, das zweite, das dritte Mal. Das war man von ihm nicht gewöhnt. Der Stern des österreichischen „Königs der Geschwindigkeit“ verblaßte zusehends. Dabei hatte er weder Verletzungen gehabt noch war er krank gewesen. Er war von der Firma Fischer erstklassig ausgestattet. Weder die zudringlichsten Reporter noch interessierte Leute von der Firma Fischer und schon gar nicht die Trainer konnten dahinterkommen, was geschehen war.

Bis zur Abreise zu den Weltmeisterschaften waren es nur noch ein paar Tage. Falls er siegte, hatte



Der berühmteste Torfahrer von heute, der Schwede Ingemar Stenmark, ist wohl der einzige, der sich den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen der Skiweltreise nicht fügt. Für die Geschäftsleute, denen es um ihre Warenwerbung geht, ist Stenmark anziehender als jeder andere. Sie können ihm aber noch so viel bieten, bei ihm beißen sie auf Granit. Rossignol, Dinastar und Kneissl haben in ihn hineingeredet, er soll ihre Skier benutzen. Caber und Dynafit wollten ihm ihre Skischuhe aufschwätzen, Salomon und Nevada ihre Bindungen, andere ihre Dresse, Schutzbrillen, Sturzhelme, Skistöcke — er sollte mit ihnen siegen.

Der wortkarge, bescheidene Schwede blieb fest. Seit Jahren be-

zurecht und hätte den Riesenslalom zu Ende fahren können, um so mehr, als er bei der ersten Abfahrt die beste Zeit erzielt hatte. Beim Sport gilt ja das ungeschriebene Gesetz, daß einer, der startet, alles tun muß, um ans Ziel zu kommen.

Also weitermachen, obwohl er nicht mehr siegen, ja nicht einmal einen halbwegs anständigen Platz mehr belegen konnte? Wozu? In

Franz ein Profi werden und zur amerikanischen Show gehen wollen. Klammer trainierte verbissen, ein ganzes Gefolge von Trainern, Psychologen und Technikern der Landesauswahl forschte überall nach den Ursachen seines Versagens, bloß nicht bei ihm selbst. Nach sorgfältiger Chronometrie stellten sie die Allerweltsdiagnose, er sei am Start und bis zum ersten Tor zu langsam. Darauf wiederholte Franz, ohne seiner Müdigkeit zu achten, zehn-, ja hundertmal den Start. Aber alles war umsonst. Er mußte immer an die Klinik in Klagenfurt denken, in der sein 18jähriger Bruder Klaus, ein begabter Skisportler, eingeliefert worden war. Er hatte auf der berühmtesten Piste in Linz bei 130 Stundenkilometern Geschwindigkeit einen Ski verloren und war in die Schlucht gestürzt. Karl Kahr, Franzens ständiger Trainer und Leiter der Landesauswahl, war empört: „So ein Skandal! Weder ein Arzt noch ein Hubschrauber war zur Stelle!“

Die Operation dauerte Stunden. Die Ärzte konnten dem jungen Mann das Leben retten, aber Klaus Klammer ist für sein ganzes Leben gelähmt.

Die Linzer Piste gehört zu den am schnellsten befahrenen. Und sie ist eine der gefährlichsten. In den letzten 10 Jahren sind hier mehr als zehn Skifahrer tödlich verunglückt. „Wir denken immer daran, daß etwas passieren kann, wir leben wie auf einem Vulkan“, sagte die Mutter von Franz und Klaus Klammer. Aber wer kümmert sich schon darum?

Franz Klammer war immer dafür bekannt, daß er sich auf einer beliebigen Piste, an ihrem tückischsten Abschnitt, bei beliebigen Rivalen und Witterungsverhältnissen um Geschwindigkeit bemühte, selbst wenn die anderen etwas bremsen. Jetzt aber, wo er 130 km in der Kurve machen wollte, stand ihm der Bruder im Rollstuhl vor Augen.

Sein Nachlassen dauert noch jetzt an. Die ihn früher lobten, greifen ihn jetzt an und werfen ihm Schlappe vor. Er fühlt ständig den Druck seiner neuen Herren — auf der Suche nach einem Ausweg ist er von Fischer zu Kneissl übergegangen. Das war überstürzt. Der letzte Sieg auf Kneisslskiern in der Abfahrt liegt über zwei Jahre zurück. Klammer selbst erklärt seinen Entschluß so: Wenn er sich für die Firma Kneissl entschieden habe, so habe er es nur getan, um auf neuen Skiern seine Sicherheit zurückzugewinnen. Man spiele darauf an, er habe es für Geld getan, wozu aber brauche er alles Gold der Welt, wenn er bei Abfahrten nicht mehr

siege? Die Mißerfolge hätten ihn veranlaßt, sich vieles zu überlegen.

Einmal sagte er: „Im Frühling ist es mir sehr schnell klargeworden, daß ich die Abfahrt und die damit verbundene Geschwindigkeit über alles liebe. Ich konnte mich nicht dazu durchringen, in das Lager der amerikanischen Profifahrer zu treten, da... ich nicht auf die spannende Atmosphäre der großen Rennen verzichten wollte.“

Die Sportlerin Nr. 1

Sie ist zu den Skiern, auf die Piste, zum Wettkampf zurückgekehrt, zu allem, was sie sich selbst versagt hatte. Sie ging ohne verzweifelte Händeringen. Die Zukunft versprach rosig zu werden. Bei einer so glänzenden Partie, wie es der Sohn des Atomic-Generaldirektors war, konnte darüber kein Zweifel aufkommen.

Die sechsfache österreichische Weltcupsiegerin Annemarie Moser-Pröll trägt den inoffiziellen Titel der besten Skisportlerin der Geschichte, der nicht einmal den dreifachen Olympiasiegern Toni Sailer (Österreich) und Jean-Claude Killy (Frankreich) zuteil geworden ist. Dabei war sie noch kein einziges Mal Olympiasiegerin.

In Sapporo 1972 hinderte sie ihre eigene Selbstsicherheit oder der Senkrechstart der Schweizerin Nadig daran, es zu werden. Sie war nur eine der Preisträgerinnen.

An den Spielen von 1976 in Innsbruck teilzunehmen, konnte sie sich nicht entschließen. Ihr Amateurstatus geriet in Gefahr — es kam ans Licht, daß ihr die Firma Atomic für die Siege bei den Weltmeisterschaften ansehnliche Prämien gezahlt hatte. Nach Ansicht von Eingeweihten hatte sie Ursache zu befürchten, daß sie das Schicksal ihres berühmten Landsmannes Karl Schranz ereilen könne, bei dem das Ende der Sportkarriere viel Staub aufgewirbelt hatte.

Der Amerikaner Avery Brundage, der viele Jahre dem Internationalen Olympischen Komitee vorstand, warf den Skisportlern wiederholt Verstöße gegen den Amateurstatus vor. Jedesmal wurden sie vom Vorsitzenden des Internationalen Ski-Verbandes, dem Schweizer Mark Hodler, in Schutz genommen, der alles beim besten lassen wollte und es mit den Bestimmungen nicht so streng nahm. Zu Beginn der Olympiade in Sapporo besaß Brundage eine schwarze Liste, auf der fast ein halbes Hundert Sportler standen. Aus Furcht vor einem Boykott der Alpenländer wagte er es aber nicht, sie ganz bekanntzugeben, sondern wählte sich nur den populärsten Skisportler, Karl Schranz, aus. Man kann

sich vorstellen, wie bestürzt dieser über seine Disqualifizierung buchstäblich vor dem Start war. „Warum gerade ich und nur ich?“ fragte er. In dem Entscheid hieß es, Schranz sei eng mit Industriellen liiert und gebe seinen Namen für Reklamezwecke her. Das tut aber fast die ganze westliche Skisportelite!

Nach diesem Fall erklärte die Leitung der österreichischen Auswahl, diese scheide aus den Spielen aus. Das geschah aber nicht, und es steckten Geschäftsleute dahinter, die ein regelrechtes Duell miteinander ausfochten. Kneissl hatte auf Schranz, Rohrmoser (der Atomic-Chef) auf Frau Moser-Pröll gesetzt. Kneissl forderte die Abreise der Mannschaft. Es siegte der Konkurrent. Annemarie Moser-Pröll und ihre Landsleute blieben. Viel stärker als die Landesinteressen waren die des Häufleins von Industriellen. Sie veranlaßten sogar Schranz, die Mannschaftsleitung zum Bleiben zu überreden. Das Hin und Her wirkte sich aber natürlich auf seine Mannschaftskollegen aus. Schlechter als in Sapporo hatte Österreich noch nie abgeschnitten. Keine einzige Goldmedaille!

Auch Annemarie litt darunter. Außerdem war sie am Starttag nicht ganz in Form und auch gesundheitlich nicht recht wohl. Und noch ein Grund für ihren relativen Fehlschlag wurde genannt, der auch mit dem Atomic-Chef zusammenhing. Er soll geglaubt haben, der Trainer der Auswahl verstehe sich nicht so gut darauf, die Skier der Sportlerin zu wachsen, und soll jemand anderen damit beauftragt haben.

Dem bundesdeutschen „Ski Magazin“ zufolge hat eine Kommission des Internationalen Olympischen Komitees eine Untersuchung vorgenommen, wie sich die Sportlerin an die Bestimmungen für Amateure hält. Es ergab sich, daß sie im Fernsehen für Industrieerzeugnisse, namentlich Waschmittel, Reklame gemacht hat. Später kam sie zur Landesauswahl zurück und zahlte bei ihr 100 000 Schilling ein, die sie beim Fernsehen verdient haben will.

Nach ihrer Rückkehr zum großen Sport und nach ihren ersten Siegen sagte sie, der Skisport sei ihre Leidenschaft. Diese sei viel zu groß, als daß sie ausscheiden könnte, solange sie noch kämpfen und siegen kann.

Diese Leidenschaft vieler Spitzensportler für Geschwindigkeiten und einen ehrlichen Sportkampf wollen Geschäftemacher ausnützen, dieselben, die aus dem regen Interesse von Millionen für den Wettstreit kühner Sportler Gewinn schlagen.

Bei der jetzigen militärischen Hilfe der USA an Pakistan kann man sich schwerlich des Gedankens erwehren, daß Washington diesen Kurs auch in den 50er Jahren, mitten im kalten Krieg, steuerte. Damals führte das zu Konfliktsituationen in Südasien und löste beim Volk Pakistans Entrüstung aus. Washington wiederholt sich also.

A. KULESCHOW
Nowosibirsk, RSFSR



**Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-
Redaktions-
Kollegiums
Dmitri
WOLSKI**

Es ist zu wenig gesagt, daß Washington sich damit wiederholt, daß es aus Pakistan einen amerikanischen Bereitstellungsraum macht. Die Politik der USA diesem Land gegenüber ist noch gefährlicher als die in den 50er Jahren, als Pakistan gleich in zwei Militärblocke — die CENTO und die SEATO — einbezogen wurde.

Sie sind in den 70er Jahren eingegangen. Es blieb das amerikanisch-pakistanische Militärabkommen von 1959, das man jetzt nicht nur bestätigt, sondern auch zu „ergänzen und entwickeln“ gedenkt. Überhaupt sieht die Politik der USA heute allem Anschein nach keine rechtliche Erhärtung neuer Bündnisse vor. Man schließt lieber de facto welche, um die Öffentlichkeit, namentlich die der Moslemsländer, nicht zu schockieren.

Was konkrete Militärprojekte angeht, so werden sie natürlich streng geheimgehalten. Manches sickert aber doch durch. Die Indian Press Agency berichtete z. B. neulich von einem amerikanischen Vorhaben wie folgt: „Zuerst soll man in Pakistan Flottenstützpunkte bekommen und später in den Grenzgebieten Stützpunkte anlegen.“ Und weiter: „Der Vorschlag, in Pakistan US-Stützpunkte zu bauen, bedeutet eine Ausweitung der fremden Militärpräsenz auf dem Subkontinent, wie sie noch nie in diesem Umfang da war.“

Klar ist auch, daß sie sich nicht nur gegen Afghanistan, sondern auch gegen Indien richtet, dessen Führung nicht ohne Grund große Besorgnis darüber äußert. Wer könnte sich ferner verbürgen, daß man nicht auch versuchen wird, den Bereitstellungsraum in Pakistan für eine Intervention im Iran zu benutzen? Wie dem auch sei, hängen

die jetzigen Absichten direkt mit der Aufstellung der Eingreiftruppe und der 5. US-Flotte im Indik zusammen. Dabei verläßt sich Washington jetzt nicht mehr so sehr auf seine Verbündeten, wie auf die eigenen Streitkräfte und vor allem die eigene Technik. In den Plänen der USA ist den Generalen Pakistans eine viel weniger selbständige Rolle als sogar in den 50er Jahren angewiesen, wenn sie nicht gar zu Hilfspersonal amerikanischer Sergeanten bei Elektronenapparaten gemacht werden!

Außerdem werden Sie, werter Genosse Kuleschow, gewiß bemerkt haben, daß Washington jetzt bei den Versuchen Islamabad, Kernwaffen zu entwickeln, ein Auge zudrückt, während es sich darüber noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit sehr aufregte. Offenbar sieht es in den nuklearen Vorbereitungen Pakistans noch ein Mittel, dessen Nachbarn zu erpressen. Es erübrigt sich zu sagen, wie gefährlich das alles ist, namentlich wenn man bedenkt, daß Kernwaffen auch in anderen „heißen Zonen“ auftauchen können. Der westlichen Presse zufolge können auch die RSA, Israel und einige andere Staaten über welche verfügen.

Und noch ein Unterschied von der Situation der 50er Jahre: die rege Zusammenarbeit Pekings mit den USA. Die Presse berichtete, wie Brzezinski an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan eine Schießerei mit einer chinesischen MPI veranstaltete. Diese exzentrische Laune scheint mir symbolisch zu sein. Wie Augenzeugen berichten, flogen die chinesischen Kugeln nach verschiedenen Seiten. Wer weiß, was Peking anstellen wird, wenn es in Pakistan freie Hand bekommt.

Kurz: die Versuche der USA, Pakistan bei ihren imperialistischen Absichten einzuspannen, bergen vielerlei Gefahren in sich, vor allem für das Volk Pakistans. Hoffentlich besitzen dessen führende Kreise genug Realitätssinn, um den Fallstricken zu entgehen. Bei nüchterner Überlegung würde auch Washington kaum auf Islamabad bauen. Es ist ja erst drei Monate her, daß dort eine Menge die Botschaft der USA demolierte. Mir scheint, richtiger als der Vergleich mit den 50er Jahren wäre eine andere Parallele: mit dem proamerikanischen Iran von Ende der 70er Jahre, zu dessen Abklatsch man jetzt sein östliches Nachbarland machen will.



Berichten Sie bitte über die organisatorische Struktur der Islamischen Konferenz

L. PETUSCHKOW
Moskau

Die Organisation Islamische Konferenz wurde 1969 gegründet. Ihr gehören 41 Länder und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) an. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft ist, daß die betreffenden Staaten, unabhängig von ihrer politischen Ordnung, den Islam als Staatsreligion in ihrer Verfassung anerkannt haben. Der Hauptsitz des Generalsekretariats der Organisation befindet sich in Jeddah (Saudi-Arabien). Höchstes Organ der Konferenz ist die Gipfeltagung. Außerdem werden alljährlich Tagungen der Außenminister der Konferenzstaaten abgehalten. Die Organisation hat offiziell folgende Ziele proklamiert: die Festigung der islamischen Solidarität, die Entwicklung vielseitiger Verbindungen zwischen den

islamischen Ländern, den Kampf gegen Rassendiskriminierung und Kolonialismus, für Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der Gerechtigkeit sowie die Unterstützung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Auf der Tagung von Fès (Marokko) von 1979 hat die Islamische Konferenz die Abkommen von Camp David verurteilt und die Mitgliedschaft Ägyptens suspendiert. Auf der kürzlichen Tagung in Islamabad (Pakistan) bekräftigte die Organisation die Verurteilung des Kapitulantenkurses des ägyptischen Regimes, doch setzte sie unter dem Druck imperialistischer Kreise zugleich die Mitgliedschaft Afghanistans aus. Einige progressive arabische Regimes und die PLO boykottierten diese Tagung.

Greisenkorps



Die zahlreichen Reinfälle bei Wühlakten der Freiwilligen vom „Friedenskorps“ in den Entwicklungsländern haben zur Folge, daß vielen jungen Amerikanern die Lust vergangen ist, sich zum Korps zu melden. Laut „Newsweek“ nimmt es letzthin immer öfter Altersrentner auf. Die fahren ganz gern in warme Länder und können sich dadurch sogar ihre kümmerliche Rente aufbessern. Vielleicht ist es auch gar nicht so übel, daß das Korps in eine Rentnerhilfe für alte Amerikaner umgewandelt wird. Was haben aber die Entwicklungsländer damit zu tun?

Gib' ihm Saures?

Als der Fußballklub von Gillingham (England) einmal von der Mannschaft aus Swindon besiegt wurde, beschloß er, nicht auf dem Fußballfeld Revanche zu nehmen. Zwei Fußballer lauerten dem Trainer und einem Spieler der Siegermannschaft auf und vermöbelten sie tüchtig. Der Fall kam vor das Gericht von Winchester. Nach der Urteilsverlesung sagte Richter Brodrick: „Fußball soll ja ein Sport sein, aber manche von uns haben Grund zu zweifeln, ob er das noch ist.“

Man läßt mit sich reden

Zwei Herren von der Filmindustrie Israels stellten den Plan für eine Gemeinschaftsproduktion mit

Ägypten über den Krieg von 1973 auf. Der Film soll „Eine Brücke über den Suez“ heißen. Er soll 12 Mio Dollar zu stehen kommen. Die Herren legten den ausführlichen Plan Präsident Sadat vor. Er fand die Idee gut. Die Sache hat aber einen Haken: Die jetzigen Freunde sind verschiedener Ansicht darüber, wer in jenem Krieg gesiegt hat. Vorläufig bleibt die Frage offen, aber Sadats kapitulantenhafter Kurs läßt die Filmleute aus Israel hoffen, daß er auch in dieser Sache mit sich reden lassen wird.

Mangels Masse

Um die Hinterlassenschaft des 1914 verstorbenen sizilianischen Großgrundbesitzers Don Carmelo Parisi stritten sich seine Verwandten 65 Jahre lang. Jetzt kam es zu einer „außergerichtlichen Einigung“. Der Grund: Die umfangreichen Ländereien und mehrere Fabriken, um die es ging, mußten mit der Zeit verkauft werden, damit die mehr als 100 Rechtsanwälte bezahlt werden konnten. Jetzt gibt es nichts mehr, worum man sich streiten könnte.

Wer's länger aushält



Mr. Tennant aus Montana (USA) kostete die Absendung von Zuschriften, die er voriges Jahr von den Vertretern seines Staates im Kongreß bekommen hatte, 19,30 Dollar. Es waren sage und schreibe 876 Briefe und Kreuzbandsendungen von 35 kg Gesamtgewicht. Dazu sagte er: „Die Senatoren und Kongreßmitglie-

der haben die lästige Angelegenheit, den Wählern alle Nase lang über ihre glänzenden Leistungen zu schreiben, zumal sie kein Porto zu zahlen brauchen.“ Tennants Versuche, die Post zu veranlassen, ihn vor der Sturzflut des sinnlosen Schriebs zu bewahren, führten zu nichts. Dann beschloß er, den ganzen Wust an Senator Bocas nach Washington zurückzuschicken. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß er aus dem Kapitol nicht neues schriftliches Eigenlob in rauen Mengen bekommen wird.

Sie lassen sich nichts vorschreiben



Die britische Öffentlichkeit hat Grund zu zunehmender Besorgnis. In den letzten 10 Jahren sind in Polizeirevierern unter nicht ganz klaren Begleitumständen 245 Festgenommene gestorben. Der Abgeordnete Lyon erklärte, die Polizei habe „kolossale Macht“ bekommen, und fügte hinzu, daß manche hohe Beamte glauben, sie stünden über dem Gesetz.

Na dann nicht!

Die betagte Amerikanerin Mary Ellen Wolfe wollte dem medizinischen College ihres Heimatstaates Ohio ihren Leichnam zum Nutzen der Wissenschaft vermachen. Die Collegeleitung teilte ihr aber mit, sie müsse 60 Dollar für den Transport draufgeben, worauf Mrs. Wolfe sagte: „Dann lasse ich mich eben begraben.“

Spielerei

Der Schwede Mikael Palmqvist brauchte 9 Stunden und 25 Minuten dazu, sich mit dem Ball sattzuspielen. Er schlug ihn mit den Beinen und mit dem Kopf 71 003mal und übertraf den früheren Rekordhalter, einen Landsmann von ihm, der es nur auf 68 315 Schläge gebracht hatte.

Fürs Leben lernen

Die Zeitung der Waseda-Universität in Tokio berichtet, daß fast ein Drittel aller Studenten der juristischen Fakultät bei Ladendiebstählen in Buch-, Lebensmittel- und anderen Läden ertappt worden sei. Vielleicht haben sie sich aber nur auf ihren Beruf vorbereiten und sich über die Mentalität ihrer künftigen Klienten klar werden wollen...

Zeichnungen: V. Rosanzew

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 6

Übung 3:

Прикрывать свои действия; содействовать отражению агрессии; оказывать воздействие на международную обстановку; наносить ущерб делу мира; действия правительства отражают его истинную политику.

SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT“

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (360 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.

— Association Belgique—URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (22,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz). Postfach 1928.

— W. E. Saabach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H., 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus—C

— Sputnik International Import og Boghandel, Vester Voldgade 11, 1152, København K.

— Rhodos International Tidsskriftshandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4

FINNLAND (29,00 fmk.) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.

— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.

— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vantaa 64.

HOLLAND (18,00 hll.) — „Pegasus“ Boekhandel, Leidsestraat 25, Amsterdam.

JUGOSLAWIEN (82,55 Din.) — 11 000 Belgrad, „Jugoslovenska knjiga“, Terazije 27 II, soba 5.

— Prosveta Terazije 16 I.

— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ilica 30, Preradoviceva 18.

— 6100 Ljubljana, „Drzavna Založba Slovenije“

— Titova cesta 25, P. O. B50-1.

— „Cankarjeva Založba“, Kopitarjeva 2.

— 71 000 Sarajevo, „Veselin Maslesa“, S. Milutinovica 4.

— 91 000 Skopje, „Makedonska knjiga“, Ul. 11 Oktavri bb.

KANADA (7,00 c\$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q. H3 P 3C4.

— Progress Books, 71 Bathurst Street 3 rd Floor, Toronto, ont., M5V 2P6.

LUXEMBURG (360 lfr.) — Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (42,00 nkr.) — Tidsskrift Sentralen Tanum A/S

P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1

— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119, Ankertorget, Oslo 1

— A/S Narvesens Litteratortjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

ÖSTERREICH (60 ÖS) — „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.

— Österreichische Kommissionsbuchhandlung, Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.

— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (52 Zł.) — „Ars Polonica“ Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEDEN (36,00 skr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.

— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.

— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.

— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, 20 Stockholm.

— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm.

SCHWEIZ (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.

— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau, Genève.

— Pinkus et Cie Froschaugasse 7, 8001 Zürich.

— Reihel-Verlag, Postfach 3000, Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI (62,40 Kčs) — PNS-dovoz tisku; PNS dovoz tlače.

UNGARN (80 Ft) — Die Postämter.

USA (10,00 \$) — Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

WESTBERLIN (22,00 DM) — „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau Frl. Fa. Buchhdlg.

Name Vorname

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum:

Bitte entsprechendes ankreuzen

Unterschrift:

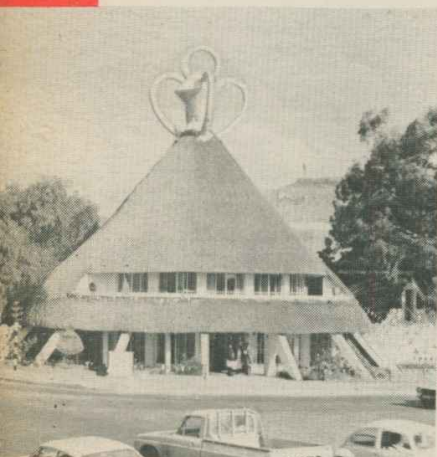
Lesotho, ein gebirgiges kleines Königreich im Süden Afrikas, gehört zu den wirtschaftlich zurückgebliebensten Ländern dieses Kontinents. Es hat ein Areal von 30 200 km² und 1,2 Millionen Einwohner. Die Stammbewohner, die zur Völkerschaft der Basuto zählen, führten jahrzehntelang einen hartnäckigen Kampf um die nationale Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft. Er ging erfolgreich aus, und Lesotho wurde im Oktober 1966 ein unabhängiger Staat.

Die Wirtschaft basiert auf der Landwirtschaft. Man baut Mais, Sorghum und Weizen an und hält Schafe. Diamanten werden gewonnen. Der dritte Fünfjahrplan, der dieses Jahr angelaufen ist, sieht eine Ausdehnung des Bildungs- und des Gesundheitswesens vor. Auch stellt der Staat Gelder für die Entwicklung der Landwirtschaft und der vorläufig noch sehr unwesentlichen Industrie bereit.

Lesotho ist ein Einsprengsel in der RSA und hat ein gemeinsames Währungs- und Zollsystem mit dieser. In den Erzminen und Bergwerken der RSA ist fast die Hälfte der erwerbstätigen Einwohner Lesothos beschäftigt.

14159-7 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308 BELS-13-14

Im Objektiv: LESOTHO



Kings Way,
die Hauptstraße der
Hauptstadt Maseru

In diesem Pavillon,
der die Form des
nationalen Kopfschmucks
hat, werden
Kunstgewerbezeugnisse verkauft

Trotzdem bemüht sich die Regierung um eine selbständige Politik. Sie verurteilt die Apartheid und lehnt den Plan der Rassisten Pretorias ab, ein sogenanntes Gestirn von Staaten des südlichen Afrikas zu bilden.

Seit dem 1. Februar d. J. bestehen zwischen der UdSSR und Lesotho diplomatische Beziehungen.



Basutofrauen
in Festtracht



Im Gebirge ist das
Pferd ein unersetzliches
Verkehrsmittel



In einer Straße
der Hauptstadt

Fotos: TASS